

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Medien: Mittel oder Mittler?

ab Seite 8

Interview: Anspruch Aufklärung

Der Journalist und Autor Harald Fidler über Österreichs Medienlandschaft

8

Schwerpunkt: Wörter machen Meinung

Wie die Sprache das Denken prägt und das Gehirn vernebelt

18

Internationales: Frankreichs sozialer Dialog

Nach Reformen müssen die Gewerkschaften umdenken

44



8



18



32



42

Schwerpunkt:

Enormer Sanierungsbedarf

12

Das Ungleichgewicht zwischen freien und angestellten JournalistInnen ist groß in Österreich.

Worte die töten können

14

Dieser Text ist vollgepackt mit kommentierender Sprache. Viele der verwendeten Worte sind emotional besetzt.

Oh du fröhliches Medien-Einerlei ...

16

Wer weiß, wie Medien funktionieren, glaubt nicht alles, was in der Zeitung steht. Medienbildung fehlt am Lehrplan der Schulen.

Nur selber denken hilft

18

Wie die Sprache uns das Hirn vernebeln kann und mit Wörtern Meinung gemacht wird.

Mehr als tausend Worte

20

Die Gesellschaft verändert sich rasant – mit ihr auch ihr Abbild. Wir alle sind AugenzeugInnen aktueller Katastrophen.

Ganz schön schrecklich

22

Aus TV, Kino und Boulevardzeitungen ist rohe Gewalt nicht wegzudenken. Was fasziniert an Brutalität in den Medien?

Gratis liegt im Trend

24

Viele traditionelle (Tages-)Zeitungen haben sukzessive LeserInnen verloren. Die Reichweiten der Gratis-Medien steigen aber.

Der Entenboulevard

26

Zeitungsenten und sogenannte Grubenhunde sind nicht nur Studierenden des Journalismus ein Begriff.

Transparenz in den Medien

28

Im Fokus: Das neue Medientransparenzgesetz anlässlich der Aufregung rund um Regierungsinserate

Versteckte Vielfalt der MigrantInnen

30

Von MigrantInnen gemachte Medien mischen die Mainstream-Medien auf.

Es geht nicht nur ums Geld

32

Warum sich die Verhandlungen über Änderungen im Kollektivvertrag (KV) für JournalistInnen in die Länge ziehen.

Wettkampf im Netzwerk 34
Angestellte JournalistInnen haben laut einer Studie der Uni Salzburg kaum Einstiegshürden und überdurchschnittliche Bezahlung.

Ungarns Medien am Gängelband 36
Das ungarische Mediengesetz schränkt den InformantInnenschutz ein und zwingt JournalistInnen zur Selbstzensur.

Interview:

Ein dreckiges Gewerbe 8
Medienexperte Harald Fidler über Österreichs Medienlandschaft, Gratiszeitungen und neue Mäzene.

Standards:

Standpunkt: Beruf und Berufung 4

Veranstaltung: Zukunft der österreichischen Medien 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Piraten und Beiräte 11

Zahlen, Daten, Fakten 38

Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Gesellschaftspolitik:

Zehn Jahre Allianz für den freien Sonntag 40

Wirtschaft & Arbeitsmarkt:

Ein solidarischer Pakt zur Lösung der Eurokrise 42

Internationales:

Reformen des sozialen Dialogs in Frankreich 44

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Die Macht der Medien ...

Redaktion intern

„Das herausragendste Merkmal von Österreichs Medienlandschaft ist die extrem hohe Konzentration“, erläutert der Journalist und Medienkenner Harald Fidler im Interview mit der „A&W“ 12/2011 zum Schwerpunktthema „Medien: Mittel oder Mittler?“. Die hohe Medienkonzentration macht die Situation der JournalistInnen nicht unbedingt einfacher. Noch immer gibt es große Unterschiede zwischen Freien und Angestellten, Print und Online (S. 12). Ein neuer Kollektivvertrag wird derzeit verhandelt und ist dringend notwendig

(S. 32). Seriöse, anspruchsvolle Berichterstattung ist im Medien-Einerlei (S.16) gar nicht so einfach. Da gilt es auf die Sprache (S. 14 und S. 18) zu achten und auf den Einfluss der Bilder (S. 20), gerade wenn es um die Darstellung von Gewalt geht (S. 22). Die sich stark verarbeitenden Gratis-Medien (S. 24), müssen durch Werbung und Investitionen finanziert werden. Das hat ein neues Medientransparenzgesetz notwendig gemacht (S. 28). Gratis sind teilweise auch die engagiert produzierten Medien der MigrantInnen (S. 30).

Außerdem lesen Sie in dieser „A&W“ über zehn Jahre Allianz für einen freien Sonntag (S. 40) und einen Kommentar zur Eurokrise (S. 42). Im Web 2.0 finden Sie uns auf Facebook, es gibt einen Produktionsblog prodblog.arbeit-wirtschaft.at und natürlich unsere Homepage www.arbeit-wirtschaft.at. Dort besteht außerdem die Möglichkeit, E-Cards zu versenden. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Katharina Klee
Chefredakteurin

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Beruf und Berufung

Das Interview mit Jean Ziegler war für mich einer der Höhepunkte dieses Jahres. Ich empfinde es als Privileg mit engagierten, interessanten und intelligenten Menschen wie ihm sprechen zu dürfen, sie befragen zu können. Seit mehr als 20 Jahren bin ich Journalistin und stolz darauf. Auch wenn dieser Beruf nicht unbedingt das beste Image hat. Wir Medienmenschen rangieren bei entsprechenden Untersuchungen auf den letzten Rängen irgendwo zwischen PolitikerInnen, VersicherungsmaklerInnen und AutoverkäuferInnen.

Spät aufstehen, gratis essen

Sensationsgeil seien JournalistInnen, meinen viele, ständig auf der Jagd nach neuen Geschichten ohne Rücksicht auf die Menschen, und Deutsch könnten sie auch nicht. Sie stünden spät auf und schlügen sich den Bauch bei Pressekonferenzen voll. Ein Blick in die Medien scheint diese Vorurteile zu bestätigen.

Dabei galten die Medien neben Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt im Staat, die die öffentliche Meinung prägt und als eine Art Kontrolle wirkt. Doch die Einflussnahme mächtiger Akteure – wie Politik und Großunternehmen – auf die Berichterstattung ließ und lässt das Vertrauen in

diese demokratische Kontrollfunktion mehr und mehr schwinden.

Längst füllen PR-Agenturen und ÖffentlichkeitsarbeiterInnen mit ihren Botschaften kaum widersprochen oder hinterfragt Zeitungsseiten und Sendezeit. Aus der öffentlichen Meinung wurde zu oft die veröffentlichte Meinung. Doch die BürgerInnen schauen im Internet den Medien und den Mächtigen auf die Finger. Wie viele andere in meinem Beruf, bin ich nicht wegen der Brötchen oder wegen des Ausschlafens Journalistin geworden, sondern auch, weil ich etwas bewegen wollte, Fenster in anderer Leute Leben öffnen, Geschichten erzählen, Verständnis erzeugen.

Angefangen habe ich vor mehr als 20 Jahren beim Privatradiosender Radio CD, der damals aufgrund des ORF-Monopols aus Bratislava senden musste. Ich moderierte, machte Nachrichten, führte Interviews. Später war ich Talk-Show-Redakteurin bei „Schiejok täglich“, gestaltete Beiträge für „Report“ und „Treffpunkt Kultur“, schrieb für diverse Zeitungen und landete wieder als Nachrichtenredakteurin bei der frisch gegründeten „Antenne Wien“.

Ich habe die ganze Bandbreite dieses Berufs kennengelernt: das Bangen ums Auskommen mit dem geringen Einkommen als Freie, choleriche Chefs,

nächtliche Einsätze, das lange Warten auf die Bezahlung von Honorarnoten und die abartige Freude an kleinen und größeren Katastrophen, die den Dienst in der Nachrichtenredaktion erst würzen, an denen man sein Können beweisen kann.

Aufdecken, erklären, berühren

Der Beruf ist in den letzten 20 Jahren nicht gerade einfacher geworden und noch schwerer ist es, dabei anständig zu bleiben. Und doch gibt es sie noch: die JournalistInnen, die Unrecht aufdecken, die richtigen Fragen stellen, die die Welt erklären, neue Perspektiven ermöglichen oder mit ihren Geschichten einfach nur berühren. Und das trotz immer schwierigerer Arbeitsbedingungen. Damit sie das weiter tun können, braucht es eine arbeitsrechtliche Absicherung, eine faire Entlohnung und MedienkonsumentInnen, die bereit sind für Qualitätsmedien auch zu bezahlen.

Als Chefredakteurin der „Arbeit&Wirtschaft“ bin ich privilegiert, ich muss nicht nach Werbekundschaft und Verkaufszahlen spielen, sondern kann die Berufung hinter meinem Beruf leben. Und ich habe LeserInnen, die mitdenken. Das haben Sie uns auch in diesem Jahr bewiesen. Danke!

Zukunft der österreichischen Medien

Eine Diskussionsveranstaltung mit TeilnehmerInnen von Sozialakademie und BetriebsrätInnenakademie am 14. November 2011.

Die „Zukunft der österreichischen Medien“ war Thema einer Diskussionsveranstaltung des 61. Lehrgangs der Sozialakademie (SOZAK) gemeinsam mit der BetriebsrätInnenakademie (BRAK) am 14. November 2011. Medienkunde steht bei beiden Lehrgängen für ArbeitnehmervertreterInnen auf dem Lehrplan. Am Podium im Bildungszentrum der Arbeiterkammer saßen Reinhard Göweil, Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, ORF-Moderator Peter Resetarits („Schauplatz Gericht“, „Bürgeranwalt“) und Wolfgang

Mitterlehner, Leiter der AK-Kommunikationsabteilung. Moderiert wurde die Diskussion von Katharina Klee, Chefredakteurin von „Arbeit & Wirtschaft“.

Themen der spannenden Diskussion waren unter anderem die wohl einzigartige Medienkonzentration in Österreich und ihre Folgen für die objektive Berichterstattung, die Bedeutung des Internets für Tageszeitungen und den modernen Journalismus, der neue Kanal ORF 3, Gratiszeitungen und Manipulation durch die Medien.

BUCHTIPP

Harald Fidler
**Österreichs Medienwelt
von A bis Z**

Falter Verlag, 2008,
630 Seiten, € 48,-
ISBN 978-3-8543-9415-0



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Moderatorin Katharina Klee und Reinhard Göweil, Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, die nicht nur die älteste noch erscheinende Zeitung der Welt ist, sondern als Amtsblatt Sonderstatus hat.



ORF-Star Peter Resetarits, AK-Kommunikationschef Wolfgang Mitterlehner und Reinhard Göweil diskutierten sehr offen über die heimische Medienlandschaft.



Bildungshungrig: Am Ende eines langen Schultages waren die TeilnehmerInnen von Sozialakademie und BetriebsrätInnenakademie noch immer sehr konzentriert bei der Sache.



Wer Qualitätsmedien will, muss auch bereit sein, dafür Geld auszugeben – das war nur einer der Schlüsselsätze der fast zwei Stunden dauernden Diskussion.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adolf Buxbaum,
Lucia Bauer, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Pia Lichtblau,
Markus Marterbauer, Klaus Mulley, Brigitte Pellar,
Elke Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm,
Erik Türk, Christina Wieser, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Anni Bürkl,
Nina Ehrensberger, Margit Epler, Astrid Fadler, Sonja Fercher,
Heike Hausensteiner, Nani Kauer, Harald Kolerus, Wilfried
Leisch, Michael Mesch, Amela Muratović, Gabriele Müller,
Bernhard Odehnal, Brigitte Pellar, Elke Radhuber,
Judith Reitstätter, Paul Sturm, Gerhard Zahler-Treiber

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

GPA-djp:**KV: plus 3,5 Prozent****Für kaufmännische Angestellte in Zeitungsverlagen.**

Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und dem Österreichischen Zeitschriften- und Fachmedienverband (ÖZV) über den neuen Kollektivvertrag für die kaufmännischen Angestellten bei Zeitschriftenverlagen wurden kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“ abgeschlossen: Die Gehälter der rund 2.000 Angestellten steigen mit 1. Jänner 2012 um 3,5 Prozent.

Bestehende Überzahlungen bleiben aufrecht. Einen Artikel zum aktuellen Stand der KV-Verhandlungen für JournalistInnen lesen Sie auf Seite 32.

Außerdem haben sich die Verhandlungspartner darauf geeinigt, dass für Karenzen, die ab Jahresbeginn 2012 an-

getreten werden, bis zu zwölf Monate für die Vorrückung in der Gehaltstabelle, für die Bemessung der Kündigungsfrist sowie für die Dauer der Entgeltfortzahlung und des Urlaubsanspruchs angerechnet werden.

„Mit dem Verhandlungsergebnis ist es gelungen, deutlich über der Jahresinflation abzuschließen. Von der Anrechnung der Karenzzeiten für die Vorrückung profitieren überwiegend Frauen nach der Karenz“, zeigt sich GPA-djp-Wirtschaftsbereichssekretärin Judith Reitstätter zufrieden mit der Einigung. Der neue Kollektivvertrag tritt am 1. Jänner 2012 in Kraft, die Laufzeit beträgt zwölf Monate.

Mehr Infos unter:
www.gpa-djp.at

Arbeiterkammer:**Ein Le(e.h)rstuhl für Käthe Leichter****Ausstellung von Cornelia Mittendorfer in der AK Wien-Bibliothek.**

Cornelia Mittendorfer holt mit ihrem Kunstprojekt Käthe Leichter in die Gegenwart. Nach dem Auftakt bei dem Fahnenprojekt im Semperdepot im März 2011, bei dem sich Mittendorfer mit der Auslöschung Käthe Leichters als Jüdin beschäftigt hat, wird nun das Herzstück ihrer Arbeit gezeigt:

Die Künstlerin schafft mit ihrer Lehrstuhl-Installation einen tatsächlichen und gedanklichen Raum, um über Käthe Leichters Arbeit heute nachzudenken. Sie nimmt dabei vor allem Leichters wissenschaftliche Seite ins Visier: Ein für diese frühe Sozialwissenschaftlerin entworfener Tisch und Stuhl sind mit ihrer wohl wichtigsten Arbeit überzogen, dem Handbuch der Frauenarbeit in Österreich aus dem Jahr 1930. Auf diesem sinnbildlichen Lehrstuhl, den Käthe Leichter nie bekommen hat, kann tatsächlich in den bahnbrechenden Untersuchungen dieses Frauenhandbuchs gelesen werden.

Käthe Leichter (geboren 1895 in Wien und 1942 aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ermordet) war Sozialwissenschaftlerin, Sozialpolitikerin, Gewerkschafterin und Redakteurin der „Arbeit&Wirtschaft“. Sie war Leiterin des ersten Referats für Frauenfragen in der Arbeiterkammer Wien und Autorin bahnbrechender Arbeiten in der Sozialforschung.

Ein Le(e.h)rstuhl für Käthe Leichter ist ein Kunstprojekt in vier Teilen.

» **Zeit:** 7. Dezember 2011 bis 20. Jänner 2012, Montag bis Freitag: 10.00 bis 19.30 Uhr

» **Ort:** Bibliothek der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

Mehr Informationen unter:
tinyurl.com/bp24tbu

GPA-djp:

Streikbeschluss in Druckerbranche

BetriebsrätInnen des grafischen Gewerbes schließen Kampfmaßnahmen nicht aus.

„Sollten die Gespräche“, die uns der Verband Druck & Medientechnik zum gekündigten grafischen Kollektivvertrag bzw. den Lohn- und Gehaltsverhandlungen angeboten hat, scheitern, werden gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen – bis hin zum Streik – eingeleitet.“

Dieser Beschluss wurde bei der am 5. Dezember 2011 in Wien abgehaltenen BetriebsrätInnen-Konferenz von den rund 140 anwesenden FunktionärInnen des grafischen Gewerbes einstimmig getroffen.

Der Arbeitgeberverband hat ja den Kollektivvertrag zum 31. März 2011 gekündigt und will die arbeitsrechtlichen

Rahmenbedingungen der rund 10.500 Beschäftigten in den österreichischen Druckereien wesentlich verschlechtern.

Das werden wir nicht zulassen, wir wollen weiterhin einen qualitativ hochwertigen Kollektivvertrag für alle Beschäftigten der Druckerbranche.

Wir fordern:

- » Den Abschluss eines neuen Kollektivvertrags in guter Qualität,
- » Rechtssicherheit für die Beschäftigten,
- » faire Lohn- und Gehaltsabschlüsse.

Sollten die von den ArbeitgeberInnen angebotenen Gespräche scheitern, werden gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen – bis hin zum Streik – eingeleitet.

Ein erstes Gespräch zum Kollektivvertrag wurde für den 11. Jänner 2012 vereinbart. In der Zeit vom 13. Dezember 2011 bis 13. Jänner 2012 finden in allen grafischen Betrieben weitere Betriebsversammlungen statt.

In diesen Versammlungen wird die betriebliche Umsetzung des in der BetriebsrätInnen-Konferenz gefassten Streikbeschlusses fixiert.

Weitere Informationen unter:

www.gpa-djp.at/grafischerkv

Arbeiterkammer:

Spenden auf Nummer sicher

Unbedingt auf das Spendengütesiegel achten

Besonders jetzt werden für karitative Zwecke Spenden gesammelt. Doch Vorsicht: Dahinter können sich auch unseriöse Vereinigungen verbergen! Wer sich jedoch am Spendengütesiegel orientiert, geht auf Nummer sicher, rät die AK.

Winterzeit ist Spendenzeit, das wissen auch unseriöse Sammler. Nur das Spendengütesiegel ist der Garant dafür, dass das Geld auch tatsächlich einem guten Zweck zugute kommt. Das Gütesiegel erhalten nur jene Organisationen, die sich regelmäßig einer freiwilligen Kontrolle durch unabhängige WirtschaftsprüferInnen unterwerfen.

Die Strategien der Spendenvereinigungen reichen von Angeboten zu Mitgliedschaften bis hin zu Bargeldsammlungen vor Ort. Bei einer sogenannten Fördermitgliedschaft verpflichten sich die SpenderInnen zu einer wiederkehrenden Spendenleistung und erteilen gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Spende bei ihrer Bank. Die Sammlung von Bargeld ist nur mit einer Bewilligung der zuständigen Behörde zulässig. „Deshalb immer den Ausweis



der Behörde zeigen lassen, auf dem der Veranstalter und Zweck der Sammlung ersichtlich ist“, raten die AK-KonsumentenschützerInnen.

Wer also sicher sein will, dass seine Spende auch wirklich den guten Zweck erfüllt, sollte sich erkundigen, ob es sich um seriöse AnbieterInnen mit Spendengütesiegel handelt. Informationen über entsprechende Non-Profit-Organisationen gibt es unter www.osgs.at.

Eine Einzugsermächtigung kann innerhalb von acht Wochen widerrufen werden.

Spenden für karitative Einrichtungen können als Sonderausgaben von der Steuer abgesetzt werden. Ab 2012 sind auch Spenden für Tierschutz- und Umweltschutzorganisationen sowie an Freiwillige Feuerwehren steuerlich begünstigt.

Nähere Informationen unter:

www.bmf.gv.at

Ein dreckiges Gewerbe?

Medienexperte Harald Fidler über Österreichs Medienlandschaft, Gratiszeitungen und neue Mäzene.

ZUR PERSON

Harald Fidler



Geboren 1969 in Klosterneuburg.

Seit 1995 Medienredakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“.

1987 begann er als freier Mitarbeiter und Praktikant

bei den Zeitungen „Niederösterreichische Nachrichten“, „Die ganze Woche“, „Arbeiter-Zeitung“ und der Austria Presse Agentur APA zu arbeiten.

2008 veröffentlichte er das Lexikon „Österreichs Medienwelt von A bis Z“.

2009 folgte „Österreichs manischer Medienmacher. Die Welt des Wolfgang Fellner“.

Arbeit&Wirtschaft: *Harald Fidler, Sie sind Medienjournalist und haben vor drei Jahre das Lexikon „Österreichs Medienwelt von A bis Z“ veröffentlicht. Was ist das Besondere an Österreichs Medienlandschaft?*

Harald Fidler: Das herausragendste Merkmal von Österreichs Medienlandschaft ist die extrem hohe Konzentration, sowohl bei Zeitungs- und Magazinverlagen als auch bei Rundfunk und Fernsehen.

Wie weit haben die aktuellen Besitzverhältnisse – z. B. die Medienbeteiligungen des Raiffeisenkonzerns – Einfluss auf Inhalte?

Natürlich hat der Medieneigentümer einen Einfluss auf das Medium. Wie weit der geht, hängt von den handelnden Per-

sonen auf beiden Seiten ab, auf der des Eigentümers und der der JournalistInnen und MitarbeiterInnen des jeweiligen Mediums. Was lassen sich die sagen? Inwieweit lassen die eine Art von vorauseilendem Gehorsam in ihre Arbeit einfließen?

Was hat sich seit Ihren Anfängen vor mehr als zwanzig Jahren verändert?

In der Zeit haben sich „Kurier“ und „Krone“ unter der Regie der WAZ zusammengeschlossen. Das Privatrado ist – unter großen Mühen – entstanden. Die schon marktbeherrschende Verlagsgruppe „News“ konnte sich mit den „Kurier“-Magazinen „Trend“ und „Profil“ vereinigen. 1988 ist auch der „Standard“ gegründet worden. Das war damals ein Signal: „Da macht jemand unabhängigen und kritischen Journalismus.“ Das bringt man über die Zeitungsgründungen seither nicht so leicht über die Lippen – wenn man etwa an „Heute“ und „Österreich“ denkt.

Man könnte sich Hans Dichand anschließen und sagen: Es ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Obwohl: Über die Jahre blieben die Versuche der Politik, den ORF unter Kontrolle zu bekommen – mal von diesen Regierungsparteien, mal von jenen, mal heftiger, mal subtiler.

Hans Dichand starb 2010 und hat bis zuletzt die „Krone“ regiert. Wie hat sich die Medienlandschaft mit seinem Tod verändert?

Die „Kronen Zeitung“ würde ihm heute wohl auch noch gefallen, wobei man der

Zeitung schon anmerkt, dass sie unter der neuen Führung ein bisschen versucht „anständiger“ zu werden. Natürlich kommen die „schwarzen Dealer“ noch immer vor, aber ich habe das Gefühl, das nimmt ein bisschen ab, in sehr kleinen Trippelschritten, um nicht die Leserschaft zu vergraulen. Aber natürlich ist die „Krone“ noch immer schlimm genug, und es gibt noch immer bedenkliche Kolumnisten. Aber man versucht eine Verjüngung und, vielleicht, so etwas wie Normalisierung.

Sie haben ja über die andere interessante Verlegerpersönlichkeit Wolfgang Fellner gerade ein Buch veröffentlicht. Ist Österreich ein guter Boden für Boulevard?

Das ist nicht auf Österreich beschränkt. Man muss die Kirche im Dorf lassen – in Deutschland gibt es die „Bildzeitung“. Die ist kein Hort des Anstands, aber immerhin ist dort rechtes und rechtsextremes Gedankengut ein No-go. Es gibt den „Blick“ in der Schweiz, fast zu links für eine Boulevardzeitung, sagen mir Menschen, die ihn aufmerksamer verfolgen. Und schauen Sie sich den Brutalboulevard in England an.

Österreichs Problem war und ist wohl noch ein derartig dominantes Medium, die „Kronen Zeitung“. Fast muss man Herrn Fellner dankbar sein. Es ist besser, es gibt zwei Boulevardzeitungen – als eine, die glaubt, über die Volksseele zu bestimmen. Auch wenn die Gefahr besteht, dass sie einander nach unten lizitieren.

Und bei etwas genauerer Betrachtung bestehen ja sogar bei „Krone“ und

Mein journalistischer Anspruch – vielleicht etwas, das schon ein bisschen antiquiert klingt: Aufklärung. Den LeserInnen zu vermitteln, wer oder was hinter denen steckt, die Nachrichten und Unterhaltung machen.



„Österreich“ Verbindungen. Raiffeisen ist einer der wesentlichen Kreditgeber für „Österreich“, Raiffeisen ist als „Kurier“-Gesellschafter Partner der „Krone“ in der Mediaprint. Wenn Raiffeisen-Boss Christian Konrad sich beschwert, wird man wohl auch bei „Österreich“ nicht auf stur schalten. Dass man beim „Kurier“ besonders genau auf ihn hört, ist anzunehmen.

Und wer sich wieviel sagen lässt?

Das kommt vielleicht auf die Investitionsfreude an ...

Thema Gratiszeitungen – was bedeutet deren Entstehen für Österreichs Medienlandschaft?

Gratiszeitungen sind ein Phänomen der letzten 12, 13 Jahre, besonders in Europa. Wahrscheinlich war es unvermeidbar, dass sie auch nach Österreich kommen. In Deutschland gibt es allerdings keine. Dort haben sich die Verleger vehement und offenbar erfolgreich gegen diverse Anläufe gewehrt. Es gab Versuche, die kläglich gescheitert sind. In der Schweiz ist „20 Minuten“ längst größte Tageszeitung.

In Österreich kam Hans Dichand den Ambitionen zuvor, das war ein kluger Schachzug aus seiner Sicht. Die Mediaprint hat 2001 den „U-Express“ gegründet, ein bisschen halbherzig und wirtschaftlich nicht besonders erfolgreich. Sie hat damit aber den Markt besetzt und einige ausländische Gratiszeitungskonzerne abgeschreckt. 2004 haben die Miteigentümer Raiffeisen

und WAZ in ihrem Zwist mit Hans Dichand dessen Zeitungsspielzeug abgedreht. Dichand bat die WAZ um Erlaubnis, selbst eine Gratiszeitung zu gründen, die deutschen Partner lehnten ab. Nur wenige Wochen später startete ein ehemaliger Pressesprecher des heutigen Kanzlers Werner Faymann eine Gratiszeitung namens „Heute“ mit jenem Chefredakteur, der zuvor den „U-Express“ geführt hatte. Eigentümer: Günther Havranek, ein SP-naher Wirtschaftstreuhandler und eine von diesem Pressesprecher geführte Stiftung.

Dichand verhehlte nicht, dass ihm dieses Blatt sehr gelegen kam – seine Schwiegertochter, also die Frau des „Krone“-Chefredakteurs Christoph Dichand, wurde dort bald Herausgeberin. Das Powerpaar der Massenpresse. Dass dieses „Heute“ den Gratiszeitungsmarkt in Wien besetzte, war einer der wesentlichen Gründe, warum sich Wolfgang Fellner mit seinem „Österreich“ viel schwerer tat und tut, als er das erwartet hatte.

Das Problem der Gratiszeitungen ist natürlich, dass sie nur von Werbung leben, ihnen fehlt eine Einnahmemöglichkeit, Verkaufserlöse. Selbst wenn es die Ambition gäbe – damit Qualitätsjournalismus zu produzieren, ist nicht leicht. Und Gratisblätter bedeuten zusätzlichen Konkurrenzdruck auf andere Tageszeitungen. „Heute“ ist die ernsthafteste Konkurrenz zur „Kronen Zeitung“, wenn es eine Konkurrenz wäre ...

Im Nationalrat soll ja noch heuer das Medientransparenzgesetz beschlossen werden. Dort steht, dass direkt und

indirekt Beteiligte, auch stille GesellschafterInnen von Medien, künftig „für jede Stufe“ zu veröffentlichen sind und Stiftungen StifterInnen sowie Begünstigte offenlegen müssen ...

Ja, Begünstigte der „Periodika Privatstiftung“, die hinter „Heute“ steht, sind laut Eva Dichand der Verein „Rettet den Stephansdom“ und „Weißer Ring“. Wir kennen den Vorstand, Stifter ist Heinrich Gehl, ehemaliger Bank-Austria-Vorstandsdirektor. Der hat auch vor Gericht schon ausgesagt, er hätte eine Tageszeitung eine gute Idee gefunden. Auch Havranek hat vor Gericht ausgesagt, er sei nicht Treuhänder, sondern persönlich Eigentümer seiner Anteile. Das Gesetz ist ein wichtiges Signal, aber große neue Erkenntnisse würde ich davon nicht erwarten. Spannend wäre auch bei „Österreich“, wenn alle – auch stille – Teilhaber offen gelegt würden. Aber die Konstruktion hinter „Österreich“ ist so verschachtelt, das wird sich wohl auch vermeiden lassen.

Hängen Ihrer Einschätzung nach die viel diskutierten Regierungsinserate mit dem vermehrten Aufkommen der Gratiszeitungen zusammen?

Die Ambition insbesondere der Politik, sich Wohlwollen von Medien mit Inseraten zu erkaufen, ist keine Neuigkeit. Die Bereitschaft, dieses Geschäft einzugehen, ist mit Gründungen wie „Österreich“ und „Heute“ jedenfalls nicht gesunken. Und der Kapitalbedarf für Gründungen wie „Österreich“ hat das Volumen noch einmal kräftig gesteigert.

Was bedeuten die neuen Medien für die Medienlandschaft z. B. die Online-Auftritte der Zeitungen. Kostet das KäuferInnen?

„Der Standard“ ist im Februar 1995 als erste deutschsprachige Tageszeitung ins Netz gegangen. Von diesem frühen Start profitiert die Plattform noch heute, und davon, dass sie sehr früh sehr unabhängig von der Zeitung agieren konnte. Der gedruckte „Standard“ profitiert von „derStandard.at“ – er gewinnt AbonnentInnen für die Zeitung und er trägt stark zur Präsenz der Marke bei.

Das Prinzip erinnert vielleicht ein bisschen an andere Medienentwicklungen wie Gratiszeitungen: Man kann darauf warten, dass andere sie machen und einem Konkurrenz machen, manche sprechen von Kannibalisierung. Oder man kannibalisiert sich klugerweise lieber selbst, bevor es andere tun.

Man konsumiert ja ein gedrucktes Medium anders als ein Online-Medium. Es bringt einen auf Dinge, die man nicht gesucht hat. Eine Zeitung ist ein abgeschlossenes Ding, das Internet hört nie auf.

Da hat jemand einen Punkt gemacht, Dinge auf den Punkt gebracht – zumindest für den Tag. Und dieser Jemand ist jemand, von dem ich das Gefühl habe, ich kann mich auf denjenigen oder diejenige verlassen.

Das Bedienen dieser verschiedenen Kanäle ist für die klassischen Medien eine Frage der MitarbeiterInnen ...

Und die wiederum arbeiten heute in einer Zweiklassengesellschaft: Hier die PrintjournalistInnen mit ihren ansehnlichen, alten Kollektivverträgen (KV), dort die Onliner mit IT-Kollektivvertrag, Gewerbe-KV oder ähnlichen Konstruktionen. Nun besteht Hoffnung, dass man diese Spaltung der JournalistInnen-schaft doch langsam überwindet. Ein neuer, gemeinsamer JournalistInnen-KV ist geplant.

Es ist nicht einzusehen, warum ein journalistisch tätiger Mensch, der eine Onlinegeschichte schreibt, nicht genauso wertvolle oder wertlose Arbeit macht, wie einer, dessen Geschichte dann gedruckt wird.

Über den ORF haben wir noch nicht gesprochen – manchmal hat man ja den Verdacht, dass mit ORF 3 der Bildungsauftrag ausgelagert wurde ...

Ein wesentlicher Faktor der Medienkonzentration in Österreich ist der öffentlich-rechtliche ORF. Er verliert zwar seit Jahren, seit Jahrzehnten, jeden Monat im Fernsehen Marktanteile. Und dennoch beherrscht er noch den elektronischen Medienmarkt. Im Radio mit rund 75 Prozent Marktanteil, im Fernsehen mit mehr als 30 Prozent, im Internet ohnehin.

Die Strategie des ORF mit seinen neuen Spartenkanälen kann man auf zwei Arten sehen: Einerseits ist ORF 3 natürlich ein Aushängeschild in der Erfüllung des öffentlich rechtlichen Auftrags. Es ist eine Verbesserung, wenn im Hauptabend etwa anspruchsvollere, öffentlich-rechtliche Programme wiederholt werden, die in ORF 2 spätabends laufen.

Aber zugleich versucht der ORF natürlich mit ORF 3 und vor allem auch ORF Sport Plus, seine Marktposition insgesamt zu stärken. Und die Spartenkanäle könnten ihn verleiten, Formate, die in ORF 1 und ORF 2 die Quoten drücken, in diese Spartenkanäle zu verlagern, sozusagen als mediale Entlastungsgerinne.

Ist das aber nicht eine Art 3sat, das uns allein gehört?

Man könnte argumentieren – wozu ORF 3, wenn es 3sat gibt, dem auch der ORF zuliefert. Aber der Auftrag des ORF ist ja immerhin auch österreichische Produktion.

Manchmal erscheint mir ORF 3 auch ein wenig wie Servus TV. Was sagen Sie zum Phänomen Medienmacher Dietrich Mateschitz? Verleiht Flügel?

Es hat immer Mäzene gegeben oder Menschen, die in einer anderen Branche Geld verdient haben und dann Medien gegründet haben, mit welchen Ambitionen auch immer. Herr Berlusconi war auch einmal Bauunternehmer. Solche Finanziers sehen das entweder als Geschäfts-

chance oder sie wollen einen wie immer gearteten Vorteil daraus ziehen.

Mateschitz spielt schon länger mit Medien. Meiner Information nach soll der Sektor ein ernsthaftes wirtschaftliches Standbein seines Imperiums werden. Mich erinnert das alles irgendwie ein bisschen an Disney – es ist eine andere Form eines Entertainmentkonzerns: Extremsport, DJ-Kultur, Essen, Medien und das Getränk dazu. Ich glaube, das Medienkonzept soll sich selbst tragen und das Getränk unterstützen.

Was ist Ihr persönlicher journalistischer Auftrag zwischen dem Medienressort im Standard und Ihren Ausflügen als „Schmeck’s“ in den Gourmetjournalismus?

Letzteres weise ich energisch zurück – ich habe einen kleinen Gastroblog, der hat mit Gourmet nichts zu tun. Da schreibe ich über meine Erlebnisse beim Essen. Ich bin kein Gourmet, das ist ein Hobby.

Mein journalistischer Anspruch – vielleicht etwas, das schon ein bisschen antiquiert klingt: Aufklärung. Den LeserInnen zu vermitteln, wer oder was hinter denen steckt, die Nachrichten und Unterhaltung machen.

Das gelingt manchmal besser, manchmal schlechter, weil ich streckenweise zu tief in der Materie bin, um das verständlich zu vermitteln. Aber die Posterinnen und Poster im Internet erinnern mich schon daran, ergänzen und fragen nach (lacht). Den Anspruch kann man vielleicht so beschreiben: Hinter die Kulissen von für die Demokratie zentralen Unternehmen zu blicken, einer wichtigen und verdienstvollen Branche, die sich nur leider ziemlich oft als ausgesprochen dreckiges Gewerbe entpuppt.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Piraten und Beiräte

Arbeiterkammern und freie Gewerkschaften im Kampf gegen das staatliche Informations- und Kommunikationsmonopol im neuen Medium „Radio“.

Die Radio-Technologie war 1924 so brandneu wie 1994 das Handy. Das Management der ersten österreichischen Rundfunkanstalt, der RAVAG, stand in enger Beziehung zu den rechten Koalitionsregierungen. Deshalb formierte sich schon bevor die RAVAG erstmals auf Sendung ging der Widerstand in der sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeiterInnenbewegung. Der sozialdemokratische Freie Radiobund (später **Arbeiter-Radiobund Österreichs**) forderte als Gegengewicht eigene „Arbeitersender“, hatte aber keine Chance, dafür Frequenzen zugesprochen zu bekommen. So sendeten die linken Parteien, der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund, aber auch die freien Gewerkschaften von 1925 bis 1932 illegal ihre Programme. Der Ausbau des sozialdemokratischen Netzes an Piratensendern, das alle Bundesländer umfasste, wurde von der Arbeiterbank und den Arbeiterkammern finanziert. Ab 1928 gab es einen regelmäßigen geheimen Sendedienst, der zweimal wöchentlich je drei Stunden sendete. Insgesamt existierten 13 geheime Sendeanlagen: in Wien – wo auch die Zentrale war, Linz, Salzburg, Klagenfurt, Villach, Innsbruck, Bregenz, Ried im Innkreis, Bad Ischl, Knittelfeld, Leoben, Bruck an der Mur und Selzthal.

Gleichzeitig reklamierte die sozialdemokratische Opposition aber auch Sendezeit in der RAVAG für sich und versuchte dort, auf die Programmgestaltung doch etwas Einfluss zu nehmen. Der Radiobund war im Programmbeirat vertreten und setzte eine von der Arbeiterkammer gestaltete halbstündige Sendung pro Woche durch. Das waren die Vorläufer der in der Zweiten Republik über Jahrzehnte üblichen „Belangsendungen“ der Interessenvertretungen, für die gratis Sendezeit zur Verfügung gestellt wurde. Damit hatten auch der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer regelmäßig Zugang zum Medium Radio.

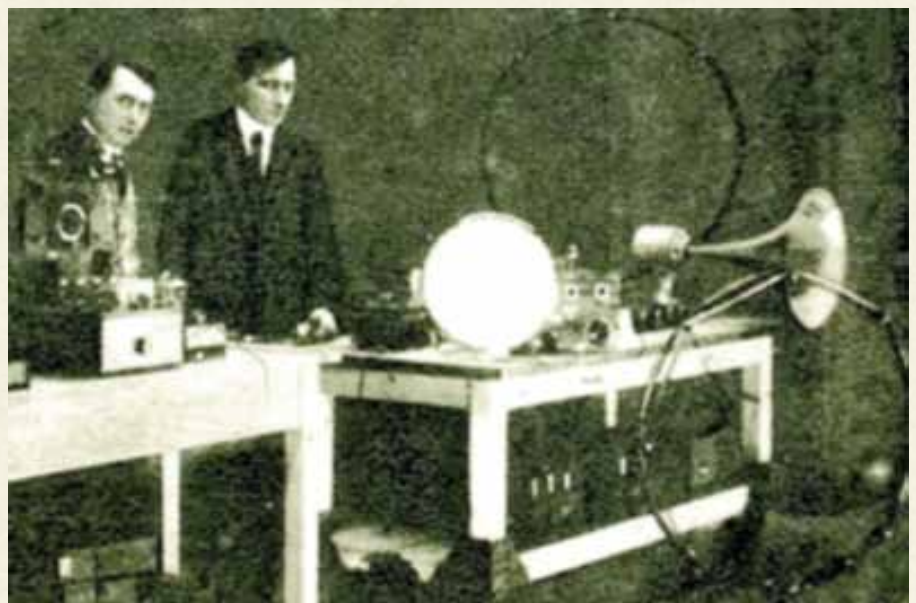
In der Ersten Republik erreichte Käthe Leichter, die Leiterin der AK-Frauenabteilung in Wien, dass die wöchentliche Sendezeit einmal im Monat für Frauenanliegen zur Verfügung stand. Sie ließ in dieser Sendung Gewerkschafterinnen über ihre Probleme in der Arbeitswelt berichten, – Frauen ohne jede Medienerfahrung. Eine von ihnen erinnerte sich später:

Sie überraschte mich eines Morgens ... mit der Erklärung, dass sie mich für den nächsten Radiovortrag in der „Stunde der Arbeiterkammer“ über ein Problem der arbeitenden Frau in Aussicht genommen habe. Ich möge mich für ein Thema entscheiden, wofür mir eine Woche Frist bleibe. Ich war zutiefst bestürzt, denn ich bezweifelte meine Fähigkeit, diese Aufgabe

und die in mich gesetzte Erwartung erfüllen zu können. Ich hoffte, mich drücken zu können, aber das war bei Käthe Leichter unmöglich. Täglich wurde mir die Frage serviert: „Wo ist das Manuskript?“ ...

Beim Ablesen im Studio in der RAVAG dachte ich nicht an die vielen Hörer, sondern mit Herzklopfen an Käthe Leichter, dass ich sie nicht blamieren dürfe. Und so erreichte ich sogar ein Lob in der Presse, die damals nicht immer sehr freundlich zu den Sendungen der Arbeiterkammer Stellung nahm ...

Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at



Im Mai 1924 informierte die Arbeiterkammer über das neue Medium, hier das Foto-Dokument über die AK-Veranstaltung „Modernes Broadcasting“ in der Wiener Urania. Die ersten HörerInnen mussten ja ihre Empfänger selbst basteln.

Enormer Sanierungsbedarf

Das Ungleichgewicht zwischen freien und angestellten JournalistInnen ist groß in Österreich. Die Unternehmen reagieren erst auf Druck von außen.

Autorin: Heike Hausensteiner
Freie Journalistin

UnternehmerInnen sind keine SamariterInnen. In der Regel wollen sie Umsätze machen und steigern. Dazu brauchen sie fähige und willige MitarbeiterInnen. Für Medienhäuser und Verlage gilt das genauso. Wäre da nicht eine große Ungleichheit: Freie JournalistInnen übernehmen als freie DienstnehmerInnen die gleiche Arbeit wie ihre angestellten KollegInnen. Keine Redaktion kommt ohne sie aus. Und kaum eine/r der betroffenen Freien muckt auf, sondern sie haben lieber den Spatz in der Hand als die Taube am Dach.

Häufig Umgehungsverträge

„Wir führen zwar ständig Verfahren bezüglich Feststellung von echten Angestelltendienstverhältnissen, die auch fast immer in unserem Sinne entschieden werden, was aber noch nicht zu einer generellen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Branche geführt hat“, erläutert Edgar Wolf, Regionalsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) für Wien. „Umgehungsverträge sind leider nach wie vor an der Tagesordnung“, genauso wie Ausgliederungen und Umstrukturierungen zwecks Flucht aus bestimmten Kollektivverträgen. „Was die sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung der Beschäftigten im Bereich Medien/Kommunikation betrifft, herrscht weiterhin enormer Sanierungsbedarf. Weder die Arbeitsbedingungen, noch die Honorare der

freien JournalistInnen sind bestens – das war einmal.“

Es gibt schlimme AutofahrerInnen oder Kinder, die sich erst an die Regeln halten, wenn man ihnen auf die Finger klopft und Strafen androht. Ähnlich ist das Verhaltensmuster im österreichischen Journalismus, wo der Anteil der Freien – je nach Medium – bis zur Hälfte gestiegen ist und wo die Freien vollwertige Arbeit leisten: Die Betriebe werden von sich aus kaum tätig. Sondern in der Regel passiert nur etwas, wenn die Gewerkschaft und die Krankenkasse Druck machen und einzelne Dienstverhältnisse überprüfen, bestätigt GPA-djp-Vertreter Edgar Wolf. Illegale Arbeitssituationen werden dann erst sukzessive saniert, meist – aufgrund von Nachzahlungen – zuungunsten der Betriebe, anstatt dass sie die Situationen selbst bereinigen.

In der Redaktion der Austria Presse Agentur (APA) wurden seit 2010 nicht weniger als 60 freie MitarbeiterInnen angestellt, mehr als ein Drittel der journalistischen Belegschaft. Die Betriebsratsvorsitzende Andrea Tretter spricht von einem „zukunftsfähigen“ Ergebnis. Und sie erinnert sich an ein „ziemlich kräftezehrendes Prozedere“ zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat. Aufgrund „äußerer Rahmenbedingungen“, so Tretter, wurde klar, dass eine Anstellung der Freien unumgänglich geworden war. Mit dem Argument, dass das System der freien MitarbeiterInnen nicht haltbar sei, hätten diese ursprünglich in eine ausgelagerte Tochtergesellschaft übernommen werden sollen, so die Idee der Geschäftsführung. Gerne wäre die Unternehmensleitung damit

INFO & NEWS

Tipp:

Das 92-seitige „Handbuch für freie JournalistInnen“, herausgegeben von der GPA-djp und der Interessengemeinschaft work@flex, informiert freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen über Fragen zu echtem und freiem Dienstvertrag, neuen Selbstständigen, Sozialversicherungs-Beiträge, Krankengeld, Steuerrecht, Urheberrecht sowie Mindeststandards durch kollektive Vereinbarungen. Das Handbuch kann im Internet gratis heruntergeladen werden.

tinyurl.com/6tgdgma

auch gleich in den für sie günstigeren Kollektivvertrag (KV) für das Gewerbe ausgewichen. Doch in der APA wird der für JournalistInnen wesentlich bessere KV für Tageszeitungen angewendet, der u. a. auch Fragen des InformantInnen-schutzes oder des Urheberrechts regelt (die Genossenschaftsanteile der Nachrichtenagentur sind im Besitz der österreichischen Tageszeitungen und des ORF).

Einzigartige Solidarität

Eine Flucht in den Gewerbe-KV lehnten die zahlreichen freien DienstnehmerInnen ebenso wie die angestellten RedakteurInnen denn auch ab. Mehr noch: Angestellte und Freie solidarisierten sich und sprachen sich im Jahr 2009 in einer geheimen Abstimmung zu 93 Prozent sogar für „Maßnahmen des Arbeitskampfes“ aus.

Diese Solidarität der MitarbeiterInnen ist wohl einzigartig in der österreichischen Medienbranche. Dass der Missbrauch von freien Dienstnehmerverträgen in Österreich immer mehr an die Öffentlichkeit drang, sei eine große Hilfe gewesen, „dass das Ding ins Rollen geriet“, sagt Andrea Tretter rückblickend. Natürlich auch dank Unterstützung der GPA-djp.

Denn der Betriebsrat erreichte, dass für die seit dem Vorjahr neu angestellten RedakteurInnen der KV für Tageszeitungen beibehalten wird. Für sie gilt allerdings eine andere Gehaltstabelle, die kostengünstiger für den Arbeitgeber ist. „Dass die KollegInnen weniger verdienen, war starker Tobak“, so Andrea Tretter. „Es ging um eine Abflachung der Gehaltskurve bei den älteren MitarbeiterInnen.“ Dafür wurden zur Vorrückung in den Gehaltsstufen sogenannte „booster“ eingebaut, die die Ausbildung und bisherige Funktion stärker berücksichtigen. So steigen zum Beispiel AbsolventInnen eines Wirtschaftsstudiums als WirtschaftsredakteurInnen schneller in der Gehaltskurve als AbsolventInnen eines geisteswissenschaftlichen Studiums in dieser Tätigkeit.

Mut und Durchhaltevermögen

„Unser Ziel war, die Sache im Haus und am Verhandlungstisch zu lösen“, resümiert Betriebsrätin Tretter. „Man kann etwas verändern, wenn man sich zusammenschließt. Aber es braucht Mut und Durchhaltevermögen.“ Schließlich habe man auf die ungleiche Behandlung lange Jahre hingewiesen, nun sei das problematische Thema „freie MitarbeiterInnen“ in der APA durchaus zufriedenstellend gelöst. Im Wirtschaftsverlag dürfte man hingegen noch nicht bei einer zufriedenstellenden Lösung für die Redaktion angekommen sein, auch wenn im Laufe des Jahres ebenfalls eine Handvoll ständig freier MitarbeiterInnen angestellt worden ist. Der Verlag gehört zur Mediengruppe Süddeutscher Verlag, gibt wirtschaftsnahe Fachzeitschriften für Unternehmen (u. a. „die wirtschaft“, „Gastro-Zeitung“) heraus – und befindet sich gerade in einer Phase der Umstrukturierung. Hinter dem schönen Wort verbirgt sich meist, dass – wie derzeit in fast allen Branchen – Stellen gestrichen werden sollen. Was das für die

rund zwei Dutzend RedakteurInnen bedeutet, mag in der Redaktion noch niemand offiziell einschätzen. Auf die ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen dürfte aber noch eine harte Zeit zukommen.

Jahrelang für die Anstellung der freiberuflichen KollegInnen in der Steiermark und in Kärnten habe man auch bei der „Kleinen Zeitung“ gekämpft, berichtet Claudia Gigler. „Ein Fenster hat sich im Sommer 2010 aufgetan.“ Die Geschäftsführung sei an die Chefredaktion mit dem Wunsch herangetreten, ein „Arbeitszeitzuckerl aus der Vergangenheit“ zur Regelung der Feiertagsdienste abzuschaffen. Im Gegenzug sagte man den Freien zu, sie würden alle bis zum Jahr 2012 angestellt. Zugegebenermaßen sei „eine Anstellungszusage auf lange Zeit nicht so einfach“, so Betriebsrätin Gigler. Es habe des „goodwill“ von allen drei Seiten – der Geschäftsführung, der Chefredaktion und des Betriebsrates – bedurft, dass innerhalb von drei Jahren 24 KollegInnen sukzessive angestellt werden können. Aber der Zustand sei noch nicht zufriedenstellend, meint Andreas Katzinger, Regionalsekretär der GPA-djp in der Steiermark. Dass immer wieder freie DienstnehmerInnen, oft jüngeren Alters, de facto wie Angestellte arbeiten, sei selbst für die Gewerkschaften ein Spagat: Wer auf eine Anstellung pocht, riskiert, dass auch die Tätigkeit – und damit die Bezahlung – als Freier flöten gehen. „Dann hole ich mir einen anderen jungen Freien“, mit dieser erpresserischen Argumentation spielen die ArbeitgeberInnen, so Katzinger. Ein eklatanter Widerspruch ist freilich auch, dass ausgerechnet viele VertreterInnen der sogenannten „vierten Macht“ im Staat permanent um ihre Ansprüche fürchten müssen.

Internet:

Das GPA-djp-Netzwerk für Menschen mit Werkvertrag, freiem Dienstvertrag und „neue Selbstständige“:
tinyurl.com/62fbgeq

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
heike.hausensteiner@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Es gibt schlimme AutofahrerInnen oder Kinder, die sich erst an die Regeln halten, wenn man ihnen auf die Finger klopft und Strafen androht. Ähnlich ist das Verhaltensmuster im österreichischen Journalismus, wo der Anteil der Freien – je nach Medium – bis zur Hälfte gestiegen ist und wo die Freien vollwertige Arbeit leisten.

Worte die töten können

Dieser Text ist vollgepackt mit kommentierender Sprache. Viele der verwendeten Worte sind emotional besetzt. Streichen Sie diese zum Selbsttest rot an.

Autorin: Elke Radhuber

Mitarbeiterin im Büro des ÖGB-Präsidenten

Beschäftigte der Medienbranche sind Gatekeeper – so etwas wie TorwächterInnen – im modernen Nachrichtenüberfluss. Nur ein Bruchteil der Nachrichten schafft es tatsächlich in traditionelle Medien wie Zeitung (online oder analog), Fernsehen oder Radio. Unzählige OTS-Meldungen (Originaltext-Service) beispielsweise von Firmen, Parteien oder Institutionen, Presseagenturmeldungen – wie etwa jene der APA (Austria Presse Agentur), Polizeimeldungen und selbst recherchierte Geschichten erreichen täglich die Redaktionen. Damit nicht jede Tageszeitung den Umfang eines Telefonbuchs hat, müssen all die Meldungen gefiltert werden. RezipientInnenzeit ist ein knappes Gut – und damit fängt das Dilemma an.

Vernichtung versus Aufklärung

Allein die Auswahl der Nachrichten ist natürlich ein ungeheurer Machtfaktor. Die Verantwortung der Medien gegenüber der Gesellschaft wird auch darin deutlich, dass diese als „Vierte Gewalt“ bezeichnet werden (neben Gesetzgebung – Legislative, Vollziehung – Exekutive und Gerichtsbarkeit – Judikative). Ohne Zweifel ist das Potenzial zu Aufklärung und Aufdeckung oder zur Weckung von tieferem Verständnis und Toleranz vorhanden. Das Potenzial zu Bashing, Hetze, Krisenbeschwörung und der Vorführung eines sogenannten Bauernopfers ebenso. Dazu sind nicht einmal handfeste Lügen notwendig, schon

mit einseitiger oder schlampiger Recherche ist der moderne Pranger nicht weit.

Die Wahrheit ist relativ

„Das habe ich in der Zeitung gelesen“ ist für viele Menschen gleichbedeutend mit der Wahrheit. Insofern nehmen Medien Einfluss auf so ziemlich alles. Zwei Beispiele:

» Je nach Berichterstattung fühlen wir uns schuldig, wenn wir nicht zur Grippeimpfung gehen – oder wir halten die Grippeimpfung für eine reine Placebo-Übung.

» Tagelang geistert durch die Medien, das Triple-A-Rating Österreichs sei in Gefahr, und schon spielt die Wirtschaft verückt.

Hier wird deutlich, dass allein durch verstärkte Lancierung bestimmter Zitate dermaßen für Stimmung gesorgt werden kann, dass es zu weitreichenden Auswirkungen kommt. Aufgrund dieser Wichtigkeit für das gesellschaftliche Wohlbefinden darf für die Mediennunft etwas mit dem hippokratischen Eid der Ärzteschaft Vergleichbares nicht fehlen. Daher gibt es den sogenannten Pressekodex – einen Ehrenkodex für JournalistInnen, der Verhaltensnormen regelt. Dieser weist je nach Land Unterschiede auf. Im Grunde enthält er recht einleuchtende Regeln, die normale MedienkonsumentInnen vermutlich ohnehin vertrauensvoll voraussetzen. Gängige journalistische Grundregeln sind beispielsweise:

BUCHTIPP

Noam Chomsky

Media Control

Wie die Medien uns manipulieren

Piper, 2006,

254 Seiten, € 10,30,

ISBN 978-3-4922-4653-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

» Transparenz: Werbung, Kommentare, Berichte etc. müssen klar unterschieden werden.

» Quelle/Genauigkeit: Mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen sind nötig (d. h. jede erhaltene Information sollte eigentlich von der Journalistin/dem Journalisten nochmals überprüft werden). Insbesondere in Konfliktbereichen müssen die Stellungnahmen aller Beteiligten berücksichtigt und korrekt wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen oder Gerüchte müssen entsprechend erkennbar sein.

» Unangemessene sensationelle Darstellungen von Gewalt und Brutalität sollen vermieden werden.

» Falschmeldungen müssen nachträglich richtig gestellt werden.

» Recherche darf nicht mit unlauteren Methoden erfolgen (z. B. eingeschaltetes Diktiergerät ohne ausdrückliche Zustimmung).

Ein aufmerksamer Blick in einschlägige Boulevardzeitungen zeigt, dass stark emotional besetzte Worte im – eigentlich objektiven – Nachrichtenteil erstaunlich ungeniert eingesetzt werden.



mung) oder von Außenstehenden beeinflusst werden (z. B. WerbekundInnen).

» Öffentliches Interesse ist abzuwägen – insbesondere auch im Bereich von Persönlichkeitsschutz. Intimsphäre muss gewahrt sein. Es soll keine persönliche Diffamierung, Pauschalverdächtigung oder Verunglimpfungen, Diskriminierung etc. geben.

» Kritische Distanz zum Thema, d. h. JournalistInnen sollten so neutral wie möglich sein.

„Eine gemütliche Watschn ...“

„Sind wir gescheit, bleiben wir blöd“, und „Jeder Satz muss sein wie eine Watschn, aber eine gemütliche.“ So soll einst der mächtigste Medienmacher Österreichs seine RedakteurInnen angewiesen haben. Bei solchen Sätzen staunt der Laie und der Fachmann wundert sich – aber nur auf den ersten Blick – bei genauerem Hinschauen werden sie schnell verständlich: Es ist ein nicht leicht zu schaffender Spagat zwischen seriöser Berichterstattung und Massentauglichkeit. Komplexe Inhalte verständlich herunterzubrechen – und das auf beschränktem Seitenplatz oder in kürzester Sendezeit – ist freilich eine intellektuelle Meisterleistung. Keine Frage: Es gibt die JournalistInnen, die diese Aufgabe tapfer übernehmen. Dass davon im Kampf um die Quote oder Auflagenstärke („Only bad news are good news“) so einiges auf der Strecke bleibt, zeigt dennoch die Praxis. Dazu kommen die häufig doch recht narzistischen ChefredakteurInnen und die Eigentümerverhältnisse der Verlagshäuser,

die Richtungen vorgeben. Das Ergebnis ist, dass beinahe eine Medienkompetenz auf wissenschaftlichem Niveau notwendig ist, um die medial servierten Nachrichten im Kontext richtig einschätzen zu können.

Regelmäßig werden ganze Berufsgruppen für unfähig und dumm befunden. In letzter Zeit ist es vor allem die Kompetenz von PolitikerInnen, die ins Visier der Medien geraten ist. Es ist gut, dass Medien kritisch berichten, besonders auch über PolitikerInnen – Stichwort „Vierte Gewalt“. Aber wie reflektiert ist die kritische Berichterstattung nach oben genannten journalistischen Kriterien? Wenn stur und konsequent auf einzelne Personen eingepöbelt wird, beschweren sich Betroffene zu Recht über PolitikerInnenbashing (Bashing: heftige öffentliche Beschimpfung). Auch wenn es zugegebenermaßen den Medien manchmal leicht gemacht wird, ist es aber dennoch weder ein Zeichen von intelligentem noch von seriösem Journalismus, wenn mit primitiver Stimmungsmache gearbeitet wird. Kritisieren ist einfach, es besser machen umso schwerer. Es wäre ein schöner Anfang, wenn die selbsternannten ExpertInnen diverser Medien, die so manchen substanzlosen Beitrag in diese und jene Richtung abfeuern, ihr Geschriebenes einer selbstkritischen Prüfung in Bezug auf die eigene Integrität und Seriosität unterziehen würden.

Wörter sind potenziell Waffen

Auch bei strikter Trennung von „objektiver“ (z. B. Bericht) und „subjektiver“ (z. B. Kommentar) Darstellungsform kann allein durch die Wahl der Sprache

eine vermeintlich objektive Nachricht eine unterschwellig kommentierende Wirkung haben. Die Wahl der Worte – „Wörter sind potenziell Waffen“ – zeigt deutlich, wie stark Begriffe wirken: Mit Waffe wird gemeinhin Gefahr assoziiert, was bei den meisten Menschen bestimmte Emotionen auslöst. In diesem Beispiel ist die beeinflussende Wirkung leicht durchschaubar, in der Praxis allerdings werden kommentierende Akzente meist subtiler eingesetzt: Ein aufmerksamer Blick in einschlägige Boulevardzeitungen zeigt, dass stark emotional besetzte Worte im – eigentlich objektiven – Nachrichtenteil erstaunlich ungeniert eingesetzt werden. Doch mit etwas Medienkompetenz sind schnell in allen anderen Mediengenes solch wertende, teils gut versteckte, kommentierend wirkende Worte eingesetzt. Es ist ein Unterschied, ob von „Verlusten“ oder „Negativwachstum“, ob von einer „Lüge“ oder einem „Missverständnis“ die Rede ist. Sicherlich ist es schwierig Worte zu finden, die nicht bedeutungsschwanger sind, und objektiv genug, im Sinne von seriösem Journalismus eingesetzt werden zu können. Auch dieser Text ist vollgepackt mit kommentierender Sprache, da viele der verwendeten Vokabeln emotional besetzt sind. Zum Selbsttest ist der/die geschätzte LeserIn eingeladen, diese kommentierenden Worte rot anzustreichen, um sie einmal sichtbar zu machen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
elke.radhuber@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Oh du fröhliches Medien-Einerlei . . .

*Wer weiß, wie Medien funktionieren, glaubt nicht alles, was in der Zeitung steht.
Doch Medienbildung fehlt am Lehrplan österreichischer Schulen.*

Autorin: Anni Bürkl
Freie Journalistin

Man kennt das Bild morgens in der U-Bahn: Alle lesen dasselbe und überall steht das Gleiche. Beispiel: Der Tod von Ludwig Hirsch. „Die Polizei geht von Selbstmord aus“, stand in so gut wie allen Medien zunächst zu lesen. Einmal abgesehen davon, dass man sich selbst nicht ermorden kann und somit bestenfalls von Freitod sprechen sollte – hier war wohl eine Agenturmeldung übernommen worden, mal kürzer, mal etwas länger. Zumindest der Name der Nachrichtenagentur bürgt für Qualität – oder?

Woher kommen die Medieninhalte?

Twitter, Facebook, Blogs, **Citizen journalism** – ob Attentate in Norwegen oder arabischer Frühling: Social Media scheinen die Rolle der klassischen Medien übernommen zu haben, oder zumindest die der InformationslieferantInnen. Irgendjemand ist immer am Ort des Geschehens.

Anders als bei klassischer Recherche lassen sich solche Inhalte jedoch selten überprüfen, vor allem nicht in „Echtzeit“, in der viele Menschen heute Informationen erwarten. Ein anonymer Mensch hat ein Video einer ebenso anonymen Person aufgenommen und es ins Internet gestellt. Klassische Medien übernehmen den Film mangels anderer Quellen – und stellen manches Mal erst später fest, wie falsch oder zumindest ungenau die ursprüngliche Information war.

Ein Beispiel: Das Handy-Video vom gewaltsamen Tod der Iranerin Neda Agha-Soltan ging am 21. Juni 2009 um die Welt und machte die junge Frau zu einer Symbolfigur der Grünen Revolution. Überprüfen ließ sich die Echtheit des Videos allerdings wegen der Beschränkungen für die Berichterstattung nicht, etwa was die anwesenden anderen Personen im Film betraf. Trotzdem wurde er in vielen Medien gezeigt . . .

Seriöse Informationsbeschaffung

Journalistische Sorgfalt sieht anders aus: Informationen werden aus mehreren Quellen eingeholt und überprüft, widersprechende Auskünfte gegengecheckt. Quellen legt man offen (sofern man damit niemandem schadet, etwa in einer Diktatur). Meinung und Bericht werden getrennt und gekennzeichnet, ebenso entgeltliche Einschaltungen; in laufenden Strafverfahren gilt die Unschuldsvermutung, statt die Verdächtige oder den Verdächtigen vorab zu verurteilen. Eine Vorgangsweise, die sich heute vielfach „überholt“ hat, wo Recherche by Google Standard in vielen Redaktionen ist – Zeitdruck und Budgetknappheit sei Dank.

Und wer entdeckt schon Fehler? Als in Deutschland Gutenberg (vollständiger Name: Karl Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg) Minister wurde, schummelte ein Anonymus einen zehnten Vornamen – Wilhelm – in den Wikipedia-Eintrag des blaublütigen Politikers. So gut wie

BUCHTIPP

Harald Fidler
Im Vorhof der Schlacht
Österreichs alte Medienmonopole und neue Zeitungskriege
Falter Verlag, 2004,
376 Seiten, € 22,-
ISBN 978-3-8543-9341-2



Bestellung:
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

alle Medien schrieben davon ab und entschuldigten sich für die Falschinformation später mehr oder weniger elegant . . .

Eine Frage des Vertrauens

Was ist wahr, was ist falsch? Wie sollen kritische KonsumentInnen das überprüfen? Wenn überall das Gleiche steht, spricht das doch für dessen Wahrheitsgehalt – oder nicht?

Medienkonsum ist eine Frage des Vertrauens, und das stellt ein strukturelles Problem der Medienwelt dar, erläutert Kommunikationswissenschaftler Josef Trappel von der Universität Salzburg. Medien sind, anders als etwa Autos, Vertrauensgüter. Den KonsumentInnen bleibt meist nicht viel anderes übrig, als dargebotenen Berichten mehr oder weniger blind zu vertrauen, schließlich fehlt ihnen fast immer die Möglichkeit, eine Story zu überprüfen – außer sie befinden sich am Ort des

Der Übergang zwischen Berichterstattung, Einflussnahme und Propaganda ist hier wohl fließend ... „Wes' Brot ich ess', dess' Lied ich sing“, soll schon Walther von der Vogelweide gesagt haben.



Geschehens oder sind selbst JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen. In diesem Prozess wird die Marke eines Mediums zur alles entscheidenden Frage. Qualitätszeitungen wie „Die Presse“ stehen mit ihrem guten Namen für objektiven Journalismus, sagt Trappel: „Wer sagt aber, dass nicht auch dort die besten JournalistInnen aus Spargründen gehen mussten?“

Eigentümer-Vielfalt

Grundsätzlich beobachtet Trappel, dass es immer weniger Vielfalt unter Medieneigentümern gibt – die Konzentration nimmt stetig zu. Dabei gibt es aber, bezogen auf Österreich, einige Unterschiede: Stellt sich die Situation auf nationaler Ebene mit fünf Tageszeitungen, dem ORF und privaten Radio- und Fernsehprogrammen noch als hinreichend vielfältig dar, so ist dies auf regionaler Ebene anders. Hier gehören immer mehr Medien immer weniger Eigentümern. Beispiel: das Vorarlberger Medienhaus (tinyurl.com/7u5oeq6), zu dem über 60 Zeitungen, zahlreiche Internet-Portale und Radiosender in Österreich, Ungarn und Rumänien gehören. Als andere Vorarlberg-Quellen bleiben nur die regionalen Angebote des ORF. Ähnlich stellt sich die Medienkonzentration in Oberösterreich, Salzburg, Tirol oder der Steiermark dar.

Damit gibt es hierzulande weniger Eigentümer-Vielfalt als in gleich großen Ländern wie der Schweiz oder in Skandinavien. In Deutschland ist eine große Bandbreite an Eigentümern vorhanden; sogar im Bundesland Bayern, das grö-

ßmäßig mit Österreich vergleichbar wäre, herrscht mehr Vielfalt in Bezug auf die Eigentümer-Strukturen. Josef Trappel: „Das Medien-Geschäft belohnt Marktkonzentration. Je höher eine Auflage ist, umso billiger sind die Stückkosten; je mehr Menschen eine Fernsehsendung konsumieren, umso billiger werden die Produktionskosten pro ZuschauerIn.“

Medienunternehmer wie Silvio Berlusconi oder **Rupert Murdoch** wollen ihren Einfluss ausweiten, etwa in politischer Hinsicht. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es Bestrebungen, die öffentliche Meinung durch Medieneigentum für sich zu gewinnen. So investieren in Frankreich auch Unternehmen aus der Rüstungsbranche in Medien, um Einfluss zu bekommen.

Der Übergang zwischen Berichterstattung, Einflussnahme und Propaganda ist hier wohl fließend ... „Wes' Brot ich ess', dess' Lied ich sing“, soll schon **Walther von der Vogelweide** gesagt haben.

Medien verstehen – kritisch nutzen

Kritische MedienkonsumentInnen sind hier gefragt. Die Kenntnis darüber, wie Medien funktionieren, hilft zu erkennen, dass nicht alles wahr ist, nur weil es so in der Zeitung steht ...

Doch Medienbildung in der Schule ist in Österreich nach wie vor ein Minderheitenprogramm und hängt laut Stadtschulrat vom Engagement der individuellen Schule ab. So steht zwar im AHS-Lehrplan: „Innovative Technologien der Information und Kommunika-

tion sowie die Massenmedien dringen immer stärker in alle Lebensbereiche vor. (...) Im Rahmen des Unterrichts ist diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen und das didaktische Potenzial der Informationstechnologien bei gleichzeitiger kritischer rationaler Auseinandersetzung mit deren Wirkungsmechanismen in Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen.“

Medienbildung nicht im Lehrplan

Doch wie diese Vorgabe umzusetzen ist, bleibt offen. Ein eigenes Fach Medienbildung ist in den Lehrplänen des Unterrichtsministeriums nicht aufgeführt. Somit hängt es von den Lehrkräften ab, inwieweit sie Medienbildung etwa als Teil der politischen Bildung, der bildnerischen Erziehung oder des Deutschunterrichts einsetzen. Daneben gibt es aber auch Schulen mit Medien- und Informatikschwerpunkt.

Dabei heißt es im Hauptschul-Lehrplan so schön: „(...) ist die Bereitschaft zum selbstständigen Denken und zur kritischen Reflexion besonders zu fördern.“ Schön wäre es ...

Internet:

Österreichs Medienwelt von A bis Z:
www.diemedien.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
anni.buerkl@texteundtee.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Nur selber denken hilft

Wie Sprache uns das Hirn vernebeln kann und mit Wörtern Meinung gemacht wird.

Autorin: Nani Kauer, MA

*Pressesprecherin des ÖGB-Präsidenten
Erich Foglar und Leiterin des Referats für
Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB*

Wir wollen Sie auf die miserable Qualität der politischen Meinungsbildung aufmerksam machen, auf die Tricks der Irreführung und den gezielten, strategisch geplanten Missbrauch Ihrer guten Absichten“, so beschreiben die Autoren der deutschen NachDenkSeiten (siehe Kasten) ihre Intention. Mit Worten werden Bilder erzeugt, die zur breiten Meinungsbildung beitragen – und dann ist die „Transparenzdatenbank“ wirklich die beste Idee überhaupt, um „Sozialmissbrauch“ abzustellen ...

Gehirnwäsche, reiner als weiß?

Wie funktioniert diese Gehirnwäsche? Lehrmeisterin ist die Werbebranche, ihre Partnerin die Psychologie: Hört man Dinge nur oft genug, werden Botschaft und AbsenderIn schon irgendwann sitzen. Ein kleiner Selbsttest beweist das: Bestimmt können Sie folgende Slogans mühelos zuordnen: Sie baden gerade Ihre Hände drin (1); Für das Beste im Mann (2); Nicht immer, aber immer öfter (3); So wertvoll wie ein kleines Steak (4); Daham statt Islam (5); Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut (6).¹ Einige dieser Slogans sind nicht neu, trotzdem haben sie sich in unsere Gehirne eingebrannt. Der Trick ist, dass sie Bilder und Stimmungen erzeugen, die sofort wieder abrufbar sind. Untersuchungen bestätigen das, zum Beispiel jene von innovation-marketing.at: Bekannte

Slogans, auch von länger zurückliegenden Kampagnen, so die Autoren, wurden durchgängig der richtigen Marke zugeordnet. Würde der Slogan gesungen, wirkte sich das noch stärker auf die Erinnerung aus. Die politische Kommunikation funktioniert nach dem gleichen Prinzip: Je eingängiger der Slogan, je stärker das Bild und die Emotion dazu und je länger der Kampagnen-Zeitraum, umso mehr verinnerlichen die Zielgruppen die Aussagen. Auch abseits von Kampagnen vor Wahlen werden in der Politik permanent Slogans und Bilder erzeugt, um die Meinungsbildung zu beeinflussen und so Zustimmung zu bestimmten Vorhaben zu erreichen – den Medien kommt dabei eine wichtige Steigbügelhalterfunktion zu. Einige Beispiele aus der heimischen Innenpolitik zeigen, dass die Waschmaschinen für die Gehirnwäsche in den Turbogang geschaltet wurden. Am Ende des Waschgangs sollen unsere Gehirne frei von der Idee sein, Reichensteuern würden zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Einnahmen ins Budget beitragen können.

„Erneuern statt besteuern“

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl verwendet diesen Satz, um gegen neue Steuern, allen voran Vermögenssteuern, zu reden. Die Hauptbotschaft liegt in Teil zwei der Aussage – „statt besteuern“. Damit wird suggeriert, Steuern wären etwas Böses und mehr davon abzulehnen. Steuern finanzieren aber praktisch alles in diesem Land: Schulen, Kindergärten, Verkehrswege, die auch die Mitgliedsfirmen der WKO nutzen, sogar Staatsoper und Burgtheater werden mit Steuergeld

BUCHTIPP

Albrecht Müller

Meinungsmache

Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen
Verlag Knauer TB, 2010,
492 Seiten, € 10,30,
ISBN 978-3-426-78160-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

subventioniert. Will man das alles weiterhin haben, wird es mehr Geld brauchen. Ohne neue oder andere Steuern wird das „Erneuern“ also nicht gehen.

Leistungswahn

Mit „Leistung“ wird uns ebenfalls systematisch das Gehirn gewaschen: Leistung muss sich lohnen; neue Steuern sind leistungsfeindlich; rauf mit der Leistung, runter mit den Steuern ...² Vor allem die ÖVP sieht sich als Schutzschild der LeistungsträgerInnen. Und wie schützt man die am besten? Man verhindert Vermögenssteuern. LeistungsträgerInnen dürften nicht noch mehr belastet werden, die wandern dann ab, Arbeitsplätze werden vernichtet alles wird fürchterlich. Würde man nach dieser Gehirnwäsche-Kampagne in einer Straßenbefragung wissen wollen: „Wer ist

¹ 1: Palmolive, 2: Gillette, 3: Clausthaler, 4: Fruchtzwerg, 5: FPÖ-Strache, 6: Wirtschaftskammer.

² alle Leistungs-Zitate aus OTS-Presseaussendungen der ÖVP nach einer Klausur des Parlamentsklubs im Oktober 2011

LeistungsträgerIn?“ – was käme heraus? Der Bäcker, der um fünf Uhr früh aufsteht, damit auch der Vorstandsvorsitzende sein Jour-Gebäck beim Frühstück hat? Die Kindergärtnerin, die Polizistin, die Kanalräumer? Eher nicht. Was also tun? Das Wort klauen, seinen Sinn neu deuten: Der ÖGB stellte dem LeistungsträgerInnen-Bluff die wahren LeistungsträgerInnen gegenüber – eben jene BäckerInnen, Büroangestellten, BauarbeiterInnen, die Tag für Tag Leistungen – und vor allem mehr Steuerleistungen – erbringen.

Auch beim Mittelstand geht's ums Steuerthema. Würde man fragen: Zählen Sie sich zum Mittelstand?, die Mehrheit würde „Ja“ sagen. Reich ist man nicht, arm auch nicht, oder man sagt es nicht. Mittelstand sind also eh alle, darum eignet sich dieses Wort bestens für Irreführung. Manche behaupten, Mittelstand gäbe es keinen, sondern nur hier: Kapital, da: Arbeit. Die Mittelstands-Diskussion trägt auch dazu bei, Grenzen zu verwischen und Menschen gegen Maßnahmen einzunehmen (Erbchaftssteuer, Vermögenssteuer), von denen sie in drei Leben nicht betroffen sein werden.

Klassenkampf

Wer Reichensteuern verlangt betreibt „Klassenkampf pur“. Das Wort ruft bei jüngeren Menschen wahrscheinlich gar keine Bilder hervor, bei älteren, die noch wissen, was der Kalte Krieg war, wohl keine angenehmen: MarxistInnen, Revolutionen und dann triste Zustände als Folge. Das will natürlich niemand. Warum ist es aber Klassenkampf, eine Reichensteuer zu fordern, flexible (= längere) Arbeitszeiten zu verlangen aber nicht? Und: Wer sagt, dass wir angefangen haben ...

Der Sozialstaat kostet Milliarden. Stimmt. Aber was tut der Sozialstaat? Neben der Sicherung von Sozialsystemen, Bildung und der Wahrung des sozialen Friedens sponsert der Sozialstaat z. B. die Staatsoper. Bankenrettungspakete sind ebenso sozialstaatliche Leistungen. Der Sozialstaat wird aber von denen, die ihn abbauen möchten, gerne auf das bloße Auszahlen von Unterstützungen reduziert. Und hier haben MedienkonsumentInnen gelernt, dass es so viel Missbrauch gibt, dass so viele in der

sozialen Hängematte liegen und nichts leisten – denen kann man ruhig was streichen. Ist es aber nicht umgekehrt? Liegen nicht die Reichen, die viel zu wenig Steuern zahlen, vom Sozialstaat aber enorm profitieren, in der Hängematte?

„Schuldenbremse“, ein Import aus Deutschland. Klingt auf den ersten Blick gut: Niemand hat gerne Schulden. PolitikerInnen nennen sie auch gerne Ausgabenbremse. Was heißt weniger Ausgaben für einen Staat? Er muss Leistungen für Menschen streichen: vielleicht Pflegegeld oder Mindestsicherung, vielleicht Heizkostenzuschüsse. Schulden zu bremsen ist auch für den Staat wichtig, damit er seine Aufgaben erfüllen kann. Er hat aber natürlich auch die Möglichkeit, statt einer Schuldenbremse einen Einnahmen-Turbo zu beschließen. Neue Arbeitsplätze schaffen, das stärkt Kaufkraft, verringert Sozialausgaben, erhöht Steuereinnahmen – und bremst Schulden.

Gegen die Schöpfer

Was hilft gegen die strategisch gesteuerte Gehirnwäsche, wie kommen wir dagegen an? Genau zuhören, genau schauen, wer was sagt. Hirn einschalten, selber denken, und nicht den Schlagzeilen im Boulevard in die Falle gehen, die uns von Pleite-Griechen erzählen. Ein Blick auf die deutschen NachDenkSeiten öffnet das Denken. Unter „Strategien der Meinungsmache“ wird anhand vieler Beispiele gezeigt, wie man versucht, unser Denken zu beeinflussen. Das zu erkennen und die Wortschöpfungen gegen ihre SchöpferInnen zu kehren – wie bei „Kapitalschmarotzer“ – ist schon ein großer Schritt gegen das Gehirnwäsche-programm, das derzeit allerorten läuft.

Internet:

Weitere Informationen:
www.univie.ac.at/tmb
www.kobuk.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
nani.kauer@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



Der ÖGB stellte dem LeistungsträgerInnen-Bluff die wahren LeistungsträgerInnen gegenüber – eben jene BäckerInnen, Büroangestellten, BauarbeiterInnen etc., die Tag für Tag wichtige Leistungen – und vor allem mehr Steuerleistungen – erbringen.

Mehr als tausend Worte

Die Gesellschaft verändert sich rasant – mit ihr auch ihr Abbild. Durch neue Technologien werden wir alle zu AugenzeugInnen von Katastrophen gemacht.

Autorin: Amela Muratović

Mitarbeiterin der ÖGB-Öffentlichkeitsarbeit

Tag ein Tag aus werden die Menschen mit Bildern überflutet. Ihre Wirkung ist ebenso mächtig wie undurchschaubar. Während vor fünfhundert Jahren die Erfindung des Buchdrucks die Macht der Schrift begründete, haben heutzutage – durch neue Technologien wie das Internet – digitale Bilder weltweit eine ähnlich epochale Wende eingeleitet. Bilder sind Dokumente, festgehaltene Zeit, Kultur. Doch Bilder wecken auch Emotionen, sie lösen Mitleid, Erbarmen, Wut, Unverständnis aus. Einst wurden Katastrophen und deren Opfer erst im Nachhinein durch Bilder dokumentiert, das machte es einfacher, sie zu vergessen und zu verdrängen. Beinahe live wahrgenommene Ereignisse verstärken das Erinnern. Und das ist erst möglich, seit die Menschen die größten Katastrophen auf CNN oder online miterleben können. Die Menschen werden durch die Aufnahme und geistige Verarbeitung der Bilderflut zu Zeit- und AugenzeugInnen. Mittlerweile ist die Wirkungsmacht der Bilder im Kopf so stark, dass sie nicht mehr verdrängt werden kann.

Die Macht der Bilder

Gerade weil Bilder so viel Macht ausüben, versuchen PolitikerInnen immer wieder dieses Mittel für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und die Menschen so zu beeinflussen. Wie politisch konstruierter Medienswindel funktioniert,

zeigt der 1998 erschienene Spielfilm „Wag the Dog“ mit Robert De Niro und Dustin Hoffmann. In diesem Film stellt sich kurz vor den Präsidentschaftswahlen heraus, dass sich der amtierende US-Präsident an einer Schülerin vergangen hat (oder haben könnte). Die Wahl ist nahezu unmöglich zu gewinnen, aber die SpitzenberaterInnen des Präsidenten haben eine Idee, um die Presse bis zur Wahl von der Affäre abzulenken. Sie inszenieren einen Krieg in Albanien und setzen auf Bilder, die Emotionen bei der Bevölkerung auslösen. Obwohl es sich um fiktive Spielfilmszenen handelt, wird anschaulich gezeigt, wie sogenannte „Spindoktoren“ arbeiten. Der Film macht deutlich, welche technischen Möglichkeiten heute vorhanden sind, um einen politischen Schwindel in den Medien zu veröffentlichen und zu propagieren.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte

Es wird immer einfacher Bilder zu produzieren, aber auch zu manipulieren. Wir leben in einer Welt der Bilder. Bilder – vor allem Fotografien und Filme – sind in unserem Alltag allgegenwärtig und prägen unsere Wahrnehmung, sie brennen sich nachhaltig ins Gedächtnis ein. Flüchtlingstrecks am Ende eines Krieges, ein nacktes vietnamesisches Mädchen, das schreiend vor Angst auf einer Straße rennt, eine staubbedeckte Frau sucht nach dem Einsturz des ersten Zwillingssturmes Zuflucht in einem Bürogebäude – kaum haben wir das gelesen, stellt unser Gedächtnis das passende Bild dazu bereit. Wenn der Name einer

berühmten oder berüchtigten Person fällt – ob Mutter Teresa oder Nelson Mandela, Saddam Hussein oder Josef Stalin – ist unser Bewusstsein sofort mit einem dieser Person zugeschriebenen Bild zur Stelle. Obwohl die meisten diesen Menschen nie begegnet sind, nicht einmal in ihre Nähe gelangt sind, glauben viele sie zu kennen, weil sie Fotografien gesehen haben, die nicht nur ihr Äußeres, sondern auch ihren Charakter eingefangen haben. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte – so heißt es. Aber Bilder sind nicht eindeutig und lassen viel Raum für Interpretationen. Dank moderner Medien lässt sich nur noch selten nachvollziehen, ob das Bild echt ist oder verändert wurde.

Bildmanipulationen

Die Manipulationstechniken werden immer wieder verfeinert. Am häufigsten werden Bilder durch ihren Bildausschnitt, die Motivwahl, die Farbgebung und das Weglassen oder Hinzufügen von Bildteilen manipuliert. Aber auch Fotomontagen sind heutzutage sehr beliebt. Mithilfe des Computers gibt es unzählige Möglichkeiten der Bildmontage – oft wird aus zwei Bildern eines gemacht, ohne dass dieses als Fotomontage zu erkennen ist. Einige Bildmanipulationen haben sogar weltweit Schlagzeilen gemacht, auf der Website www.rhetorik.ch werden viele der verfälschten Bilder anschaulich dargestellt und erklärt, zum Beispiel:

» Nicolas Sarkozy ist ein eitler Politiker. Der französische Präsident wurde beim

Gerade weil Bilder so viel Macht ausüben, versuchen PolitikerInnen dieses Mittel für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und die Menschen somit zu beeinflussen.



Boot fahren mit nacktem Oberkörper fotografiert und eine Speckrolle am Bauch einfach wegwretuschiert.

» Während des zweiten Golfkrieges recherchierte der Reporter Brian Walski von der „Los Angeles Times“ im süd-irakischen Basra und lieferte der Zeitung ein Bild: Ein Soldat der US-Army, inmitten einer großen Anzahl sitzender, kniender IrakerInnen, hält schreiend einen Mann, der ein anscheinend verletztes Kleinkind in den Armen trägt, vom Weitergehen ab. Das Foto erschien am 31. März 2003 auf der Frontseite der „LA Times“. Nach der Publikation wurde aber bemerkt, dass einige der Personen zweimal im Bild auftauchen. Tatsächlich gab der Reporter zu, das Bild mittels Computer aus zwei Aufnahmen zusammengesetzt zu haben. Er wollte damit den Eindruck desselben verbessern. Journalistische Ethik verbietet aber die elektronische Veränderung von Bildern, und das war ein Grund für die Zeitung, Walski zu entlassen.

Eine Frage der Perspektive

Aber auch vor der Zeit der Computer wurden Bilder manipuliert, etwa während der Sowjet-Ära. Damals war anscheinend die Kunst der Bildübermalung sehr fortgeschritten. Ein Originalbild, das Wladimir Iljitsch Lenin mit **Leo Trotzki** zeigt, erschien nur mit Lenin. Die Bild-differenz (die Bilder wurden leicht gedreht und verschoben, um eine bessere Übereinstimmung zu bekommen) zeigt, dass neben Trotzki noch drei andere Personen übermalt worden sind.

Wie die Wahl des Blickwinkels das „Bild“ der BetrachterInnen zu beeinflussen vermag, kann anhand des Sturzes der Saddamstatue erklärt werden. Ein Blick von Weitem zeigt ein anderes Bild als die meist gesehenen Nahaufnahmen. Im Nachhinein sieht man, dass der Fall der Saddamstatue nicht so populär war und von einer großen Menschenmenge verfolgt wurde, wie es die Fernsehbilder zu vermitteln versuchten. Der Ort des Geschehens war sorgfältig abgeriegelt worden, nur wenige IrakerInnen waren dabei. Die Blickwinkeländerung hatte das verborgen. Solche Effekte sind oft bei Demonstrationen zu beobachten. Wenn der Blickwinkel stimmt, kann ein Grüppchen von Menschen als ein Großaufmarsch verkauft werden.

Auch die Überbelichtung ist zum Teil Bildmanipulation. Oft werden Bilder von Notizzetteln gemacht, bei denen jedoch das Geschriebene schwer zu entschlüsseln ist, also müssen die Fotos nachträglich überbelichtet werden, damit die Sätze auch wirklich lesbar sind.

Dass Bilder immer schon als Transportmittel von Botschaften und vor allem zur Beeinflussung genutzt wurden und werden, ist hinlänglich bekannt. Und trotzdem zweifeln die wenigsten ihre Objektivität an. Meistens werden sie als das genaue Abbild der Realität akzeptiert. Aber Bilder können lügen, genauso wie Wörter. Noch nie waren die Möglichkeiten der Bildbearbeitung so vielfältig, die Instrumente dazu so verbreitet und die Resultate so perfekt wie heute – im Zeitalter des Computers. Dank dem Bild ist man in

einem Augenblick sofort mitten im Geschehen und glaubt informiert zu sein. Oft tritt eine naive Bildergläubigkeit auf, aber Bilder fördern nicht eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, sie verhindern sie eigentlich.

Gefasst erfassen

Gerade in diesen Zeiten sind JournalistInnen und FotografInnen sehr gefordert – vor allem, wenn es sich um Katastrophenbilder handelt. Eigentlich wäre es heutzutage wichtig, dass FotografInnen versuchen auch in schweren Momenten die Fassung zu bewahren, und so mit ihren Bildern nicht nur die Gefühlswelt des Publikums anzusprechen, sondern diesem auch die Möglichkeit zu bieten die Ereignisse zu fassen, bevor die Emotionen die Oberhand gewinnen. Aber auch das Publikum muss den richtigen Umgang mit Medien lernen, um Bilder zu durchschauen und zwischen den Zeilen lesen zu können. Denn nur so kann man sich eine eigene Meinung über das Geschehen bilden und komplexe Sachverhalte verstehen.

Internet:

Mehr Informationen unter:
www.rhetorik.ch

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ganz schön schrecklich

Aus TV und Kino ist sie ebenso wenig wegzudenken wie aus Boulevardzeitungen: rohe Gewalt. Was fasziniert an Brutalität in den Medien?

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Was für eine Story: Zwei Minderjährige werden von ihren Eltern im Wald ausgesetzt, woraufhin eine Menschenfresserin die beiden Schutzsuchenden fängt und in einen Käfig sperrt. Die Unglücklichen sollen gemästet und anschließend verspeist werden! In Todesangst befreien sich die Kinder und verbrennen die Kannibalin bei lebendigem Leib ... Es handelt sich bei dieser Geschichte um das Märchen von Hänsel und Gretel – nur ein Beispiel dafür, dass exzessive Gewaltdarstellung keine Erfindung von Boulevardmedien oder blutrünstigen **Splatter-Movies** ist. So strotzen gerade viele Märchen und Sagen buchstäblich vor Brutalitäten, aber auch die Bibel ist voll von Beispielen der Blutschande, Mord, Totschlag und Naturkatastrophen.

Schlag nach bei Shakespeare

Im Erbe der Antike entdecken wir ebenfalls umfangreiche Darstellungen realer, aber auch fiktiver Gewalt, die vor penibelsten Detailbeschreibungen nicht zurückschrecken. Ein Beispiel aus Homers Odyssee: „Jetzo holten sie den Ziegenhirten Melantheus, und sie schnitten ihm Nas' und Ohren mit grausamen Erze ab, entrissen und warfen die blutige Scham vor die Hunde, hauten dann Hände und Füße von Rumpf mit zürnendem Herzen.“ Auch wer bei Shakespeare nachschlägt, stößt auf mannigfaltige Gräueltaten: So werden etwa in „Titus Andronicus“ der Figur der Tamora ihre eigenen Söhne zum Mahl vorgesetzt ... Aber nicht nur

fiktionale Medien, auch der Journalismus ist stark von Gewaltdarstellungen geprägt. Hierbei wird oft auf die Informationspflicht und die möglichst wahrheitsgemäße Wiedergabe von – eben auch schrecklichen – Ereignissen verwiesen. Nun muss der/die verantwortungsvolle RedakteurIn natürlich über Morde, Kriege, Terroranschläge etc. berichten, das Schwelgen in solchen Gräueltaten zählt aber sicher nicht zur journalistischen Sorgfaltspflicht. Beispiel 11. September 2011: Anlässlich des zehnten Jahrestages der Terrorattacken in den USA sahen wir in allen TV-Kanälen zum x-ten Mal wie Flugzeuge in das World Trade Center rasten, Menschen in den Tod sprangen und die beiden Türme letztlich in sich zusammenbrachen. Im Kultursender 3sat zeigte man unkommentiert über mehrere Stunden die TV-Bilder des ORF, die vor zehn Jahren live zur Katastrophe gesendet worden waren. Hier stellt sich die Frage: Wo bleibt der Informationsgehalt, wo der Hintergrundbericht und wo die Aufklärungsarbeit? Scheinbar wird all das von der Wiederholung des Schreckens und der Faszination der Gewalt in den Schatten gestellt.

Halten wir fest: Medien, die wir hier breit als Mittel zur Verbreitung und Konservierung von Informationen definieren wollen, werden offensichtlich von Gewalt nahezu magnetisch angezogen. Eine Anziehungskraft, die sich letztlich nur durch das Interesse der RezipientInnen erklären lässt. Sprich: Fänden die LeserInnen, ZuseherInnen, ZuhörerInnen, Internet-UserInnen etc. nicht in irgendeiner Art und Weise Gefallen an der medial präsentierten Gewalt, würden sie die entsprechenden Produkte nicht „kaufen“. Was

BUCHTIPP

Astrid Zipfel,
Michael Kunczik
Gewalt und Medien
Ein Studienbuch
UTB GmbH, 1998,
474 Seiten, € 25,60
ISBN 978-3-8252-2725-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

uns zu der entscheidenden Frage führt: Warum kann der Mensch an (auch durchaus realer) Gewalt und den daraus resultierenden Leiden anderer Menschen Freude, Befriedigung, ja sogar Lust empfinden? In der Diplomarbeit „Der hochgeschätzte Massenmörder“ ist der Autor dieser Zeilen auf die genannte Problematik eingegangen und stieß bereits bei antiken Denkern auf Antworten.

„Reinigung“ durch Gewalt?

So brachte **Aristoteles** die Katharsisthese ins Spiel. **Katharsis** bedeutet in diesem Zusammenhang die „homöopathische Reinigung der Affekte“: Durch die Erregung von Mitleid und Furcht soll der/die RezipientIn von negativen Stimmungen befreit werden. Aristoteles vertritt also die auch heute noch existierende Theorie, dass durch die mediale Darstellung von Gewalt das Aggressionspotenzial des Publikums abgebaut werden könne. Bezogen auf das griechische Theater zur Zeit Aristoteles' muss allerdings erwähnt werden, dass



Medien, die wir hier breit als Mittel zur Verbreitung und Konservierung von Informationen definieren wollen, werden offensichtlich von Gewalt nahezu magnetisch angezogen. Eine Anziehungskraft, die sich letztlich nur durch das Interesse der RezipientInnen erklären lässt.

nicht so sehr die direkte Gewaltanwendung, sondern ihre negativen Folgen im Vordergrund standen. Aus dieser Aufarbeitung der Gewalt ergibt sich laut Aristoteles die „sozialhygienische Wirkung“ – und nicht aus Gewaltexhibitionismus. Weshalb die Katharsisthese für viele Formen aktueller medialer Gewalt (Detail-schilderung und permanente Wiederholung der Brutalität statt Erklärung von Ursprung und Folgen) wohl nicht zutrifft.

Die sogenannte „Schreckenslust“

Es muss also noch andere Erklärungsmodelle für die Attraktivität von Gewaltdarstellungen geben. Eine liegt in der sogenannten Schreckenslust begründet. Schon der Schöngest, Aufklärer und überzeugte Humanist Friedrich Schiller wusste: „Es ist eine allgemeine Erscheinung in unserer Natur, dass uns das Traurige, das Schreckliche, das Schauerhafte selbst mit unwiderstehlichem Zauber an sich lockt, dass wir uns von Auftritten des Jammers, des Entsetzens mit gleichen Kräften wegstoßen und wieder angezogen fühlen.“ (Friedrich Schiller. Werke. Nationalausgabe 1943). Schiller nennt hier neben den drei Quellen von Lust und Vergnügen – nämlich dem Angenehmen, dem Guten, dem Schönen – noch eine vierte: Schrecken und Entsetzen. Wobei Schiller hier im Gegensatz zu früheren Schriften die Lust am Leiden und Grauen nicht als abartig oder unnatürlich ansieht, nicht als vereinzelt auftretende Fehlentwicklung pervertierter Menschen, sondern eben als allgemeine Erscheinung in unserer Natur. Auf diese Lust gehen nun journalistische Medien genauso ein wie Kunst und Kul-

tur. So ist in der Dichtkunst der Begriff des „angenehmen Grauens“ seit Mitte des 18. Jahrhunderts präsent, ebenso kennt die englische Sprache Bezeichnungen wie „delightful horror“ oder „agreeable horror“. Wir können hier von einer Ästhetisierung des Schrecklichen und des Negativen in den Medien sprechen, wobei der deutsche Germanist und Literaturkritiker **Richard Alewyn** (1902–1979) den Grund für diese Überhöhung in der zunehmenden Naturbeherrschung durch den Menschen sieht. Unter diesem Aspekt fügt Alewyn einen kompensatorischen Ansatz hinzu: Der Mensch habe sozusagen ein Bedürfnis nach Angst. Die moderne Welt der Aufklärung lässt allerdings keinen Platz mehr für traditionelle, der Natur entsprungene Ängste. Der Urwald verkümmert zum Naturlehrpfad, die unheimlichen Urgewalten eines Gewitters lassen sich als elektrische Entladungen erklären. Der moderne Mensch versucht nun, sein Angstdefizit durch künstlichen, in den Medien verbreiteten Schrecken auszugleichen.

„Live“ dabei und in Sicherheit

Dieses Streben, die verloren gegangenen realen Ängste durch künstliche zu ersetzen, erklärt die Existenz von Schauer-, Kriminal- und Abenteuerromanen, sowie deren Ausläufer in Form von Presse, Film, Funk, Fernsehen und Internet. KritikerInnen wenden allerdings ein, dass es ja auch in unserer modernen Welt genug reale Ängste gibt – etwa vor Jobverlust, allgemeinem Versagen, Krankheiten und letztlich dem Tod. Müssen wir uns also tatsächlich noch zusätzlich auf „Angst-

suche“ in den Medien begeben? Ja, denn nur scheinbar paradoxerweise verhehlen Medien so auch zu einem gewissen Sicherheitsgefühl. Gewalt bereitet in der Regel nämlich nur dann Lust, wenn RezipientInnen nicht selbst durch Gewalt bedroht werden, sondern sie deren sichere BeobachterInnen bleiben. Das erkannte schon der römische Dichter **Lukrez**, der in „De rerum natura“ schreibt: „Angenehm ist es vom Ufer ein Schiff mit den Wellen kämpfen zu sehen, die es verschlingen wollen, oder an einem sicheren Orte Zuschauer einer wichtigen Schlacht zu sein.“ Gewalt betrifft die BeobachterInnen also nicht direkt, da diese entweder fiktiv ist und/oder nicht auf sie selbst, sondern auf Zweite und Dritte einwirkt. Das gilt für die von Lukrez genannten Beispiele ebenso wie heute für die genüssliche Betrachtung von Naturkatastrophen und Verbrechen im Fernsehen: Man ist „live“ dabei, gleichzeitig in Sicherheit und kann sich immer damit trösten, dass es anderen noch viel schlechter geht als einem selbst. Diesem einfachen Schema folgend wird Gewalt noch lange auf dem Programm stehen.

Internet:

Aktuelle Forschungsergebnisse und umfassende Link-Sammlung zum Thema:
www.mediengewalt.de

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
haraldkolerus@yahoo.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gratis liegt im Trend

Während die meisten traditionellen (Tages-)Zeitungen in den vergangenen Jahren sukzessive LeserInnen verloren haben, steigen die Reichweiten der Gratis-Medien.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

In Wien hat die U-Bahn-Zeitung „Heute“ erneut Terrain gewonnen und liegt damit vor der „Kronen Zeitung“. Im vergangenen September feierte das Gratis-Blatt „Heute“ seinen siebenten Geburtstag. Herausgeberin Eva Dichand und Geschäftsführer Wolfgang Jansky konnten sich über 849.000 LeserInnen österreichweit freuen („Heute“ erscheint mittlerweile auch in Nieder- und Oberösterreich sowie im nördlichen Burgenland). GeschäftspartnerInnen, Prominente und PolitikerInnen aller Couleur gratulierten. Kein Wunder – an so vielen potenziellen WählerInnen kommt kaum jemand vorbei.

Konkurrenz für die Krone

Begonnen hat allerdings alles schon im Jahr 2001, als der Chef der „Kronen Zeitung“ **Hans Dichand** den „U-Express“ ins Leben rief, um möglichen Gratiszeitungsaktivitäten von internationalen Playern zuvorzukommen. Drei Jahre lang wurde der „U-Express“ an Werktagen in Entnahmeboxen in den U-Bahn-Stationen gratis aufgelegt.

Um der Mutterzeitung „Krone“ nicht Konkurrenz zu machen, enthielt der „U-Express“ zum Beispiel kein Fernsehprogramm, trotzdem bescherte das Gratis-Blatt vor allem auch der „Kronen Zeitung“ herbe Verluste beim Einzelverkauf in Wien. Die Eigentümer **Media-print/WAZ** drängten auf Einstellung der unliebsamen Konkurrenz im eigenen Haus, und trotz aller Bemühungen

Dichands war der „U-Express“ am 31. März 2004 zum letzten Mal unterwegs.

Nur wenige Monate später, im September 2004, erschien die Gratiszeitung „Heute“ zum ersten Mal, Herausgeberin war Hans Dichands Schwiegertochter Eva Dichand. Die Gesamtauflage ist mittlerweile von anfangs 150.000 auf mehr als 580.000 Exemplare angewachsen.

Längst gehören die Entnahmeboxen von „Österreich“ und „Heute“ vor allem in Wien zum Stadtbild. Hinter den Kulissen sorgen sie allerdings nach wie vor für Konflikte. Anfangs gab es Beschwerden anderer Medienunternehmer, die schon länger vergeblich versucht hatten, von den Wiener Linien bzw. der Stadt Wien eine Bewilligung für das Aufstellen von Entnahmeboxen zu bekommen. „Österreich“ kämpft bis heute darum, nicht nur in der Umgebung, sondern direkt in den U-Bahn-Stationen Boxen aufstellen zu dürfen. Bisher hat dieses Recht allein die Zeitung „Heute“.

Waschen, legen, schießen!

Die Tageszeitung „Österreich“ wurde im September 2006 mit viel Publicity aus der Taufe gehoben, sie ist sowohl als Kaufzeitung als auch in abgespeckter Version hauptsächlich in U-Bahn-Stationen und Bahnhöfen erhältlich. Herausgeber Wolfgang Fellner wollte damit die Zielgruppe von Ö3 erreichen. Laut Media-Analyse ist „Österreich“, das im Gegensatz zu „Heute“ auch sonntags erscheint, derzeit auf Platz vier unter den Tageszeitungen.

Während Gratis-Tageszeitungen in den USA schon in den 1940er-Jahren

INFO & NEWS

Konkurrenzkampf um LeserInnen:

Mindestens 5,2 Mio. ÖsterreicherInnen haben laut Media-Analyse im zweiten Halbjahr 2010 und im ersten Halbjahr 2011 täglich eine Tageszeitung gelesen. Damit ist die Gesamtreichweite von 75 auf 73 Prozent gesunken. Mit 12,9 Prozent nationaler Reichweite und 921.000 regelmäßigen LeserInnen rangiert „Heute“ nach der „Kronen Zeitung“ auf dem zweiten Platz bei den Tageszeitungen. In Wien liegt „Heute“ mit 39,9 Prozent sogar noch vor der „Kronen Zeitung“ unter Herausgeber Christoph Dichand (33 Prozent). Die Regionalmedien Austria AG (RMA) erreicht mit ihren rund 130 Titeln (Bezirksblätter und -zeitungen) österreichweit 3.855.000 LeserInnen, das ist eine nationale Reichweite von 54 Prozent.

Für die Media-Analyse (MA) werden jedes Jahr rund 16.000 einstündige persönliche (Face-to-Face) Interviews zur Erforschung des Mediennutzungsverhaltens durchgeführt. Seit 2010 werden auch Regional- und Gratismedien einbezogen, wobei die Tageszeitung „Österreich“ zu den Gratismedien gezählt wird.

Die Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK) ist ein auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhender Verein. Er wurde 1994 auf Initiative der Werbeagenturen und des Verbandes Österreichischer Zeitungen gegründet. Die Mitgliedsverlage der ÖAK verpflichten sich, halbjährlich auf Basis der ÖAK-Richtlinien eine Auflagenmeldung für die der ÖAK angeschlossenen Medien abzugeben. Ein Wirtschaftstreuhandprüfer überprüft die übermittelten Daten dann vor Ort.



Längst gehören die Entnahmeboxen von Österreich und heute vor allem in Wien zum Stadtbild. Hinter den Kulissen sorgen sie allerdings nach wie vor für Konflikte.

üblich waren, wurde das erste europäische Medium dieser Art, „metro“, 1995 in Stockholm gedruckt. Seitdem wurde in fast jeder größeren Stadt mindestens eine Gratis-Tageszeitung gegründet, aber nicht alle haben die Wirtschaftskrise 2008/09 überlebt.

Das Konzept der Gratis-Tageszeitungen ist weltweit sehr ähnlich: Kurz gehaltene Beiträge mit eingängigen Headlines wie „Das letzte Foto des irren Wüsten-Diktators“ oder „Waschen, legen, schießen!“. Wer tagesaktuelle Veranstaltungstipps, die neuesten Sportergebnisse oder Sonderangebote sucht, der/die kommt wohl oder übel an Titeln wie „Sohn entdeckt ermordete Mama“ (naiv, wer jetzt denkt, hier handelte es sich um ein Kind, der Sohn war 59!) nicht vorbei.

„Das Wiener Schnitzel“

Apropos Nachkommen: Welche Schlüsse zieht ein Kind im ersten Lesealter angesichts der Schlagzeile „Stromausfall: Politiker rastet bei Polizei aus“ in Kombination mit einem Foto von Hollywood-Star Kiefer Sutherland mit einer Pistole im Anschlag? So manche Meldung kann auch Erwachsene verunsichern: „Hier schlafen zwei Männer ein, weil ihre Frauen so lange shoppen“, im Textteil daneben ist dann detailliert angeführt, in welchem Modemarkt dieses Foto entstanden ist. Da fragt man sich doch: Ist das jetzt Werbung oder nicht?

Anlässlich der Medientage in Wien meinte Eva Dichand zum Thema Qualität: „Ich verstehe mich nicht als Qualitätsmedium im Vergleich zur ‚Neuen

Zürcher Zeitung‘. Wenn die NZZ das Fünf-Gänge-Haubenmenü ist, das auch viel kostet, ist ‚Heute‘ das Wiener Schnitzel, das man beim Heurigen auch gerne isst.“ International gesehen sei „Heute“ eine der besten Gratiszeitungen.

Pendlerzeitung mit Niveau?

Wie viel Qualität ist in einem Gratis-Medium möglich? In Washington D.C. etwa wird der von der angesehenen „Washington Post“ herausgegebene „Express“ gratis aufgelegt bzw. verteilt. Das Layout erinnert hier deutlich weniger als bei den meisten anderen Gratis-Blättern an eine typische Boulevardzeitung. Auch die Website ist wesentlich unaufgerechter als jene von „Heute“, „Österreich“ & Co.

In der Schweiz versuchte man 2007 mit „CH“ eine Gratiszeitung mit Qualitätsanspruch zu etablieren. Die Investoren, darunter Eugen Russ, Chef des Vorarlberger Medienhauses, setzten anfangs auf adressierte Hauszustellung als Erfolgsrezept. Zu spät wurde auf das kostengünstigere, für Pendlerzeitungen übliche Entnahmeboxen-System umgestellt, die Wirtschaftskrise schließlich zwang 2009 zur Einstellung des Blattes.

Das Fachmagazin „Der österreichische Journalist“ verglich auch 2011 wieder die wichtigsten Gratiszeitungen. Positiv hervorgehoben wurden vor allem Magazine für ein junges, urbanes Publikum: „6020“ in Innsbruck, „Wien live“ und das transkulturelle Stadtmagazin „biber“. Das Trio bekam heuer nicht zum ersten Mal Bestnoten von den KollegInnen: „Das sind Titel, die einem

nicht die kostbare Zeit rauben, sondern die das Leben schöner machen, es erklären, intelligent unterhalten und fit für Diskussionen machen, ohne den Oberlehrer raushängen zu lassen ...“ Seit 2001 wird das Magazin „6020“, das monatlich erscheint, der „Tiroler Tageszeitung“ beigelegt und ist an den Haltestellen der Innsbrucker Verkehrsbetriebe erhältlich. „Wien live“ erscheint zehnmal jährlich und findet sich unter anderem gratis in Trafiken und Restaurants (Zielgruppe: urbane, design-, lifestyle- und kulturinteressierte LeserInnen). Das 2007 gegründete Magazin „biber“ erscheint seit 2009 ebenfalls zehnmal jährlich und liegt in Restaurants, Shoppingcentern sowie in 45 Wiener Anker-Filialen auf.

Internet:

„Express“, Gratiszeitung der „Washington Post“:
www.expressnightout.com

Mediaanalyse:
www.mediaanalyse.at

„Wien live“:
www.wienlive.at

„das biber“:
www.dasbiber.at

Gratiszeitungs-Test 2011
in „Der Journalist“:
tinyurl.com/cl4jmyy

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der Entenboulevard

Zeitungsente und sogenannte Grubenhunde sind nicht nur Studierenden des Journalismus ein Begriff.

Autorin: Gabriele Müller
Freie Journalistin

Heute wie vor 100 Jahren fallen die Medien auf sie herein. Viele Falschmeldungen werden aber von ihnen bewusst produziert. „Wer auf Partykracher hoffte, den überraschte George Michael mit ruhigen Klängen“, schrieb die „Kronen Zeitung“ am Tag nach dessen Wien-Konzert im heurigen November. Bei den Schlussliedern „Freedom“ und „I’m your man“ hingegen bebte die Stadthalle. Das Problem: Das Ereignis war wegen Erkrankung des Sängers abgesagt worden.

Schon bei den Nationalratswahlen 2008 hatte die auflagenstärkste Zeitung des Landes hellseherische Fähigkeiten bewiesen, die allerdings durch keinen Spitalsaufenthalt der Protagonisten ad absurdum geführt worden wären: So konnte Werner Faymann im TV-Duell „mit viel Erfahrung“ punkten, während sein damaliger Gegner Alexander Van der Bellen „fast britischen Humor“ bewies. Das Problem: Der Bericht erschien in der Abendausgabe vor der Fernsehkonfrontation. Es habe sich auch um keine Kritik, sondern um eine Vorschau gehandelt, rechtfertigte sich das Blatt später.

George im und Robbie aus dem Koma

Ein gefundenes Fressen war die Zeitungsentente der ohne den Sänger George Michael und sein Publikum bebenden Halle für das Fellner-Blatt „Österreich“. Es empörte sich über die „Peinlichkeit, (...) die Fans in die Irre zu führen“. Mehr als nur pein-

lich war der Bericht gewesen, den „Österreich“ unter dem Titel „Robbie holte Show aus Koma“ über den Auftritt von Robbie Williams bei „Wetten, dass?“ lieferte. Ein Unfall hatte den Abbruch der Show erfordert, der verunglückte Wettkandidat musste längere Zeit im künstlichen Koma gehalten werden.

Da jault der Grubenhund

Offenbar nicht umsonst erfreut sich der „Grubenhund“ (eine spezielle Form der Zeitungsentente) schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem in Österreich besonderer Beliebtheit. Es handelte sich ursprünglich um die Rache des/der kritisch Lesenden an der Berichterstattung, meist in Form eines Leserbriefes oder einer getürkten Presseaussendung. Berühmt wurden die beiden Sätze des Grubenhund-Erfinders Arthur Schütz, der sich im November 1911 über die techniklastige Berichterstattung der „Neuen Freien Presse“ (NFP) über ein lokales Erdbeben ärgerte. Unter dem Namen „Erich Ritter von Winkler“ schrieb er: „Ich saß allein im Kompressorenraum, als (...) der große 400 pferdekräftige Kompressor (...) eine auffällige Varietät der Spannung aufzuweisen begann.“ Offenkundig wusste der Ingenieur Schütz vor 100 Jahren bereits um die Notwendigkeit, komplexe Sachverhalte durch Menschlich-Tierisches aufzulockern und fuhr fort: „Völlig unerklärlich ist jedoch (...), dass mein im Laboratorium schlafender Grubenhund schon eine halbe Stunde vor Beginn des Bebens auffällende Zeichen größter Unruhe gab.“ Ein Satz, der die Bezeichnung „Grubenhund“ begründete.

BUCHTIPP

Horst Friedrich Mayer (Hrsg.)

Die Entenmacher

Wenn Medien in die Falle tappen

Deuticke, Wien 1998,
261 Seiten,
ISBN 978-3-2163-0376-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Als eigentlicher Erfinder fingierter Leserbriefe gilt aber **Karl Kraus**. Er hatte schon 1908 der NFP als Zivilingenieur J. Berdach einen Leserbericht über ein Erdbeben geschickt, der trotz hochgradiger Skurrilität veröffentlicht wurde.

Hermeneutik der Quantengravitation

Später, als sich die Zeitungen mehr auf die Meldungen von Presseagenturen als auf LeserInneninformationen verließen, gerieten die Grubenhunde etwas ins Abseits. Bewusst lancierte Falschmeldungen oder -berichte rütteln aber immer wieder am Glauben an das gedruckte Wort, so er noch vorhanden ist. Etwa 1996 der Artikel des amerikanischen Physikers **Alan Sokal** mit dem Titel „Die Grenzen überschreiten: Auf dem Weg zu einer **transformativen Hermeneutik** der **Quantengravitation**“.

Der Beitrag erschien in der Fachzeitschrift „Social Text“, das Ziel des Autors, die nutzlose Pseudowissenschaftlichkeit so mancher pompöser



Ein gefundenes Fressen war die Zeitungsentee der ohne den Sänger George Michael und sein Publikum bebenden Stadthalle für das Fellner-Blatt „Österreich“.

Textkonstrukte aufzuzeigen, war erreicht. Verlassen sich JournalistInnen bei ihrer Recherche auf das Internet als einzige Quelle, werden sie auch heute noch oft Opfer von bewusst lancierten Falschmeldungen. So blamierte ein Jungjournalist das Medienestablishment, als er am Tag vor Ernennung des Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg dessen Eintrag in der Wikipedia um den frei erfundenen elften Vornamen Wilhelm ergänzte. Seriöse Online-Nachrichtenseiten wie „Spiegel Online“, „sueddeutsche.de“ und „taz.de“ übernahmen die Namensschlange ungeprüft. Der im Grund insignifikante Grubenhund Wilhelm machte sich dennoch lautstark bemerkbar: Immerhin knabberte er an der Glaubwürdigkeit professioneller Medien und der Netzenzyklopädie Wikipedia.

Das Sex-Gen und der Tastatur-Pilz

2005 kreierte ein deutscher Journalistikstudent im Rahmen seiner Diplomarbeit einen klassischen Grubenhund und sah zu, wie einfach seine Falschmeldung über das Internet in die Medien gelangte. Der Sensationsmeldung zufolge hatten Genforscher des Münchner Arthur-Schütz-Instituts (!) in der menschlichen DNS ein das Sexualverhalten steuerndes Gen entdeckt.

Zwar klang die Nachricht schlüssig, doch wäre die Täuschung offenkundig gewesen, sofern die Minimalanforderungen der journalistischen Recherche erfüllt worden wären. Die Meldung wurde an rund 1.500 Redaktionen und Agenturen geschickt und von einigen,

darunter einer Fachpublikation für ApothekerInnen, veröffentlicht.

1997 sandte ein Witzbold ein Fax an die Nachrichtenagentur AP, in dem das österreichische Verkehrsministerium vor gefälschten Mautvignetten warnte, die zu Dumpingpreisen verkauft würden. Die Korrekturmeldung, nach Aussendung an die Redaktionen, kam für einige Medien zu spät. Der „Münchhausen von Niederrhein“, als der sich der Witzbold Christian M. bezeichnet, hatte 1992 während einer PC-Virushysterie den „Tastatur-Pilz“ erfunden. Im Namen eines Professors riet er zur mehrstündigen Lagerung des Teils im Tiefkühlfach, um das Pilzwachstum zu bremsen. Sogar das Computer-Magazin „Chip“ fiel auf die Meldung herein. Lohnend sei Kreativität bei der Erstellung von Briefbögen, so der Grubenhundexperte: Die von ihm erfundene „Fundamentalstation Wegberg“ etwa, die vor der Zerstörung eines NASA-Mondreflektors durch Meteoriten warnte, zeichnete als „Außenstelle der Saaruniversität“.

Eskimodichter Kobuk

Auf dem Briefpapier des PEN-Clubs hatte die Schauspiellegende Helmut Qualtinger im Jahr 1951 eine offizielle Einladung verschickt, die am nächsten Tag in der „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen war. „Der bekannte Eskimodichter Kobuk wird morgen auf dem Wiener Westbahnhof zur Dichterlesung eintreffen. Sein Stück ‚einsames Iglu‘ soll in Wien aufgeführt werden.“ Einige Reporter erschienen im sonnigen Juli zum Empfang am Bahnhof.

„Haas is“, sagte der dicke, im Pelz verummte „Inuit-Dichter“ Kobuk schließlich auf die Frage nach seinen ersten Eindrücken von Österreich.

„Kobuk“ nennt sich heute ein Medienwatchblog von Studierenden und Unterrichtenden am Publizistikinstitut der Uni Wien.

Er rät etwa: Gehen Sie bei Kurzgeschichten in „Österreich“ nie davon aus, dass abgebildete Personen etwas mit der Erzählung zu tun haben. Auch wenn hinzugefügte Augenbalken und Bildtexte es suggerieren. „Der jüngste Einbrecher ist jetzt im Waisenhaus“, lautet etwa die Bildlegende des Blattes zu einem Bericht über eine Familieneinbrecherbande. Blog „Kobuk“ zeigt auch das Originalfoto, das von der Homepage der amerikanischen Bildagentur „Getty Images“ stammt. Nicht nur dem „symbolischen Journalismus“ widmen sich die engagierten MedienbeobachterInnen im Netz. Sie decken auch bewusste Manipulationen des Meinungsjournalismus auf: Etwa indem sie durch Nachrechnen belegen, dass die „Kronen Zeitung“ EU-kritische Meldungen einfach mit falschen Zahlen untermauert. Nur zum Beispiel.

Internet:

Der Blog:
kobuk.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Transparenz in den Medien

Im Fokus: Das neue Medientransparenzgesetz anlässlich der Aufregung rund um Regierungsinserate

Autorin: Nina Ehrensberger
Freie Autorin

Am Nachmittag des 1. Dezember 2011 hat der parlamentarische Verfassungsausschuss das vielfach diskutierte „Medientransparenzgesetz“ beschlossen. Das Gesetz, das von SPÖ und ÖVP initiiert wurde, konnte dank Zustimmung der Grünen und des BZÖ nun beschlossen werden. Dieses Einverständnis der Opposition war für das Zustandekommen des Gesetzes erforderlich, da die Regierungsvorlage Bestimmungen im Verfassungsrang enthielt und daher nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden konnte.

Werbeaufträge und Förderungen

Doch was wurde hier eigentlich seit dem Frühsommer diskutiert? Das Bundesverfassungsgesetz über die „Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums“ verpflichtet die im Gesetz genannten Rechtsträger dazu, quartalsmäßig sämtliche Werbeaufträge und die entsprechenden Entgelte, die dafür an MedieninhaberInnen geflossen sind, öffentlich bekannt zu machen. Kurzum: Der wesentliche Bestandteil des Gesetzes betrifft die umstrittenen Regierungsinserate und Inseratschaltungen von öffentlichen Stellen. Genau jene sollen mit Hilfe des Medientransparenzgesetzes nun vierteljährlich veröffentlicht werden.

Ausschlaggebend für die Diskussion war die Vermutung, dass die Regierung durch die Vergabe kostspieliger Inserate

bestimmte Medien gezielt subventioniert habe, um sich dadurch im Gegenzug eine geneigte Berichterstattung zu sichern. Eine Hand wäscht die andere. Solch ein Vorgehen ist insofern von öffentlichem Interesse, da es sich letztlich um steuerfinanzierte Werbeaufträge handelt.

Ein weiterer Kernpunkt betrifft die Offenlegung der wirtschaftlichen Eigentümerverhältnisse von Medienunternehmen: So sollen künftig auch Konstruktionen aus Stiftungen und Treuhandschaften, wie sie beispielsweise bei der Gratiszeitung „Heute“ vorherrschen, offengelegt werden – eine Verschleierung, wer hinter welchem Medium steht, soll damit verhindert werden. Auch sieht das Medientransparenzgesetz Sanktionen vor: Wer seiner Bekanntgabepflicht nicht fristgerecht nachkommt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit bis zu 60.000 Euro zu bestrafen. Soweit die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Doch kann das neue Gesetz das Vertrauen der BürgerInnen in die Medien überhaupt stärken?

Kann Transparenz Vertrauen stärken?

Anlässlich der Debatte rund um das Medientransparenzgesetz fand am 1. Dezember 2011 im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Österreichischen Presserat und dem Kuratorium für Journalistenausbildung eine hochkarätig besetzte Diskussion über Transparenz statt. Im ersten Panel stand die Transparenz in Medienunternehmen im Mittelpunkt. Es wurde

INFO & NEWS

Unter anderem soll **künftig auch verboten** sein, Konterfeis von Regierungsmitgliedern abzdrukken. Damit dürfen weder MinisterInnen, Staatssekretäre/-sekretärinnen noch LandespolitikerInnen auf Inseraten zu sehen sein. Inhaltlich müssen diese Werbeeinschaltungen ausschließlich der Information der BürgerInnen dienen und über einen konkreten Sachverhalt informieren. Eine reine Eigenwerbung, aus Steuergeldern finanziert, soll damit gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Schwelle für die Offenlegung von Inseraten wurde im Gesetz mit 5000 Euro pro Quartal fixiert.

darüber debattiert, inwieweit durch zielgerichtete Inseratschaltung die öffentliche Meinung beeinflusst werden kann und inwiefern ein Medientransparenzgesetz das Vertrauen der BürgerInnen in die Medien stärken kann.

Verantwortung des Staates

Es diskutierten Harald Fidler (Der Standard), Oliver Voigt (Mediengruppe „Österreich“), Florian Philapitsch (KommAustria) und Wolfgang R. Langebuecher (Universität Wien). Der **emeritierte** Professor des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien hielt dabei zu Beginn fest, dass Transparenz ein unabdingbares Grundprinzip in einer demokratischen Gesellschaft sei, obgleich Österreich prinzipiell einem Strukturmangel des Verlagswesens unterliege. So habe vor 25 Jahren in Österreich noch die Tradition des Fa-

So sollen künftig auch Konstruktionen aus Stiftungen und Treuhandschaften, wie sie beispielsweise bei der Gratiszeitung „Heute“ vorherrschen, offengelegt werden – eine Verschleierung, wer hinter welchem Medium steht, soll damit verhindert werden.

milienbetriebes vorgeherrscht – die heutige Entwicklung sei geradezu diametral. Es sei die ureigenste Aufgabe des Staates, Verantwortung dafür zu tragen, dass seine StaatsbürgerInnen qualitative Informationen erhielten.

Dass überhaupt eine Diskussion über mediale Transparenz entbrannt sei (Stichwort: Inserate) ließe darauf schließen, dass grundsätzlich ein Prinzip der „systematischen Täuschung“ im System zu vermuten sei, anders könne er sich das „Versteckspielen“ nicht erklären. Angesprochen wurden auch Begriffe wie „politische Günstlingswirtschaft“ und die potenzielle Möglichkeit, sich politische Positionen zu „erkaufen“. Oliver Voigt von der Mediengruppe „Österreich“ brachte hier auch schlicht das „Prinzip der Steueroptimierung“ ein, was durchwegs legitim sei. Er sei jedenfalls nicht der Meinung, dass man in der Republik Österreich Positionen durch Inseratplatzierung und wohlwollende Berichterstattung indirekt erkaufen könne.

Risiko Unübersichtlichkeit

Harald Fidler (vom „Standard“) begrüßte jede Form der Transparenz und betonte, Transparenz per se könne immer nur positiv sein. Fraglich sei aber das konkrete Handling der neuen Regelung. Florian Philapitsch, Vorsitzender-Stellvertreter der Kommunikationsbehörde Austria, die nunmehr als unabhängige österreichische Medienbehörde fungiert, merkte in Bezug auf das Medientransparenzgesetz vor allem die durch die Offenlegungspflicht erzeugte Datenmenge kritisch an, die einer Transparenz wiederum durch

Unübersichtlichkeit im Wege stehen könne. Damit greift Philapitsch ebenso den Kernpunkt der verlaublichen Kritik des Rechnungshofes auf, der durch das Medientransparenzgesetz einen Belastungsanstieg fürchtet. Die Kontrollinstitution hätte nämlich zur Aufgabe, jene Auflistung künftig zu veröffentlichen, was jedoch eine Sonderaufgabe mit enormem Mehraufwand für die Institution darstellen würde. Zudem wäre auch der Verfassungsgerichtshof betroffen, der für Beschwerden im Zusammenhang mit diesen Offenlegungspflichten zuständig ist.

Wie transparent ist Journalismus?

MedienrechtsexpertInnen befürchten einen Ansturm von Beschwerden beim Höchstgericht. Auch wurden im Hinblick darauf bereits erste Stimmen laut, dass dies im krassen Widerspruch zu der schon lange geforderten Verwaltungsreform stehe. Das Medientransparenzgesetz würde damit einen weiteren bürokratischen Wildwuchs schaffen.

Das zweite Panel der Veranstaltung – bestehend aus Christian Rainer (profil), Claus Reitan (Die Furche), Helge Fahrnberger (kobuk) und Anette Novak (Norrän) – befasste sich mit der Thematik rund um „echten“ Journalismus. Christian Rainer betonte, für ihn bedeute professioneller Journalismus entsprechende Ausbildung sowie einen ethischen Standard: Journalismus sei kein Beruf, sondern vielmehr eine Berufung. Nachgegangen wurde in der Debatte vor allem der Frage, ob Transparenz in der journalistischen Arbeit

(Stichwort: gläserne Redaktion) die „neue Objektivität“ ist. Anette Novak, die Chefredakteurin der schwedischen Tageszeitung „Norrän“, verfolgt seit dem Jahre 2009 ein neuartiges Konzept, die LeserInnen partizipieren bei einem Experiment des offenen Blattmachens.

Die Möglichkeit, aktiv am Prozess teilzunehmen, sichere ihres Erachtens die Existenz von Printmedien in einer Zeit der digitalen Realität. Doch auch Partizipation in einem anderen Sinne kann der medialen Transparenz zuträglich sein: Der Blogger Helge Fahrnberger hat den Medien-Watchblog „kobuk.at“ geschaffen und es sich zum Ziel gesetzt, journalistische Fehler aufzuzeigen. Partizipation und professioneller Journalismus sollten sich im Idealfall also sinnvoll ergänzen. Claus Reitan von der „Furche“ bekräftigte, dass man gelebte Demokratie, Transparenz und Medien ohnehin niemals trennen könne, allerdings sei in Österreich die Tradition der gebündelten Information an der Spitze der Hierarchie stark verfestigt. Transparenz ist also gerade hier kein selbstverständliches Gut, doch in jedem Fall absolut begrüßenswert.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.presserat.at
norrän.se

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
nina.ehrensberger@chello.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Versteckte Vielfalt der MigrantInnen

Von MigrantInnen gemachte Medien mischen die Mainstream-Medien auf.

Autorin: Sonja Fercher
Freie Journalistin

Wir sind frech, wir sind schräg, wir schreiben ein bisschen direkter – mit scharf eben.“ Mit diesen Worten beschreibt Redakteurin Ivana Martinovic das Erfolgsrezept von „das biber“. Es ist wohl die bekannteste Zeitung, die seit 2006 von MigrantInnen in Österreich gemacht wird. „das biber“ richtet sich in erster Linie an die dritte Generation und erscheint deshalb auch auf Deutsch. „Wir wollen die neuen Österreicher ansprechen, also Leute, die in Österreich geboren sind und nichts anderes kennen, außer vielleicht die Heimat vom Heimaturlaub“, sagt Martinovic.

„Aus der multiethnischen Community“

Das vielfältige Redaktionsteam schreibt „über die Lebenswelten direkt aus der multiethnischen Community heraus“, so die Eigenbeschreibung. Die JournalistInnen berichten über Themen wie das kleine Glücksspiel oder den arabischen Frühling, es werden die „erfolgreichsten Migrantinnen Österreichs“ vorgestellt, es gibt Lokalkritiken, die rumänische Miss Austria ist ebenso Thema wie Import-Männer aus der Türkei – alles gewürzt mit ordentlich „biber“, türkisch für „Pfeffer“ (auf Serbokroatisch heißt „biber“ im Übrigen „Paprika“). Das Konzept ging auf: „Die Reaktionen auf unser Erscheinen waren toll und das hat uns darin bestätigt, dass es eine große Lücke gab“, freut sich Martinovic. Jüngster Neuzugang in diesem Bereich ist „daStandard.at“, ein

eigenes Ressort im Online-Standard, in dem MigrantInnen täglich über ihre Lebenswelten berichten. Erst vor kurzem erschien „daStandard“ auch als Beilage in der Print-Ausgabe, in Zukunft soll es eine solche vierteljährlich geben. „daStandard.at“ ist – wie „das biber“ – ein Erfolg und wurde zudem mit dem europäischen CIVIS-Medienpreis ausgezeichnet, der die besten Programme zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt in Europa prämiert. „daStandard.at“ soll sich nicht in erster Linie mit Integration beschäftigen, findet Leiterin Olivera Stajic: „Mein Ziel ist es, eine Art Normalität vom Leben in der post-migrantischen Gesellschaft abzubilden.“

Sehr wohl mit dem Thema Integration beschäftigen sich einmal pro Woche JournalistInnen mit Migrationshintergrund in der Tageszeitung „Die Presse“. Es handelt sich dabei um ein Projekt des Vereins M-Media, das in etwa zeitgleich mit „das biber“ gestartet worden ist. Und auch dieses Projekt findet Anklang: „Wir kommen an Geschichten heran, an die nicht jeder herankommt. Auch auf manche Ideen kommt man einfach nicht, wenn man nicht bestimmte Erfahrungen gemacht hat. Da kommt dir der Migrationshintergrund zugute und das wird auch in der Presse geschätzt“, sagt Chefredakteurin Clara Akinyosoye.

Fast 90 Ethno-Medien in Österreich

M-Media macht aber weitaus mehr, unter anderem veranstaltet der Verein seit 2008 die Medien.Messe.Migration. Dort können sich die unterschiedlichen Ethno-Medien vorstellen. In den ersten Jah-

ren fand sie noch in überschaubarem Rahmen statt, dieses Jahr war sie zum ersten Mal Teil der „Österreichischen Medientage“. „Das ist ein Zeichen, dass wir im Mainstream ankommen“, ist M-Media-Geschäftsführer Simon Inou zufrieden. Begleitend zur Messe gibt M-Media auch das „Österreichische Medienhandbuch Migration & Diversität“ heraus. Darin sind inzwischen fast 90 Ethno-Medien gelistet. Auch wenn die deutschsprachigen Medien im Moment für mehr mediale Furore sorgen: Die große Mehrheit der Ethno-Medien erscheint in der jeweiligen Herkunftssprache.

Vielfältige Medienlandschaft

Im Segment der Ethno-Medien ist die Vielfalt groß: Die meisten Medien gibt es in der türkischen Community, ganze 22 Zeitungen sind allein im Medienhandbuch vertreten. Darüber hinaus gibt es afrikanische, arabische, polnische oder lateinamerikanische Medien. Sie verstehen sich als konservativ oder liberal, es gibt Tages-, Wochen- und Monatszeitungen.

Eine dieser Zeitungen ist „KOSMO“. Das Monatsmagazin wurde 2009 gegründet und richtet sich an die ex-jugoslawische Community. Es verfolgt unter anderem das Ziel, den MigrantInnen Österreich näherzubringen, erzählt Chefredakteur Nedad Memic. Von der Aufmachung her erinnert „KOSMO“ an die österreichische Zeitschrift „News“ und ähnlich bunt sind auch die Inhalte – mit dem zentralen Unterschied, dass „KOSMO“ auch über die ex-jugoslawische Community in Österreich berich-

Im Segment der Ethno-Medien ist die Vielfalt groß: Die meisten Medien gibt es in der türkischen Community, ganze 22 Zeitungen sind allein im Medienhandbuch vertreten. Darüber hinaus gibt es afrikanische, arabische, polnische oder lateinamerikanische Medien.



tet. „Wir sind sehr ernsthaft, aber wir bringen auch Unterhaltungsthemen. Es gibt zum Beispiel einen Gastarbeiter-Raunzer. Er nennt sich Zemo und raunzt über Politiker, Hausmeister, einfach alles in diesem Land“, so Memic. „KOSMO“ ist eine der größeren Zeitungen, sie hat eine Auflage von mehr als 100.000 Stück.

Die türkische Zeitung „Yeni Vatan“ bringt es immerhin auf eine Auflage von 50.000 Stück. Der Titel der Zeitung heißt auf Deutsch übrigens „Neue Heimat“. Darauf legt Herausgeber Birol Kilic sehr viel Wert, denn auch er hat sich zum Ziel gesetzt, dass sich seine LeserInnen mit Österreich beschäftigen. Und ihm ist wichtig, dass seine Zeitung ernst genommen wird: „Wir leisten mit objektiver Berichterstattung einen leidenschaftlichen Beitrag zur Demokratie.“

Rechte verständlich machen

Wo man sich umhört, die Motive sind immer ähnlich: Man will den LeserInnen Österreich nahebringen und Themen behandeln, die MigrantInnen betreffen, aber in den Mainstream-Medien zu wenig vorkommen. Auch die Vertriebswege sind ähnlich: Über die Abos hinaus werden sie überall verteilt, wo sich MigrantInnen aufhalten oder arbeiten, ob in Geschäften, Kaffeehäusern, Busbahnhöfen oder Moscheen. Dass die Informationen in der Herkunftssprache veröffentlicht werden, sehen die Medienmacher nicht als Hindernis bei der Integration. Immerhin seien Deutschkenntnisse von der älteren Generation gar nicht verlangt

worden. „Für viele ist es eine Erleichterung, wenn sie die Rechte in ihrer eigenen Sprache lesen können, denn das ist oft sehr kompliziert“, meint Hasan Kilic. Nicht umsonst würden diese auch in den Medien von Gewerkschaft und Arbeiterkammer für das deutschsprachige Publikum in einfachere Worte gefasst.

„Sendika“ – Gewerkschaft

Hasan Kilic gibt eine kleine Zeitung heraus, die sich „Sendika“ nennt, zu Deutsch „Gewerkschaft“. Entsprechend ist auch das Medium gestaltet: „Zu 80 bis 90 Prozent geht es in unseren Berichten um das Arbeitsfeld der Arbeitnehmer und die Gewerkschaften. Wir berichten über Gesetzesänderungen, Kollektivvertragsverhandlungen und über die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer.“

Weniger zielgruppenspezifisch ist die Berichterstattung der türkischsprachigen Zeitung „Post“. Aber auch sie informiert in erster Linie über die österreichische Innenpolitik, so Chefredakteur Ahmed Dogan. Darüber hinaus ist das Leben der Community in den Regionen Thema. „Sich in der Muttersprache Informationen zu holen, ist noch kein Hindernis bei der Integration“, meint auch Dogan. Er findet es aber gut, dass es für die dritte Generation Angebote auf Deutsch gibt.

Diese dritte Generation will mehr: Endlich sollen mehr MigrantInnen in den Mainstream-Medien arbeiten. „Ein halbes Prozent der Journalistinnen und Journalisten in Österreich hat einen Migrationshintergrund, das ist eine zu tiefst winzige Zahl“, meint Zarko Radu-

lovic von der Medien-Serviceestelle Neue ÖsterreicherInnen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, Informationen zum Thema Integration für JournalistInnen in Österreich aufzubereiten. Außerdem werden junge JournalistInnen mit Migrationshintergrund dabei unterstützt, in den Mainstream-Medien unterzukommen. Auch M-Media verfolgt ein ähnliches Ziel und bei einer Mitarbeiterin hat es bereits funktioniert: Duygu Özkan schreibt inzwischen in der Chronik-Redaktion der „Presse“. Eine ganze JournalistInnenausbildung bietet „das biber“ an: die „biber“-Akademie. Das Ziel all dieser Bemühungen formuliert Ivana Martinovic, die neben ihrer Tätigkeit als „biber“-Redakteurin die „biber“-Akademie leitet: „Wir wollen, dass es selbstverständlich wird, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die gerne schreiben, auch als Journalisten in den Medien anfangen.“ Für „das biber“ ergänzt sie als Ziel: „Wir wollen als selbstverständlicher Teil der österreichischen Medienlandschaft gesehen werden.“

Internet:

Medien-Serviceestelle Neue ÖsterreicherInnen:
medienservicestelle.at

M-Media – Verein zur Förderung
interkultureller Medienarbeit:
m-media.or.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sonja.fercher@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Es geht nicht nur ums Geld

Warum ziehen sich die Verhandlungen über Änderungen im Kollektivvertrag (KV) für JournalistInnen in die Länge? Antwort und Analyse aus Sicht der Gewerkschaft.

Autorin: Judith Reitstätter

Wirtschaftsbereichssekretärin der
Gewerkschaft GPA-djp

Journalismus ist kein Gewerbe“: Das ist die kurze Antwort auf die eingangs gestellt Frage, weshalb sich die Verhandlungen über Änderungen des JournalistInnen-KV in die Länge ziehen. Die Erläuterung bedarf einer Reise durch die vergangenen 20 Jahre dieser Branche. Ende der 1990er-Jahre haben die Medienhäuser begonnen, Abteilungen in eigene Firmen auszulagern. Während sich im Arbeitsalltag der betroffenen KollegInnen nichts geändert hatte, wurde der rechtliche Rahmen deutlich anders, und damit auch der finanzielle. In der neuen Firma wurden KV angewandt, in denen sich die Tätigkeiten von Medienberufen kaum wiederfanden und die schlechtere Bedingungen boten. Diese KV-Flucht führte auch dazu, dass hierzulande formale Mauern zwischen Print und Online hochgezogen wurden, während in anderen Ländern Online-Journalismus Stück um Stück in die Print-Redaktionen hineingewachsen und zu einem neuen Ganzen verschmolzen ist.

Gleiche Story, verschieden bezahlt

Zugespielt formuliert: In den Redaktionen sitzen Tisch an Tisch Leute, die möglicherweise an der gleichen Story arbeiten, aber völlig unterschiedlich bezahlt werden. Das führt bis heute zur grotesken Situation, dass sich JournalistInnen, die online publizieren, in einem Gewerbe-KV wiederfinden (für z. B. FußpflegerInnen, Finanzwirtschaft und Abfallwirtschaft

INFO & NEWS

Der KV für Angestellte im Handwerk und Gewerbe, in der Dienstleistung, in Information und Consulting regelt rahmen- und gehaltsrechtliche Belange von Angestellten bei OptikerInnen, RauchfangkehrerInnen und vielen anderen Berufsgruppen. Die Regelungen zur Arbeitszeit und Gehaltsentwicklungen wurden speziell für diese Angestellten- und Unternehmensgruppen entwickelt.

Der KV für Angestellte von Unternehmen im Bereich Dienstleistungen in der automatischen Datenverarbeitung und Informationstechnik reguliert seit 2001 die rahmen- und gehaltsrechtlichen Spielregeln der IT-Branche. Der junge KV wird ständig weiterentwickelt und gilt z. B. für SystemadministratorInnen, SoftwareentwicklerInnen und DatenbankanalystInnen. Im KV für Angestellte in Betrieben der Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation Wien finden sich Regelungen für Berufsgruppen wie WerbemittelverteilerInnen, PR-BeraterInnen, WerbetexterInnen, MeinungsforscherInnen u. a. m. Der regionale KV gilt nur für Wien. Das kaufmännische (nichtjournalistische) Personal bei Tages- und Wochenzeitungen und deren Online- und Nebenausgaben hat mit 1. Jänner 2012 einen reformierten kaufmännischen KV. Dieser beinhaltet medienspezifische Regelungen wie z. B. Gehaltsentwicklungen über Fünf-Jahres-Sprünge (sog. Quinquennien).

„Journalisten-KV“ steht im Regelfall für zwei KV: zum einen der KV für die bei österreichischen Tageszeitungen, zum anderen der KV für die bei österreichischen Wochenzeitungen angestellten RedakteurInnen, RedakteursaspirantInnen und ReporterInnen. Beide KV wurden speziell für journalistische Arbeit entwickelt. Sie beinhalten spezifische Regelungen zu Urheber- und Verwertungsrechten, integrieren Regelungen des Journalistengesetzes und sorgen dafür, dass Meinungsfreiheit und ethische Qualitätsstandards im Journalismus eingehalten werden und eingehalten werden können. Sie verankern für JournalistInnen und HerausgeberInnen gleichermaßen Rechte und Pflichten, um das in der österreichischen Verfassung verankerte Grundrecht auf Pressefreiheit sicherzustellen.

Für freie MitarbeiterInnen sind kollektive Regelungen wie Mindesthonorare für Bild- und Textbeiträge, Kündigungsfristen und zum Urheber- und Werknutzungsrecht in sogenannten Gesamtverträgen festgeschrieben: Gesamtvertrag für ständige freie MitarbeiterInnen bei österreichischen Tageszeitungen und bei österreichischen Wochenzeitungen.

verhandelt), einem IT-KV zugeschanzt werden, der für die EntwicklerInnen von Software und SystemadministratorInnen gedacht ist, oder einem für Werbeagenturen geschriebenen Rahmenrecht unterworfen werden. Diese Entscheidung der Verlagshäuser hat nicht nur Barrieren für eine Zusammenarbeit in den jeweiligen

eigenen Häusern hochgezogen, sondern auch dem Ansehen des Journalismus geschadet.

Um nicht missverstanden zu werden: All die genannten Berufe sind hoch angesehen und wichtig. Doch wie jede Branche hat auch der Journalismus ein paar ganz spezifische Spielregeln und

Diese KV-Flucht führte auch dazu, dass hierzulande formale Mauern zwischen Print und Online hochgezogen wurden, während in anderen Ländern Online-Journalismus Stück um Stück in die Print-Redaktionen hineingewachsen und allmählich zu einem neuen Ganzen verschmolzen ist.



Erfordernisse. Die stehen eben im KV für JournalistInnen, nicht im Gewerbe-KV, schon gar nicht im KV für die Werbebranche. Wer JournalistInnen in einem Rahmen arbeiten lässt, der für Werbung geschaffen worden ist, trifft damit auch eine klare Aussage über den Stellenwert, der journalistischer Qualität beigemessen wird. Journalismus ist keine Werbung, Journalismus ist kein Gewerbe.

Fairness und Gerechtigkeit

Eine Demokratie ohne unabhängigen Journalismus hat sich selbst aufgegeben. Es ist der Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) ein Anliegen solche Tendenzen einzudämmen und für eine gerechte Entlohnung von JournalistInnen zu kämpfen. Es geht nicht nur ums Geld. Es geht um Fairness und Gerechtigkeit, darum, dem Journalismus wieder den Stellenwert zu geben, den er verdient hat, den eine funktionierende Demokratie bitter nötig hat.

Zurück zu den KV-Verhandlungen: Diese waren durch geplante Auslagerungen gleich zu Beginn einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Der damalige Präsident des Verbandes Österreichischer Zeitungen **VÖZ** (der zu diesem Zeitpunkt Vorstand des steirischen Medienkonzerns „Styria“ war) hat seine Idee zunächst in der „Presse“ lancieren wollen: Eine Firma mit dem Namen „Content Engine“ sollte als Sammelbecken für JournalistInnen dienen, um Inhalte quasi am Fließband zu produzieren. Ziel war es, mit Medieninhalten

Handel zu betreiben. In den Verträgen waren auch Klauseln enthalten, die JournalistInnen Storys wie Fotos völlig aus der Hand nahmen – bis hin zur Möglichkeit, dass die Firma die Inhalte für Werbezwecke verwendet. So „nebenbei“ hätte nicht mehr der JournalistInnen-KV angewandt werden sollen, sondern der Gewerbe-KV.

In der „Presse“ entschloss sich der Betriebsrat mit Unterstützung der JuristInnen der GPA-djp, diese Frage vom Arbeits- und Sozialgericht klären zu lassen. Daran sollte auch der Versuch des Medienhauses Styria nichts ändern, kurze Zeit später im „Wirtschaftsblatt“ ebenfalls eine „Content Engine“ ins Gespräch zu bringen. Quasi zum Drüberstreuen hätten schließlich noch Dutzende JournalistInnen der APA in den Gewerbe-KV verfrachtet werden sollen. Letztlich sollten all diese Anläufe scheitern. Denn: Journalismus ist kein Gewerbe.

Die VerhandlerInnen der JournalistInnengewerkschaft in der GPA-djp sind nicht vom Verhandlungstisch aufgestanden, sondern haben ihre Forderungen präzisiert: KV-Änderungen nur unter der Vorgabe, dass künftig Online-JournalistInnen vom KV erfasst werden müssen und dass die Möglichkeit ausgeschlossen wird, freie MitarbeiterInnen in Redaktionen de facto wie ihre angestellten KollegInnen arbeiten zu lassen, aber nicht annähernd entsprechend zu bezahlen. Insgesamt müsse der Geltungsbereich des KV erweitert werden.

Die Verhandlungen laufen. Ein Erfolg. Die letzte Runde wird dann nicht mehr im Konferenzraum in Szene ge-

hen, sondern in einer Urabstimmung. Die GPA-djp-Mitglieder der Branche werden dabei entscheiden, ob der geänderte KV-Entwurf in Geltung gehen soll. Wenn's ein fairer Kompromiss ist, wird dies erkennbar sein. Eine Nagelprobe für einen neuen JournalistInnen-KV ist unter anderem auch der zweite Kollektivvertrag, der beim VÖZ angesiedelt ist und der in monatelangen Verhandlungen mit der GPA-djp verändert wurde: der KV für die kaufmännischen Angestellten in Verlagshäusern. Einzelne Positionen sind für UnternehmerInnen billiger geworden (bestehende Verträge nicht), der Geltungsbereich dafür breiter. Die konkrete Umsetzung wird zeigen, wie breit eine Vertrauensbasis sein kann. Denn die betroffenen Firmen, oft auch die handelnden Personen, sind die gleichen, die auch für die Einhaltung des JournalistInnen-KV verantwortlich sind.

Für einen wirklich tragfähigen Kompromiss zwischen VÖZ und Gewerkschaft wird auch die übrige Begleitmusik entscheidend sein. Eines ist klar: Jede weitere Auslagerung ist ein Torpedo ins Herz der Verhandlungsbemühungen.

Internet:

Weitere Informationen bietet das Handbuch für Freie JournalistInnen, Gratisdownload unter:
www.journalistengewerkschaft.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
judith.reitstaetter@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wettkampf im Netzwerk

Eine Studie der Uni Salzburg bestätigt die komfortable Stellung angestellter JournalistInnen: keine formalen Einstiegshürden, überdurchschnittliche Bezahlung.

Autorin: Heike Hausensteiner
Freie Journalistin

Ein Pick und eine Scher', fertig ist der Redakteur. "Die Zeitungstexte wurden in den Redaktionen auf Millimeter-Papier geklebt und so per Rohrpost an die Druckerei geschickt. Das war vor rund 20 Jahren. Seither hat sich die Arbeitswelt der JournalistInnen technologisch ebenso gewandelt wie in wirtschaftlicher Hinsicht: Die Zahl der freien MitarbeiterInnen ist deutlich gestiegen, es strömen überproportional viele Junge – vor allem Frauen – in den JournalistInnenberuf, und die Grenzen zwischen Nachrichten und PR verschwimmen zusehends. Das bestätigt die Studie „Medienkarrieren im Umbruch“, die im Vorjahr unter der Aufsicht von Roman Hummel und Susanne Kirchhoff an der Journalistik-Abteilung des Fachbereichs Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg durchgeführt wurde. Dazu haben insgesamt 348 der 2.576 JournalistInnen (Stand 2010), die Mitglied der Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) sind, an einer Fragebogenumfrage sowie an Einzelbefragungen teilgenommen.

3.000 bis 4.000 Euro/Monat

Verglichen mit Herrn und Frau Österreicher verdienen demnach die JournalistInnen hierzulande rund das Doppelte; allerdings ist bei Frauen und vor allem FreiberuflerInnen, PauschalistInnen sowie Personen außerhalb der klassischen journalistischen Kollektivverträge – die als selbstständig Erwerbstätige zum Bei-

spiel auch kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bekommen – das Gehalt geringer. Der durchschnittliche Bruttoverdienst von Vollzeit berufstätigen JournalistInnen beträgt 3.000 bis 4.000 Euro pro Monat, hat die Befragung ergeben. Die BestverdienerInnen mit über 4.000 Euro sind die Angestellten sowie Angestellte, die zusätzlich freiberuflich tätig sind. Journalistinnen gehen im Schnitt mit bis zu 3.000 Euro brutto nach Hause, ihre männlichen Kollegen mit bis zu 4.000 Euro.

43 Prozent Freie

Am besten verdient man beim öffentlich-rechtlichen Hörfunk (über 4.000 Euro), mit Abstand am schlechtesten bei den privaten Radios und Online-Medien (1.500 bis 2.500 Euro). Am unteren Ende der Gehaltsskala befinden sich die selbstständigen freien JournalistInnen: Mehr als ein Drittel lukriert weniger als 2.000 Euro monatlich. Das durchschnittliche Jahresgehalt von freien ist also halb so hoch wie das von angestellten JournalistInnen. Dementsprechend sind in den Redaktionen mittlerweile rund 43 Prozent als Freie tätig. In der Untersuchung der Uni Salzburg scheint, aufgrund der Mitgliederstruktur der Gewerkschaft, jedoch nur ein Drittel freiberufliche JournalistInnen auf; viele Freie sind nicht Gewerkschaftsmitglied, das durchschnittliche Monatshonorar ist daher vermutlich noch niedriger.

Anders als etwa bei HandwerkerInnen gibt es in Österreich für JournalistInnen keine eindeutige Ausbildungsschiene. In der Praxis kann sich jeder/

jede als JournalistIn bezeichnen, doch man versteht darunter nur jemanden, der den berufsmäßigen Beitrag zur inhaltlichen Gestaltung eines Mediums leistet (laut Journalistengesetz). Zwar hat sich unter den JournalistInnen der Anteil der Personen, die ein Studium abgeschlossen haben, zwischen 1981 und 2008 von rund 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht. Ein akademischer Abschluss gilt jedoch nicht als Bedingung für den Berufseinstieg. Hier nennen die Befragten eher Kriterien wie Kreativität, Formulierungsfähigkeit und kritische Reflexion. Angesichts dieser eher schwammigen Voraussetzungen stellt sich die Frage, wie JournalistInnen über komplexe Themen verständlich für ihr Publikum schreiben können.

Gute Bildung ist gefragt

Nur in Einzelbefragungen konnte die Studie herausfiltern, dass zum Beispiel WirtschaftsjournalistInnen sehr wohl Wirtschaft studiert haben sollten. „Weil deine Aufgabe als Wirtschaftsjournalist ist, dass du Wissen rezipierst und allgemein verständlich wiedergibst“, formulierte es ein festangestellter Mitarbeiter (46) eines Printmagazins. Interessant ist, dass manche Befragte meinten, ein höheres Bildungsniveau sei nur bei international angesehenen Zeitungen mit hohem Qualitätsanspruch notwendig: Bei der „Süddeutschen Zeitung“, „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder „Neuen Zürcher Zeitung“ müsse man „sicher eine extrem gute fundierte Bildung haben in dem, was man tut. Wenn es die zweite Liga auch sein darf, halte ich es für

wichtiger, wenn man eine sehr gute Allgemeinbildung hat“, sagte ein Redakteur (37) der Austria Presse Agentur. „Auch von der Möglichkeit, angestellte Journalisten zur Weiterbildung zu verpflichten“, wie in den Kollektivverträgen der Zeitungen vorgesehen, „wird offensichtlich – wohl aus Kostengründen – kaum Gebrauch gemacht“, so die Studie.

Praxis und Netzwerke zählen mehr

Um als JournalistIn in Österreich Erfolg zu haben, zählen vielmehr Berufspraxis, konstantes Beweisen im Berufsalltag – und Netzwerke. „Persönliche Kontakte spielen sowohl für den Anfang als für spätere Stationen im Beruf eine wichtige Rolle“, schreiben die StudienautorInnen. Überhaupt entscheidet sehr oft der „Zufall“ über den Berufseinstieg in den Journalismus. Doch Netzwerke erachten die Befragten als eine wichtige Strategie neben Fähigkeit, Qualität der Arbeit und Fleiß/Engagement. „Das ist der Spagat, den man leider machen muss“, wird ein angestellter ORF-Mitarbeiter (33) zitiert, „netzwerken ist gut, aber kann gefährlich sein, weil ein Journalist absolut unabhängig sein sollte“. Drastischer formulierte es eine freiberufliche Journalistin (45): „Ich glaube, dass ein Trottel mit guten Netzwerken es eher schafft als eine Koryphäe ohne Netzwerk.“

Gerade für freie MitarbeiterInnen sind Kontakte wichtig, um Aufträge zu erhalten, aber auch bei Jobwechsel und Aufdecker-Geschichten. Viele der befragten JournalistInnen sind sich bewusst, dass es bei der Kontaktpflege einen schmalen Grat zwischen dem gibt, was erlaubt ist und die Karriere fördert, und dem, was sich eher nachteilig auswirken kann. „Hochschlafen“ ist eine der häufigsten Nennungen, wenn nach inakzeptablen Karrierestrategien gefragt wurde, zusammen mit „anschleimen“ und „KollegInnen ausbooten“.

Die Hummel-Studie bestätigt einmal mehr, dass die Mehrheit der JournalistInnen prekäre Arbeitsverhältnisse wie (unbezahlte) Praktika oder langjährige freie Mitarbeit ablehnen. Die Befragten finden dafür klare Worte, die von „Frechheit“ (freiberuflicher Magazin-Journalist, 40) und „schlimme Entwicklung“ (freier Mitarbeiter einer Tageszei-

tung, 30) über „Skandal“ (angestellter Tageszeitungsredakteur, 45) bis „extrem beschissen“ (freiberufliche Journalistin, 45) reichen. Argumentiert wird, das sei nicht fair, gute Arbeit müsse auch entsprechend belohnt werden, und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (also mit zu geringem Einkommen) seien eine Gefahr für die Branche.

Immerhin die Hälfte meinte, das Prekariat im Journalismus schade der Qualität keineswegs. Denn der Arbeitsmarkt bringe nun mal viele gut qualifizierte Leute hervor, die sich im harten Konkurrenzkampf mit wenig zufriedenen würden sich schließlich die Besten durchsetzen und prekäre Arbeitsverhältnisse seien eine Art Eignungstest. Diese Argumentation mag für ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen wie für hauptberufliche freie JournalistInnen zynisch anmuten.

Die Hälfte der JournalistInnen ist frei

Wenngleich zu berücksichtigen ist, dass die Untersuchung nicht wirklich repräsentativ für die Branche ist. Denn von den geschätzten 6.300 JournalistInnen in Österreich arbeitet ca. die Hälfte als (neue) Selbstständige bzw. freiberuflich, an der Befragung haben die Freien jedoch nur als kleine Minderheit teilgenommen. Manche Ergebnisse könnten daher aus der komfortableren Position der angestellten JournalistInnen verzerrt sein. Einzelne Freie haben diese ihre Freiheit tatsächlich selbst gewählt. „Es bemühen sich viele, und die kriegen ja auch eine Anstellung, ich hab mich nie ernsthaft darum bemüht, weil mir meine Freiheit sehr, sehr wichtig ist“, gab eine freie ORF-Mitarbeiterin (33) an. „Aber das Fatale ist, wie stark es ausgenutzt wird.“

Internet:

Kurzfassung der Studie:
tinyurl.com/85fvdau

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
heike.hausensteiner@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



„Ein Pick und eine Scher“, fertig ist der Redakteur.“ Die Zeitungstexte wurden in den Redaktionen auf Millimeter-Papier geklebt und so per Rohrpost an die Druckerei geschickt. Das war vor rund 20 Jahren.

Ungarns Medien am Gängelband

Das ungarische Mediengesetz schränkt den InformantInnenschutz ein und zwingt JournalistInnen zur Selbstzensur. Internationale Organisationen schlagen Alarm.

Autor: Bernhard Odehnal

Freier Journalist, Budapest

Es war ein schöner Frühsommertag, als die Polizei an die Tür von Tamas Bodoky klopfte. Die Beamten waren höflich, aber energisch. Sie wollten von dem Journalisten Unterlagen, die er von einem Informanten erhalten hatte. Bodoky weigerte sich und berief sich auf den InformantInnenschutz. Doch im neuen ungarischen Mediengesetz gibt es diesen nicht mehr. Beim Verdacht auf Straftaten haben die ermittelnden Behörden das Recht, JournalistInnen zur Preisgabe ihrer Quellen oder Daten zu verpflichten – ohne richterlichen Beschluss.

Enthüllungsjournalist unter Druck

Bodoky ist Ungarns bekanntester Enthüllungsjournalist, für das Online-Portal Index.hu berichtete er über illegalen Treibstoffhandel und Grundstücksspekulationen der damaligen sozialistisch-liberalen Regierung. Als er jedoch im Umfeld des 2010 neu gewählten konservativen Ministerpräsidenten Viktor Orbán recherchierte, wurde er gefeuert. Daraufhin gründete er sein eigenes Portal atlaszo.hu, eine Art ungarisches Wikileaks, das ihm schnell viel Respekt einbrachte. Aber eben auch Ärger mit den Behörden.

Zwei Tage danach wurde Bodoky auf einem Budapester Wachzimmer noch einmal von Ermittlern in die Mangel genommen und musste seinen Computer mit sensiblen Daten herausgeben. Erst drei Monate später bekam er ihn zurück.

Der Fall ist für ihn nicht ausgestanden: Beim Menschengerichtshof in Straßburg kämpft Bodoky seither gegen jenen Paragraphen im Mediengesetz, der investigative Arbeit in Ungarn so gut wie unmöglich macht.

Seit 1. Jänner 2011 gilt in Ungarn ein neues Mediengesetz. Es wurde mit den Stimmen der mit Zweidrittelmehrheit allein regierenden Partei **Fidesz** (Bund der Jungdemokraten) beschlossen. Eine Diskussion über den Gesetzesentwurf fand nicht statt. Als während der ungarischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 die Kritik aus Brüssel immer lauter wurde, ließ Regierungschef Orbán zwei Stellen im Gesetz, die ausländische Medien und die Berichterstattung privater Anbieter im Internet betrafen, entschärfen. Sonst aber wurde nichts verändert: Mit dem Gesetz ist die Kontrolle privater und öffentlich-rechtlicher Medien fest in der Hand der Regierungspartei.

Kernstück des Gesetzes ist die Medienbehörde. Ihre vom Parlament bestellten Mitglieder sind fast ausschließlich Angehörige oder SympathisantInnen der Regierungspartei. Auch die Leiterin der Medienbehörde, Annamaria Szalai, gehört zu Fidesz. Sie kann Verordnungen erlassen, ohne das Parlament damit zu befassen, und hat so fast die gleiche Stellung wie MinisterInnen. Mit dem kleinen Unterschied, dass ihre Amtsperiode neun Jahre dauert.

Die Medienbehörde kann Lizenzen für Privatradio und -TV vergeben und entziehen, sie kann Strafen bis zu 700.000 Euro erlassen. Nach dem neuen Gesetz müssen ungarische Medien ihre KonsumentInnen vor jeder Verletzung

oder Beleidigung ihrer Gefühle schützen. Dazu gehören religiöse Gefühle und auch die Wahrung der Privatsphäre. Wie streng diese Verpflichtung ausgelegt wird, ist noch offen. Allein die Drohung mit schweren Strafen schafft ein Klima der Unsicherheit und Verzagtheit in den Medienunternehmen. Die Schere sitzt im Kopf der JournalistInnen.

Mehr Musik – aus Ungarn

Private Radio- und Fernsehsender sind per Gesetz verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz ihres Programms mit – hauptsächlich ungarischer – Musik zu bestreiten. Das beliebte, aber regierungskritische „Klubradio“ hat dieses Kriterium nicht erfüllt. Die Folge: Seine Lizenz wird nur mehr für ein Jahr verlängert.

Dabei bestreiten nicht einmal die KritikerInnen, dass ein neues Mediengesetz notwendig war. „Ein demokratisch angelegtes, modernes, europäisches und verbraucherInnenfreundliches Gesetz hätte die bereite Öffentlichkeit mit großer Freude empfangen“, sagt Judit Acsay vom ungarischen Journalistenverband, die auf Einladung der GPA-djp in Wien über das neue Medienrecht und seine Folgen diskutierte.

In ihrem Vortrag umriss Acsay kurz die unerfreuliche Entwicklung der ungarischen Medien seit der Wende 1989: Sowohl der öffentlich-rechtliche Bereich als auch private Medien seien von der jeweils regierenden Partei oder ihr nahe stehenden Oligarchen für den Kampf gegen politische GegnerInnen instrumentalisiert worden. Entlassungen und Leitungswechsel im ungarischen Fernsehen

und Radio hätten immer fast gleichzeitig mit den Regierungswechseln stattgefunden, so Acsay: „Ziel war immer die Entfernung von regierungskritischen Führungskräften oder MitarbeiterInnen der öffentlich-rechtlichen Medien.“ Keine Partei ging jedoch dabei so radikal vor wie Orbáns Fidesz.

Besonders gründlich und schnell wurde der Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien vollzogen. Sie unterstehen jetzt einem „Programm- und Vermögensverwaltungsfonds“ (MTVA), der (wie könnte es anders sein) von Gefolgsleuten der Regierungspartei kontrolliert wird. Sämtliche Nachrichten für sämtliche Radio- und TV-Stationen in öffentlicher Hand werden seit Kurzem von einer zentralen Stelle produziert – wie zuletzt in der kommunistischen Diktatur.

Feindbild Cohn-Bendit

Leiter dieser Nachrichtenabteilung ist der 32-jährige Daniel Papp, ein ehemaliger Sprecher der rechtsradikalen Partei **Jobbik** und späterer Journalist, der sich mit einem manipulierten Beitrag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen den Regierenden empfahl. Papp schnitt einen Bericht über eine Pressekonferenz des grünen EU-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit so, als wäre der Politiker vor einer Frage davongelaufen. Cohn-Bendit hatte Orbáns Medienpolitik im EU-Parlament scharf kritisiert. Seitdem ist er für die ungarische Regierung eine Persona non grata. In regierungsnahen Zeitungen wird der Grüne seither nur mehr mit Pädophilie in Zusammenhang gebracht. Die rechtsextreme Zeitung „Magyar Forum“ zeigte ein Bild Cohn-Bendits vor dem Davidstern, unter dem Titel „Kinderschänder“. Die Medienbehörde nahm Beschwerden gegen die antisemitische und diffamierende Berichterstattung nicht an.

Der Herausgeber von „Magyar Forum“, der antisemitische Dichter Istvan Csurka, bekam kurze Zeit später vom Budapester Oberbürgermeister (er gehört zur Regierungspartei Fidesz) die Intendanz eines der großen Theaterhäuser in Budapest übertragen.

Private Zeitungen und Internetportale können trotz regierungskritischer Haltung weiter bestehen. Doch der ökonomische Druck steigt: Unternehmen, die

sich vom Staat Aufträge erhoffen (und das sind die meisten), verzichten vorsorglich auf Inserate in diesen Medien.

Mitte November schickten zehn internationale regierungsunabhängige Organisationen zur Wahrung der Pressefreiheit und der Menschenrechte ihre VertreterInnen auf eine dreitägige Mission nach Budapest. Sie sprachen dort mit JournalistInnen, AnwältInnen, VerlegerInnen, VertreterInnen der Medienkommission und der Regierung über das Gesetz. Ihr Urteil ist verheerend: Ungarns Vorschriften würden Unsicherheit schaffen und seien mit europäischen Standards nicht vereinbar. Sorge bereiten den MedienwächterInnen vor allem die Aufhebung des InformantInnenschutzes, die eingeschränkten Möglichkeiten, Entscheidungen der Medienbehörde zu beinspruchen und der mangelnde Pluralismus bei den öffentlich-rechtlichen Medien. Die ungarische Regierung sei erpicht darauf, ihre Medienregulierung in andere Länder zu exportieren, warnt Mike Harris von der britischen Organisation „Index on Censorship“.

So weit ist es noch nicht. Vorerst wollen Orbán und seine Partei im eigenen Land klare Verhältnisse schaffen. Bei den öffentlich-rechtlichen Medien wurde 2011 ein Drittel der Belegschaft entlassen. Die erste Kündigungswelle fand im Frühjahr statt, die zweite Mitte November. Einen Sozialplan gibt es nur für Eltern kleiner Kinder, die anderen bekommen nicht einmal eine Abfertigung. Man könne zwar nicht behaupten, dass alle Entlassungen politischer Natur wären, sagt Judit Acsay: „Aber es verschwanden einige bekannte Gesichter vom Bildschirm und im Radio sind ein paar alte, bekannte Stimmen nicht mehr zu hören. Und dabei handelt es sich eben genau um die mutigeren, kritischeren Journalisten in Ungarn.“

Internet:

Petition der GPA-djp:
tinyurl.com/c9dlzq4

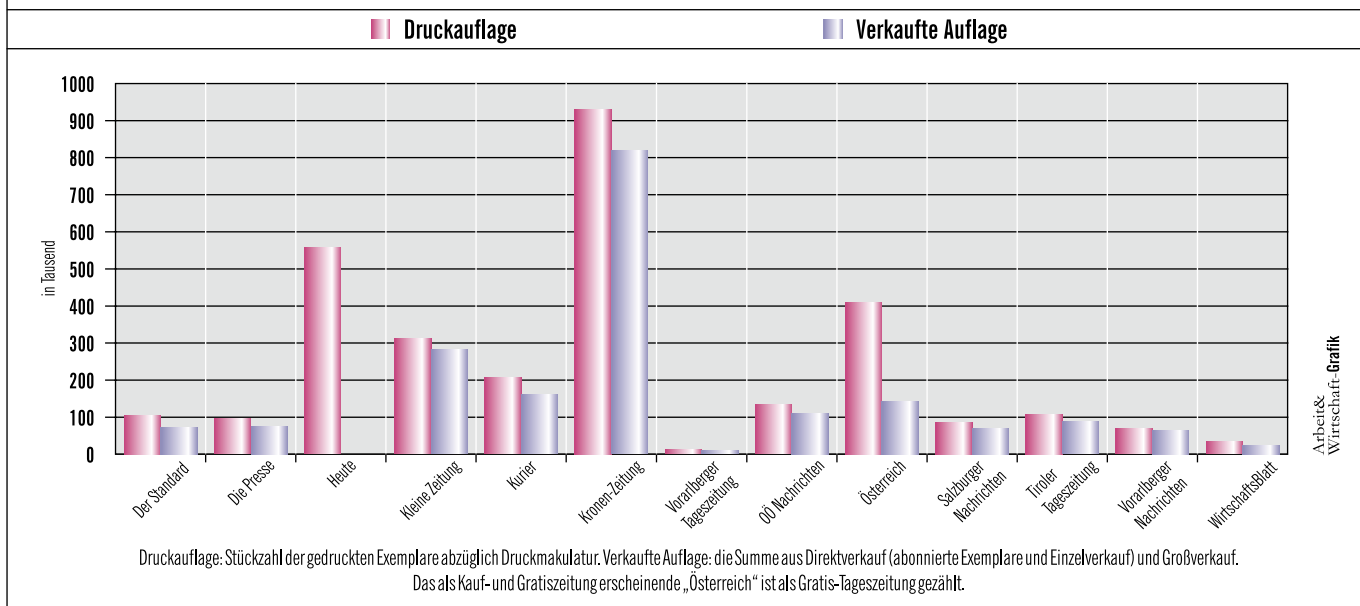
Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
bernhard.odehnal@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Private Radio- und Fernsehsender sind per Gesetz verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz ihres Programms mit – hauptsächlich ungarischer – Musik zu bestreiten. Das beliebte, aber regierungskritische „Klubradio“ hat dieses Kriterium nicht erfüllt. Die Folge: Seine Lizenz wird nur mehr für ein Jahr verlängert.

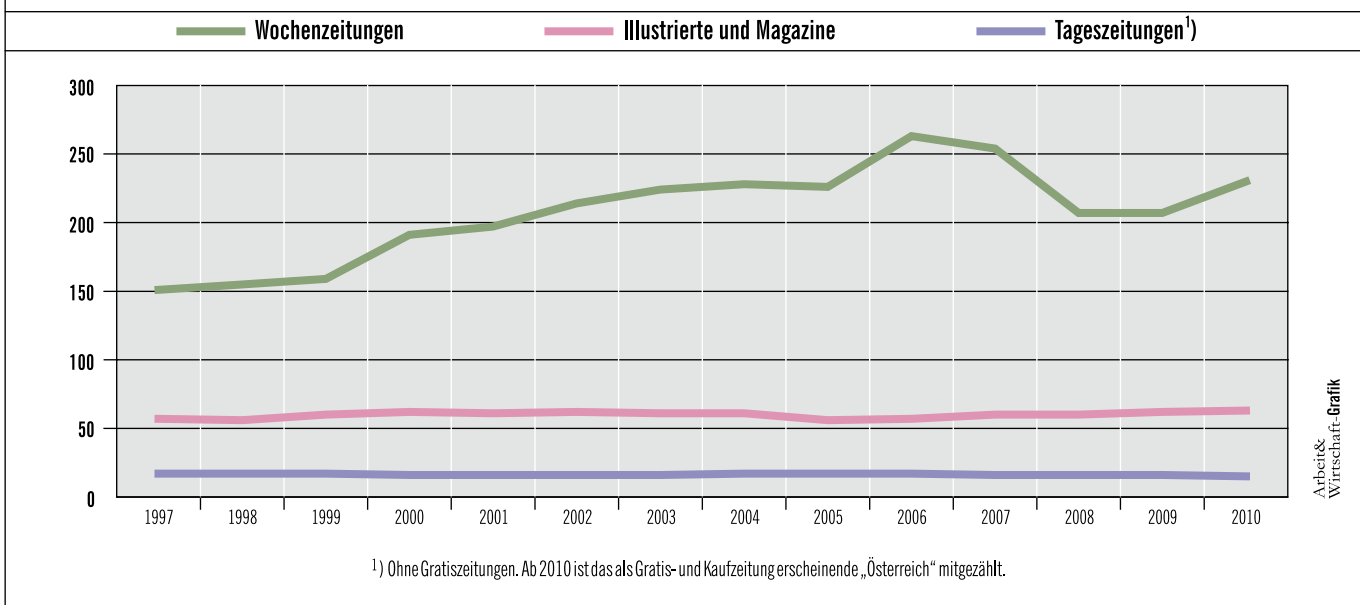
Zahlen, Daten, Fakten

Druck- und Verkaufauflage österreichischer Tageszeitungen 2010



Quelle: Österreichische Auflagenkontrolle

Zahl und Erscheinen von Zeitungen in Österreich



Quelle: Verband Österreichischer Zeitungen

Zahl und Erscheinen der Zeitungen sowie Zahl der Fachpresse und Corporate Publishing 1960 bis 2010								
Jahr	Zeitungen						„Illustrierte und Magazine“	„Fachpresse und Corporate Publishing“ ²
	Insgesamt	davon						
		Tageszeitungen ¹		„Gratis-Tageszeitungen“	„Montagsblätter“	„Wochenzeitungen“		
		„Zeitungseinheiten“	„Regionalausgaben“					
1960	192	28	10	–	6	148	–	2.221
1970	149	22	10	–	5	112	–	2.548
1980	173	20	11	–	2	140	–	2.190
1985	180	20	15	–	2	143	–	2.162
1990	150	17	9	–	2	122	–	2.619
1991	142	15	9	–	2	116	–	2.468
1992	144	16	11	–	2	115	–	2.524
1993	168	16	11	–	1	140	–	2.529
1994	182	16	10	–	–	156	–	2.460
1995	182	17	9	–	2	154	–	2.520
1996	179	17	9	–	–	153	–	2.617
1997	177	17	9	–	–	151	57	2.637
1998	181	17	9	–	–	155	56	2.685
1999	185	17	9	–	–	159	60	2.774
2000	222	16	15	–	–	191	62	2.783
2001	229	16	15	1	–	197	61	2.795
2002	246	16	15	1	–	214	62	2.792
2003	255	16	15	1	–	224	61	2.772
2004	262	17	15	2	–	228	61	2.778
2005	259	17	15	1	–	226	56	2.791
2006	300	17	17	3	–	263	57	2.735
2007	289	16	16	3	–	254	60	2.830
2008	241	16	15	3	–	207	60	2.850
2009	241	16	15	3	–	207	62	2.791
2010 ³	262	15	14	3	–	230	63	2.787

Quelle: Verband Österreichischer Zeitungen

¹ Ohne Gratisblätter.

² Ohne Kalender und Jahrbücher.

³ Ab 2010 ist das als Kauf- und Gratiszeitung erscheinende Österreich bei den Gratis-Tageszeitungen gezählt.

Zehn Jahre Allianz für den freien Sonntag

„Am 7. Tage sollst du ruhen“ – das ist in neoliberalen Zeiten nicht selbstverständlich.

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

Seit dem vierten Jahrhundert hat sich aus jüdisch-christlichen Wurzeln das heutige Kulturgut des Sonntags entwickelt. Für ChristInnen ist der Sonntag das älteste Fest. Sonntag bedeutet seither gemeinhin einen Tag Arbeitsruhe für alle zur Erholung von Körper und Geist sowie zur Pflege menschlicher Beziehungen. Arbeitsfrei war der Sonntag deshalb aber noch lange nicht. Erst durch die ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts wurden erste gesetzliche Regelungen erkämpft, und diese bildeten die Grundlage für den gesetzlich freien Sonntag. Ausnahmen gab es für gesellschaftlich notwendige Arbeiten, z. B. in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und in der Grundstoff- und verarbeitenden Industrie im Schichtbetrieb. Seit ca. 30 Jahren wird von UnternehmerInnen im Zuge der Liberalisierung der Märkte (nicht nur) der freie Sonntag offensiv und zum Teil per Gesetzesbruch infrage gestellt und bekämpft – zum Schaden der ArbeitnehmerInnen und der gesamten Gesellschaft.

Im Oktober 2001 gegründet

Daher gibt es seit nunmehr zehn Jahren die „Allianz für den freien Sonntag Österreich“, um diese gesellschaftliche Errungenschaft zu verteidigen. Die im Oktober 2001 gegründete bundesweite Allianz, die für den arbeitsfreien Sonntag eintritt, betont den Wert gemeinsamer freier Zeit für Individuum und Gesellschaft. Sie zeigt die Bedeutung des freien Sonntags für

Zeitwohlstand und Lebensqualität auf und ruft den gesellschaftlichen Wert der gemeinsamen freien Zeit ins öffentliche Bewusstsein.

Anliegen topaktuell

Zehn Jahre später ist das Anliegen, den freien Sonntag und damit Zeitwohlstand und Lebensqualität durch gemeinsame freie Zeiten zu sichern, noch topaktuell. Denn in einer zunehmend liberalisierten und stressigen „Hochleistungsgesellschaft“, in der sich immer mehr Reiche auf Kosten der größer werdenden Masse der Arbeitenden etwas leisten können, erkennen immer mehr Menschen, dass der freie Sonntag ein Fixpunkt für den Ausstieg aus dem Alltag ist und er Regeneration ermöglicht. Wenn zum Beispiel die UnternehmerInnenseite oder die Finanzministerin die hohe Frühpensionsrate durch Invalidität beklagen, aber weiter Arbeitszeiten verlängern oder flexibilisieren wollen, dann zeigt sich, wie wichtig berechenbare, fixe Erholungszeiten für gesunde Menschen und eine funktionierende Gesellschaft sind. Die Institution des freien Sonntags schafft Lebensqualität.

Der Sonntags-Allianz gehören mittlerweile über 50 Organisationen aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft an. Sie vereint so unterschiedliche Institutionen und Bewegungen wie ATTAC, Kinder- und Jugendorganisationen, KAB (Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung), Freizeitorganisationen, den Österreichischen Gewerkschaftsbund, die christlichen Kirchen, die Plattform für Alleinerziehende oder studentische Organisationen.

Die gemeinsamen Ziele sind:

- » Der Einsatz für den Schutz des freien Sonntags vor schleichender Aushöhlung durch Politik und Wirtschaft sowie
- » die Förderung von Zeitwohlstand und Lebensqualität,
- » die Schaffung öffentlichen Bewusstseins für die Bedeutung des Wertes gemeinsamer freier Zeiten im Gegensatz zu rein individualisierten Zeiten und
- » dem Trend entgegenzuwirken, dass Lebenszeit zu Arbeits- und Konsumzeit wird.

Anlässlich des Jubiläums „10 Jahre Allianz für den freien Sonntag“, zu dem der zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer Mitte November ins Parlament eingeladen hatte, wurde Bilanz gezogen, worin der Gewinn des freien Sonntags für Gesellschaft und Individuum besteht.

Bischof Ludwig Schwarz erinnerte als Sprecher der Sonntags-Allianz und Vertreter der Österreichischen Bischofskonferenz daran, dass in der Bibel beim Sonntag der soziale Aspekt im Vordergrund steht: „Somit ist wohl das dritte Gebot (Du sollst den Tag des Herrn heiligen) das älteste Sozialgesetz der Menschheit.“

Allianz-Sprecher Franz Georg Brantner (ÖGB, GPA-djp) betonte, dass die „Öffnungszeiten im Handel ein Taktgeber für die ganze Gesellschaft“ sind. Eine Gesellschaft brauche gemeinsame, synchronisierte Zeit für so unterschiedliche

Die im Oktober 2001 gegründete bundesweite Allianz, die für den arbeitsfreien Sonntag eintritt, betont den Wert gemeinsamer freier Zeit für Individuum und Gesellschaft. Sie zeigt die Bedeutung des freien Sonntags für Zeitwohlstand und Lebensqualität auf und ruft den gesellschaftlichen Wert der gemeinsamen freien Zeit, wie sie der Sonntag ermöglicht, ins öffentliche Bewusstsein.



Anliegen wie Freundschaften, Familie oder ehrenamtliches Engagement, genauso wie auch für Entschleunigung. Sonntagsarbeit müsse daher auf gesellschaftlich notwendige Bereiche beschränkt bleiben. Brantner drückte seine Wertschätzung für die KollegInnen aus, die in den Bereichen Verkehr, Gesundheit und Freizeit am Sonntag arbeiten müssen. Er machte deutlich, dass die Angriffe auf den freien Sonntag oftmals von Einkaufszentren kommen, die häufig im Besitz internationaler Immobilienfonds stehen, deren Ziel Gewinnmaximierung und das Abziehen von Kaufkraft von kleineren HändlerInnen sei.

„Ein Stück Kultur“

ÖGB-Präsident Erich Foglar unterstrich, dass die Gewerkschaftsmitglieder ein klares Bild vom arbeitsfreien Sonntag haben. Sonntagsarbeit sei akzeptabel, wenn diese sich auf gesellschaftlich sinnvolle Bereiche wie Gesundheit oder andere öffentliche Interessen beschränke. Für den ÖGB stehe der gesellschaftspolitische Aspekt des freien Sonntags neben dem sozialen im Vordergrund. Es gehe dabei um ein Stück Kultur, das wir uns „nicht aus betriebswirtschaftlichen Gründen wegnehmen lassen sollen“.

Fritz Aichinger, Spartenobmann für den Handel in der Wirtschaftskammer, sagte, dass es für ihn als Unternehmer und Betriebswirt neben den gesellschafts- und familienpolitischen Argumenten auch ein betriebswirtschaftliches Argument für den freien Sonntag gebe. Ein siebenter Tag im Handel würde 16 Prozent mehr Umsatz erfordern, wofür die

Kaufkraft fehle. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht würde eine Sonntagsöffnung im Handel zu einer enormen Konzentration führen wie auch zu einer Verlagerung in 1-a-Lagen, womit die Nahversorgung gefährdet werde. Das Beispiel Samstag zeige, dass maximal ein Drittel der Geschäfte offen halte. Aichinger betonte, dass 95 Prozent der 80.000 Handelsbetriebe mit über 550.000 Beschäftigten den freien Sonntag wünschen.

Die Geschäftsführer der Plattform für Alleinerziehende, Elisabeth Wöran, hob als Vertreterin der Zivilgesellschaft hervor, dass es um das Anliegen des „erwerbsfreien Sonntags“ gehe, da Arbeit mehr sei als Erwerbsarbeit, nämlich auch die viele unbezahlte Arbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird. Von den ca. 175.000 Alleinerziehenden seien allein 22.000 im Handel beschäftigt. Für Alleinerzieherinnen brauche es unter der Woche verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Ziel müsse es sein, dass am Sonntag Zeit für die Kinder ist und keine zusätzliche außerhäusliche Kinderbetreuung geschaffen werden muss.

Bischof em. Maximilian Aichern hob beim Festakt die gute Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsorganisationen der Allianz für den freien Sonntag hervor. Er war langjährig in der Österreichischen Bischofskonferenz für soziale Fragen zuständig und setzt sich seit den späten 1980er-Jahren gemeinsam mit der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung (KAB) und der Gewerkschaft für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags ein. Schritt für Schritt kam es

unter seiner Führung zur Gründung von Länderallianzen (erste Bundesländerallianz 1997 in OÖ) und schließlich zur bundesweiten Allianz für den freien Sonntag Österreich.

Seit Juni 2011 Europäische Allianz

Die offenen Angriffe auf den freien Sonntag oder die schleichenden Aushöhlungsversuche des freien Sonntags werden weitergehen, daher ist die Allianz nicht nur weiter gefragt, sondern eine Ausweitung nötig. Deshalb entstanden nach dem österreichischen Vorbild Sonntags-Allianzen in Deutschland (2006), Polen (2008) und in der Slowakei (2009). Mittlerweile gibt es in Europa zehn nationale Allianzen bzw. Initiativen für den freien Sonntag.

Im Juni 2011 wurde die „Europäische Allianz für den freien Sonntag“ in Brüssel geschaffen, an der die österreichische Allianz maßgeblich beteiligt war – sie ist Gründungsmitglied der „European Sunday Alliance“.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.freiersonntag.at
www.europeansundayalliance.eu
www.oegb.at
www.gpa-djp.at
www.ksoe.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
w.leisch@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ein solidarischer Pakt zur Lösung der Eurokrise

Acht Vorschläge für mehr Gerechtigkeit.

Autor: Gerhard Zahler-Treiber

*Mitglied des Steuerbeirates der GPA-djp
und Koordinator der Steuergerechtigkeitsgruppe
von ATTAC Österreich*

Seit Monaten jagt ein EU-Gipfel der Regierungschefs den anderen. Am 21. Juli 2011 wird beschlossen, dass sich erstmals der Privatsektor freiwillig beteiligen soll. Am 26. Oktober 2011 beschließen die Staats- und Regierungschefs einen Schuldenschnitt von 50 Prozent für Griechenland, eine Ausweitung des Rettungsschirms auf über eine Billion Euro durch eine Hebelung und eine Rekapitalisierung der durch den Schuldenschnitt bedrohten Banken. Vor allem aber wird die Verankerung einer Schuldenbremse in den Verfassungen der Euroländer vereinbart. Am 9. Dezember 2011 einigen sich die 17 Euro-Länder sowie sechs weitere EU-Staaten auf einen neuen Vertrag zur Bildung einer Fiskalunion. Eine einstimmige Vertragsbildung mit allen 27 Staaten der EU scheitert an Großbritannien, da der britische Premier David Cameron inakzeptable Bedingungen stellt. Durch Schuldengrenzen in den Verfassungen und automatische Sanktionen sollen die Vertragsparteien stärker kontrolliert und eine solide Haushaltsgrundlage für die Union geschaffen werden.

Beruhigung für Finanzmärkte

Vor dem Hintergrund der sich überschlagenden Ereignisse auf der politischen Bühne ist die wichtigste Frage in Bezug auf die Beschlüsse des EU-Gipfels bisher nicht eingehend diskutiert worden: Können die

dort vereinbarten Maßnahmen tatsächlich die Probleme der Eurozone lösen? Die Antwort ist leider ein eindeutiges „Nein“, da diese Maßnahmen nur bei den Symptomen ansetzen. Die Finanzmärkte sollen durch die Verpflichtung zu strengen Sparmaßnahmen beruhigt werden.

Die wahren Gründe der Krise

Aber die wahren Gründe für die derzeitige Situation liegen in den Voraussetzungen für die Finanzkrise von 2007/2008. Durch eine gewaltige Spekulationsblase, die schließlich platzte, war das globale Finanzsystem aufgrund undurchschaubarer Risiken und nicht bewältigbarer Verbindlichkeiten am Rande des völligen Kollapses. Nur durch umfassende Konjunkturprogramme und gewaltige staatliche Hilfen für das Finanzsystem konnte letzteres gerettet und die größte Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren abgefangen werden. Doch diese Kosten haben die Staatsdefizite rasant ansteigen lassen.

Dass nun nur noch von den Staatsschulden gesprochen und ständig die Notwendigkeit des Sparens betont wird, ist äußerst zynisch, da die hohen Schuldenzuwächse der Staaten ja zum Großteil auf die Kappe der „Bankenrettung“ gehen und die Finanzmarktakteure an den hohen Zinsen für Staatsanleihen und den explodierenden Kursen der Kreditausfallversicherungen auch noch gut verdienen. Können die betroffenen Staaten freilich die Schuldenlast aufgrund der hohen Zinsen tatsächlich nicht mehr tragen und ein Schuldenschnitt ist unumgänglich, dann schlägt sich das in den Bilanzen jener Banken verheerend nieder,

die im Besitz dieser Anleihen sind. Dann müssen diese Banken eventuell erneut von den Staaten gerettet werden. Was wiederum die Staatsschulden in noch größere Höhen treiben würde. Ein Teufelskreis also.

Kann dieser Teufelskreis durchbrochen und das europäische Gemeinschaftsprojekt bewahrt werden? Ja! Aber dazu müssen die Probleme bei der Wurzel gepackt werden. Die aktuelle Krise ist die langfristige Folge des Zusammenbruchs des Systems von Bretton Woods und des Abgehens von der fordistischen Allianz von Kapital und Arbeit, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine lange Periode des Wirtschaftswachstums und der allgemeinen Wohlstandssteigerung ermöglichte.

Das darauf folgende neoliberale Paradigma mit seiner völligen Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte ließ die Gewinneinkommen rasant steigen, während die Lohneinkommen nur mehr bei den obersten zehn Prozent wuchsen. Dies führte zu einer massiven Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie zu einer starken Schwächung der Realwirtschaft. Die Vermögenden investieren ihr Geld daher in immer abenteuerlichere Spekulationen, deren Kosten nach dem Platzen der Spekulationsblasen auf die Gesellschaft abgewälzt werden.

Acht Maßnahmen

Also kann nur die Orientierung an den Prinzipien einer solidarischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einer Umkehr dieser Entwicklung führen. Folgende acht Maß-

nahmen sollten sofort umgesetzt werden, um zu einem solidarischen System zurückzukehren:

» Griechenland werden wie geplant 50 Prozent der Schulden erlassen und außerdem keine weiteren Sparmaßnahmen vorgeschrieben. Vielmehr werden dem Land von den EU-Partnern weitere Mittel zur Verfügung gestellt, wenn es sich dazu verpflichtet, Maßnahmen zur Erhöhung seiner Staatseinnahmen zu treffen: Reformierung des Steuersystems sowie effizientere Finanzverwaltung. Griechenland stottert seine Schulden langsam durch das Erwirtschaften höherer Einnahmen nach Ankurbelung des Wachstums ab.

» Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft geben gemeinsame Staatsanleihen (sogenannte Eurobonds) heraus, um ihre Schulden zu finanzieren. Dazu sollte ein Europäischer Währungsfonds gegründet werden, der unabhängig vom Kapitalmarkt günstige Kredite an die Staaten der EU vergibt.

» Um in Zukunft gefährliche ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu verhindern, werden die EU-Staaten zu einer gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik verpflichtet. Die Verfügung über die gemeinsame Wirtschaftspolitik darf dabei aber nicht in erster Linie in der Hand der EU-Kommission oder beim Europäischen Rat liegen, sondern muss durch eine Stärkung der europäischen Demokratie vorrangig beim EU-Parlament angesiedelt sein. Die Vorgaben für die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik umfassen in Zukunft nicht nur Schuldengrenzen, sondern auch Vorgaben für eine harmonisierte Steuerpolitik, koordinierte Wachstumsziele, Obergrenzen für die Arbeitslosigkeit, eine an der Produktivitätssteigerung orientierte Lohnentwicklung und Zielkorridore für die Inflation.

» Alle systemrelevanten Finanzinstitute werden europaweit unter staatliche Kontrolle gestellt. Danach werden diese Institutionen hinsichtlich uneinbringlicher Verbindlichkeiten aus missglückten Spekulationsgeschäften überprüft. Jene Institutionen (bzw. Teilbereiche dieser Institutionen), die sich dabei als insolvent he-

rausstellen, werden in einem geordneten Verfahren abgewickelt und geschlossen.

» Die tragfähigen Bereiche dieser Institutionen werden in kleinere Einheiten aufgeteilt und einer strengen öffentlichen Kontrolle unterworfen. Weiters wird ein Trennbankensystem eingeführt, das zwischen Geschäfts- und Investmentbanken unterscheidet. Besonders gefährliche Finanzinstrumente, wie Hedgefonds, strukturierte Wertpapiere (z. B. Collateralized Debt Obligations, CDOs) sowie Kreditausfallversicherungen, werden von supranationalen Behörden überwacht und streng limitiert.

» Um die gesellschaftlichen Kosten für den Umbau des europäischen Finanzsektors zu finanzieren, werden neue Einnahmequellen herangezogen: eine europaweite Finanztransaktionssteuer, höhere Besteuerung von Vermögen (z. B. Grundstücke, Immobilien), stärkere Besteuerung für sehr hohe Einkommen, höhere Besteuerung von Kapitalerträgen.

» Diese zusätzlichen Einnahmen werden außerdem dazu verwendet, durch Umverteilung die Ungleichheit zu reduzieren, die Staatsschulden abzubauen, den Sozialbereich auszubauen, in die Entwicklung nachhaltiger Energiegewinnung zu investieren und die öffentliche Infrastruktur zu verbessern. Dadurch werden neue Arbeitsplätze geschaffen, es kommt zu einer Stärkung der Konsumnachfrage und das Wachstum wird nachhaltig angekurbelt.

» Um neben den Einkommen auch die Arbeit gerechter zu verteilen, wird die gesetzliche Normalarbeitszeit EU-weit deutlich reduziert und den Gewerkschaften ermöglicht, weitergehende Schritte der Arbeitszeitverkürzung in ihrem Einflussbereich umzusetzen.

Internet:

Zahler-Treibers Blog:
zahlerreiber.wordpress.com

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
gerhard.treiber@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Durch eine gewaltige Spekulationsblase, die schließlich platzte, war das globale Finanzsystem aufgrund undurchschaubarer Risiken und nicht bewältigbarer Verbindlichkeiten am Rande des völligen Kollapses.

Reformen des sozialen Dialogs in Frankreich

Die französischen Gewerkschaften müssen umdenken.

Autor: Michael Mesch

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien,
Geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift
„Wirtschaft und Gesellschaft“*

Seit 2007 erfolgten in Frankreich tiefgreifende Reformen des sozialen Dialogs. Aus Perspektive der konservativen Regierungen bestand das Ziel der eingeleiteten Reformen darin, den Unternehmen erweiterte Flexibilitätsspielräume zu bieten, die allerdings in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen festzulegen wären, um den sozialen Frieden zu gewährleisten.

Ein Hauptproblem für die Umsetzung dieser arbeitspolitischen Konzeption liegt in der Schwäche der Gewerkschaften, ihrer Zersplitterung und Rivalität. Die institutionellen Reformen im Bereich des sozialen Dialogs zielen auch darauf ab, diesem Problem entgegenzutreten bzw. es zu umgehen.

Reformgesetze

Die französische Gewerkschaftsbewegung war in den 2000er-Jahren charakterisiert durch einen sehr niedrigen Organisationsgrad (acht Prozent 2009), den Pluralismus rivalisierender Richtungsgewerkschaften, zunehmende organisatorische Zersplitterung aufgrund der Entstehung neuer Berufs- und Branchengewerkschaften, abnehmende Legitimation durch die betrieblichen Vertretungswahlen und sinkenden Einfluss auf Politik und Gesellschaft.

Das „Gesetz über die Modernisierung des sozialen Dialogs“ aus 2007 verpflichtete

die Regierung, Reformen in den Bereichen Arbeitsbeziehungen und Beschäftigung zunächst im Rahmen des nationalen sozialen Dialogs zu beraten und den Sozialpartnern die Möglichkeit zu geben, eine Vereinbarung zu treffen, die in der Folge Grundlage eines Gesetzes werden könnte.

Neuregelung der Repräsentativität

Schon 2008 wurde bei der lange überfälligen Neuregelung der Repräsentativität von Gewerkschaften so verfahren. Die beiden mitgliederstärksten Gewerkschaftsdachverbände und die beiden größten Arbeitgeberdachverbände einigten sich auf eine Neudefinition der Repräsentativität von Gewerkschaften auf Basis der Ergebnisse der betrieblichen Vertretungswahlen und auf neue Regeln hinsichtlich der Gültigkeit von Kollektivverträgen (KV) auf allen Ebenen. Das in der Folge verabschiedete „Gesetz über die Erneuerung der sozialen Demokratie“ orientierte sich in wichtigen Punkten an der Sozialpartner-Übereinkunft.

Bis dahin galten jene fünf Gewerkschaftsdachverbände als repräsentativ, die durch ein Regierungsdekret 1966 diesen Status erhalten hatten. Das sicherte ihnen – unabhängig von der jeweiligen Mitgliederzahl und vom jeweiligen Organisationsgrad – das KV-Recht auf allen Ebenen, die Ernennung von KandidatInnen für die Wahlen zu betrieblichen Vertretungsorganen und zu sozialpolitischen Gremien sowie Sitze in den Verwaltungsräten der Sozialversicherungsfonds.

Nicht überraschend unterzeichneten die beiden größten Gewerkschaftsdach-

verbände CGT und CFDT dieses Abkommen über die Neuordnung des sozialen Dialogs, stimmten doch ihre Interessen in dieser Sache weitgehend mit jenen von Staat und Arbeitgeberdachverbänden überein: Ein effektiver sozialer Dialog setzt verpflichtungsfähige Partner und damit die Eindämmung der Zersplitterung und der damit einhergehenden Rivalität auf Gewerkschaftsseite voraus.

Bei der Neudefinition der Repräsentativität der Gewerkschaften übernahm das Gesetz die Schwellenwerte aus dem Sozialpartnerabkommen: Zehn Prozent Stimmenanteil bei den letzten Wahlen zu betrieblichen Vertretungsgremien (Betriebsausschuss bzw. Belegschaftsdelegierte) als Voraussetzung für die Ernennung von Gewerkschaftsdelegierten und die Teilnahme an Verhandlungen über einen Unternehmens-KV, acht Prozent Stimmenquote (aufsummiert) auf Branchen- bzw. nationaler Ebene.

Mindestens 30 Prozent der Stimmen

Diese grundlegende Reform der Repräsentativität der Gewerkschaften trat für die Unternehmensebene am 1. Jänner 2009 in Kraft. 2012 werden die Ergebnisse aller betrieblichen Vertretungswahlen auf Branchen- und nationaler Ebene addiert werden, um auch auf diesen Ebenen die Frage der Repräsentativität zu klären. KV sind gemäß dem neuen Gesetz nur dann gültig, wenn die abschließende/n Gewerkschaft/en bei den jeweiligen Vertretungswahlen mindestens 30 Prozent der Stimmen erhielt/en und die Gewerkschaft/en mit der Stimmen-



Ein effektiver sozialer Dialog setzt verpflichtungsfähige Partner und damit die Eindämmung der Zersplitterung und der damit einhergehenden Rivalität auf Gewerkschaftsseite voraus.

mehrheit keinen Einspruch erhob/en. Durch kleine Minderheitengewerkschaften abgeschlossene KV, die sich häufig als instabil erwiesen, gehören damit der Vergangenheit an.

In Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten, in denen es keine Gewerkschaftsdelegierten gibt, kann der/die ArbeitgeberIn mit einer nichtgewerkschaftlichen ArbeitnehmerInnenvertretung (Belegschaftsdelegierten bzw. dem Betriebsausschuss) einen Unternehmens-KV abschließen.

Seit den ersten Vertretungswahlen nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes sind erwartungsgemäß weniger Gewerkschaften repräsentativ, und es werden Allianzen eingegangen, um die Anteilshürde zu nehmen.

Die Reform der Repräsentativitätsvoraussetzungen und der Kriterien für rechtskräftige KV dürften also die beiden großen Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT stärken sowie Fusionen und Bündnisse der kleineren begünstigen. Alle Gewerkschaften werden ihre Basisorientierung und ihre Bemühungen, neue Mitglieder zu gewinnen, verstärken müssen. Inwieweit eine Konsolidierung der Gewerkschaftsstruktur stattfindet, wird sich freilich erst in einigen Jahren beurteilen lassen.

Kollektivverträge

Von repräsentativen Gewerkschaften abgeschlossene KV gelten für alle Beschäftigten des jeweiligen Bereichs, nicht nur für die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften. Sie besitzen normativen Charakter, d. h. den gleichen rechtlichen

Status wie gesetzliche Regelungen. Auf nationaler Ebene verhandeln die Sozialpartner über grundlegende Aspekte des sozialen Dialogs sowie über Rahmenabkommen zu sozialpolitischen Themen (z. B. berufliche Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzung).

Branchen-KV und Mindestlöhne

Die Branchen-KV-Verhandlungen haben ihre Funktion als wichtigste Lohnverhandlungsebene im Zuge der seit den 1980er-Jahren wirksamen Dezentralisierungstendenz an die Unternehmensebene verloren. Auf Branchenebene wird in lohnpolitischer Hinsicht meist nur über spezifische Mindestlöhne verhandelt, die sich oft am gesetzlichen Mindestlohn orientieren.

Neben alljährlichen Lohn-KV-Verhandlungen über Branchenmindestlöhne werden zumindest alle fünf Jahre Verhandlungen über die Festlegung der Lohnstufen nach Qualifikationen geführt. Diese unregelmäßige Anpassung führt dazu, dass viele kollektivvertragliche Branchenmindestlöhne unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen und daher bedeutungslos sind.

Für die Lohnentwicklung entscheidend ist die Unternehmensebene. Gemäß dem Günstigkeitsprinzip dürfen Unternehmens-KV die Mindestlöhne aus Branchen-KV nicht unterschreiten.

In Frankreich hat der Arbeitsminister die Möglichkeit, Branchen-KV, die Lohnbestimmungen enthalten, auch für jene Unternehmen der betreffenden Branche verbindlich zu erklären, die nicht den unterzeichnenden Arbeitge-

berverbänden angehören. In den 2000er-Jahren wurden meist mehr als die Hälfte der Branchen-KV für allgemeinverbindlich erklärt. Vor allem aufgrund der häufigen und sehr weite Wirtschaftsbereiche betreffenden Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen liegt der KV-Deckungsgrad in Frankreich bei rund 90 Prozent.

Ohne diese Praxis bestünde wegen der Schwäche der Gewerkschaften die Gefahr einer Erosion der KV: Die Anreize für Unternehmen, sich der kollektiven Regelung zu entziehen, würden stark steigen.

Der Einfluss der französischen Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten stützt sich heute in hohem Maße auf externe Quellen der Unterstützung, nämlich Institutionen wie den sozialen Dialog auf allen Ebenen, die KV, die Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen, die Übertragung von öffentlichen Aufgaben im Bereich der Sozialversicherung usw.

Die jüngsten Reformen im Bereich des sozialen Dialogs zwingen die Gewerkschaften, ihre Bemühungen um die Schaffung interner Ressourcen – Werbung von Mitgliedern, verstärkte betriebliche Präsenz, organisatorische Konsolidierung durch Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse etc. – massiv zu verstärken.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
michael.mesch@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Alewyn, Richard: deutscher Germanist und Literaturkritiker (1902–1979); als „Vierteljude“ emigrierte er 1939 in die USA und kehrte 1948 nach Deutschland zurück. (Seite 23)

Arbeiter-Radiobund Österreichs (ARABÖ): Der 1924 als „Freier Radiobund“ gegründete und 1927 umbenannte ARABÖ hatte vier Sitze im Programmbeirat der Rundfunkanstalt RAVAG. Da Radioapparate sehr teuer waren, förderte der ARABÖ den Eigenbau der Geräte unter anderem mit speziellen Kursen. 1934 wurde er wie alle anderen sozialdemokratischen Organisationen verboten. Nach dem Krieg versuchte man, den ARABÖ wiederzubeleben, da dieser sich aber auf das Radio beschränkte, löste er sich in den 1950er-Jahren endgültig auf. (Seite 11)

Aristoteles: griechischer Philosoph (384–322 v. Chr.), Schüler von Platon; er unterrichtete Alexander den Großen, beschäftigte sich mit Metaphysik, Rhetorik, Ethik, Logik u. v. m. (Seite 22)

Booster: Verstärker, Beschleuniger (Seite 13)

Citizen Journalism: Partizipativer Journalismus, bei dem BürgerInnen Nachrichten und Informationen verbreiten; in der Regel passiert das per Internet. (Seite 16)

Dichand, Hans: österreichischer Journalist und Zeitungsherausgeber (1921–2010). 1954 übernahm der gelernte Schriftsetzer die Chefredaktion des „Neuen Kurier“, 1959 erschien die erste Ausgabe der „Neuen Kronen Zeitung“. 1974 kam es zum Zerwürfnis mit dem kaufmännischen Leiter Kurt Falk. Dichand galt als begnadeter, aber auch sehr umstrittener Zeitungsmacher, der die „Krone“ als auflagenstärkstes Printmedium immer wieder für Kampagnen nach seinem Gutdünken nützte und damit die Politik des Landes beeinflusste. (Seite 24)

emeritiert: im Ruhestand (Seite 28)

Fidesz: auch Fidesz-MPSZ, ungarischer Bürgerbund. 1988 ursprünglich als Protestaktion liberaler Intellektueller gegründet, ist die Partei heute nationalkonservativ ausgerichtet. Ihr Vorsitzender Viktor Orbán ist seit Mai 2010 Ministerpräsident. (Seite 36)

Hermeneutik: Kunst/Theorie des Verstehens, Übersetzens und Erklärens (z. B. anhand von Zeichen); (Seite 26)

Jobbik: 2004 von Studenten gegründete rechtsextreme Partei in Ungarn, deren voller Name übersetzt „Gemeinschaft von rechtsgerichteten Jugendlichen – Bewegung für ein besseres Ungarn“ lautet. Verwendet wird aber immer die Abkürzung Jobbik, das „besser“ bzw. „rechts“ bedeutet. Der berühmteste Kopf der Partei ist die feministische Menschenrechtlerin und Universitätsdozentin Krisztina Morvai, die lange für die UNO arbeitete und seit

2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament ist, obwohl sie u. a. immer wieder als Gegnerin des Euro auftrat. 2010 zog Jobbik erstmals ins ungarische Parlament ein. (Seite 37)

Katharsis: Läuterung der Seele; Befreiung von inneren Spannungen/Konflikten durch Emotionsentladung; bei Aristoteles: seelische Reinigung als Wirkung der antiken Tragödie. (Seite 22)

Kraus, Karl: österreichischer Journalist und Schriftsteller (1874–1936), gründete 1899 die Zeitschrift „Fackel“, die er als Forum seines Kampfes gegen Missstände und die „Verlotterung der Sprache“ nutzte. Seine Lesedrama „Die letzten Tage der Menschheit“ wurde ebenfalls dort veröffentlicht. Außerdem verfasste Kraus bedeutende Nachdichtungen und Bearbeitungen von Shakespeare, Aristophanes und Nestroy. (Seite 26)

Lukrez (Titus Lucretius Carus): römischer Dichter und Philosoph (ca. 97–55. v. Chr.); er war überzeugt, dass die Seele sterblich sei und sich die Götter nicht in das Leben der Menschen einmischen könnten. Mit seinem Schaffen wollte er den Menschen die Angst vor dem Tod und vor den Göttern nehmen. Sein Werk „De rerum natura“ (Über die Natur der Dinge) gilt als das älteste erhaltene lateinische Lehrgedicht und besteht aus sechs Büchern. (Seite 23)

Murdoch, Rupert: US-amerikanischer Medienunternehmer, geb. 1931 (in Australien). Ende 2007 übergab er die Leitung seines Medienimperiums (20th Century Fox, Fox Television, British Sky Broadcasting, Dow Jones Verlag etc.) an seinen Sohn James. (Seite 17)

Quantengravitation: Theorie, welche die beiden wichtigsten physikalischen Theorien des 20. Jahrhunderts vereinen soll: Die Quantentheorie, die sich mit der Wechselwirkung zwischen kleinsten Teilchen beschäftigt, und die allgemeine Relativitätstheorie, die den Aufbau des Universums und damit hauptsächlich die Gravitation (= Anziehung von Massen) beschreibt. (Seite 26)

RAVAG: Radio Verkehrs AG, erste österreichische Rundfunkgesellschaft, gegründet 1924. Gesellschafter waren das Handelsministerium, die Gemeinde Wien und verschiedene regierungsabhängige Banken. Anfangs war es ein reines Kultur- und Bildungsprogramm, Berichte über politische Vorgänge gab es vorerst nicht. Im März 1938 wurde die RAVAG liquidiert und durch den Reichssender Wien als Teil des Großdeutschen Rundfunks ersetzt. Im April 1945 nahm die RAVAG wieder den Betrieb auf, allerdings im Besitz der Republik Österreich. Die lokalen Sender erhielten zum Teil Konkurrenz durch die Sendeketten der Besatzungsmächte bzw. wurden von diesen dominiert. 1958 schließlich wurde der ORF gegründet. Manche der während der

Besatzungszeit geschaffenen Sendungen blieben noch Jahrzehnte lang weiter bestehen. (Seite 11)

Sokal, Alan: amerikanischer Physiker, geboren 1955, wurde vor allem durch seine Kritik an mangelhaften akademischen Standards und dem Missbrauch mathematischer und naturwissenschaftlicher Metaphern in der sich als postmodern verstehenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Szene bekannt. Werk: „Eleganter Unsinn – Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen“. (Seite 26)

Splatter-Movie: Horrorfilm, bei dem die exzessive Darstellung von Gewalt und Blut im Vordergrund steht. (Seite 22)

transformativ: Veränderungen begünstigend/fördernd (Seite 26)

Trotzki, Leo: eigentlich Lew Dawidowitsch Bronstein (1879–1940), das Pseudonym Leo Trotzki legte er sich 1902 im Verlauf seiner Flucht aus der Verbannung in Sibirien zu. Im Laufe seines Lebens hielt er politische Ämter inne, wurde des Öfteren verhaftet, zu Verbannung verurteilt, mehrmals gelang ihm die Flucht (u. a. bis nach Amerika). 1918 etwa wurde Trotzki Volkskommissar für das Kriegswesen (Aufbau der Roten Garde). Nach der Gründung der Sowjetunion 1922 begann er, die entstehende Bürokratie, den Totalitarismus der Bolschewiki, den aufkommenden Nationalismus sowie Stalin zu kritisieren. 1928 wurde Trotzki verbannt, die Erinnerung an ihn „offiziell gelöscht“. 1940 wurde der Revolutionär in seinem Exil in Mexiko von einem Agenten der UdSSR ermordet. (Seite 21)

VÖZ: Verband österreichischer Zeitungen, 1946 als Interessenvertretung gegründeter freiwilliger Zusammenschluss von Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Magazinen. Derzeit sind 16 Tageszeitungen und 48 Wochenzeitungen ordentliche Mitglieder des VÖZ. (Seite 32)

Walther von der Vogelweide: bedeutendster Lyriker des deutschen Mittelalters (ca. 1170–1230). Über sein Leben ist wenig bekannt, die meisten Informationen finden sich in seinen eigenen Werken oder in Werken zeitgenössischer Dichter, da Walther von der Vogelweide schon zu seiner Zeit berühmt war. (Seite 17)

WAZ Mediengruppe: 1948 gründete der Journalist Erich Brost die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ), nach der Übernahme mehrerer Verlage bzw. Beteiligungen entstand 1976 die Zeitungsgruppe WAZ, 1986 Beteiligung am TV-Sender RTL, 1987 Beteiligung an der „Kronen Zeitung“ mit 50 Prozent, ein Jahr später 49,4 Prozent am Kurier-Verlag. 1997, nach Beteiligungen an Radio-Sendern, Investitionen in den neuen Bundesländern, Bulgarien etc. erfolgte die Umbenennung in WAZ-Mediengruppe. (Seite 24)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

garantiert gut informiert

BETRIEBSRÄTE UND BETRIEBSRÄTINNEN BEI VERÄNDERUNGEN BEGLEITEN

Möglichkeiten und Grenzen von Supervision



Reihe: Studien und Berichte

Dr.ⁱⁿ Doris Formann

2011 || 292 Seiten || Euro 36,-

Jetzt mit „e-Book inside“! Mit Code zum Download!

ISBN: 978-3-7035-1505-7

Nach einem historischen Überblick über die Entwicklung der ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen wird der Bereich von „Supervision als Beratungsformat“ beleuchtet, ehe schließlich beide Forschungsfelder (Supervision und betriebliche Interessenvertretung) miteinander in Beziehung gesetzt werden.

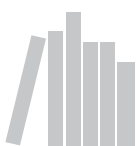
Anschließend werden die theoretischen Ansätze vor- und gegenübergestellt, die für das System der Beratung von Bedeutung sind, weil sie verschiedene Beratungsstile und -typen umfassen (systemtheoretische und gruppendynamische Perspektiven).

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

FROHE? Feiertage?

Österreich: Eines der reichsten Länder der Welt. Echt?

237.000 Menschen können
im Winter nicht heizen.
780.000 ÖsterreicherInnen
sind arm trotz Arbeit.



Die obersten
10 Prozent haben insgesamt
800 Milliarden Euro
Vermögen.

Die Schieflage muss endlich beseitigt werden.
Mit Beiträgen von denen, die es sich leisten können.

Frohe Feiertage – **FÜR ALLE!**

OGB
www.oegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW